Montag, 9. Januar 1984 - D ✱✱

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 7 - 2.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Ost-West-Dialog: Bundeskanzler Kohl hat an die USA appelliert, trotz der bevorstehenden Wahlen die zur Zeit brachliegenden Abrüstungsgespräche mit den Sowjets wieder zu beleben. Er selbst werde alles tun, um Einfluß in dieser Richtung auszuüben, sagte er in einem Interview des Deutschlandfunks. (S. 1)

DKP-Programm: Schwerpunkt der Tätigkeit der DKP soll in nächster Zeit die Stärkung der „Friedensbewegung" und die Unterstützung der Gewerkschaftsforderung nach der 35-Stunden-Woche sein, beschloß der Parteitag in Nürnberg. Herbert Mies wurde als Vorsitzender wiedergewählt.

Pretoria lenkt ein: Südafrika hat erstmals Bereitschaft bekundet, direkte Verhandlungen mit der namibischen Untergrundbewegung Swapo aufzunehmen. Nach der Offensive in Südangola, bei der allein in den vergangenen drei Tagen 324 Gegner getötet wurden, begann am Wochenende der Rückzug der südafrikanischen Truppen.

Tschad: Präsident Habré läßt sich auf der Versöhnungskonferenz in Addis Abeba von seinem Innenminister vertreten, weil sein Widersacher im Bürgerkrieg, Weddeye, von Äthiopien offiziell empfangen wurde. Außenminister Miskine, der die Konferenzvorbereitungen geleitet hatte, starb am Wochenende an einem Malaria-Anfall. (S. 4)

Kopelew zu Deutschland: Die deutsche Teilung ist nach Ansicht des russischen Exilschriftstellers Lew Kopelew „zeitpolitisch bedingt" und werde nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Sie spiegele nicht „den Geist der Zeit, sondern den Herren-Geist" wider. (S. 4)

US-Soldat gefallen: Beim Raketenbeschuß eines amerikanischen Hubschraubers am Strand von Beirut wurden ein Marineinfanterist getötet und zwei verletzt.

Türkei: Der neue Ministerpräsident Özal forderte den Europarat ultimativ auf, die Vertreter Ankaras wieder in der Parlamentarischen Versammlung zuzulassen. Andernfalls würde die Türkei alle Beziehungen zum Rat abbrechen. (S. 6)

Ziele in Westeuropa?: In London und Rom werden zur Zeit neue iranische Selbstmordkommandos zusammengestellt, die in Westeuropa Attentate nach dem Muster von Beirut und Kuwait verüben sollen, meldete die Londoner „Sunday Times".

Heute: Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes in Bad Kissingen. – Rat der EG-Finanzminister tagt in Brüssel. – Bonns Abrüstungsbeauftragter Friedrich Ruth in Ungarn. – Sondersitzung des seit zehn Jahren suspendierten jordanischen Parlaments.

ZITAT DES TAGES



❝ Wie die Kirche sich 1934 keinen „Führer" geben lassen durfte, so kann sie sich heute nicht republikanisch, demokratisch, sozialistisch oder sowjetisch umgestalten lassen. ❞

Joachim Beckmann, ehemaliger Präses der evangelischen Kirche im Rheinland (S. 6)

FOTO: HANS LACHMANN

WIRTSCHAFT

Steueraufkommen: Bonn rechnet für 1984 mit dem höchsten Steueraufkommen in der Geschichte der Bundesrepublik: Rund 200 Milliarden DM, oder vier Prozent mehr als im Vorjahr.

Existenzgründungen: 36 093 Unternehmen wurden 1983 ins Handelsregister eingetragen – 5,1 Prozent mehr als 1982. Die Zahl der Konkursverfahren sank um 7,9 Prozent auf 4542.

Bundesbahn: Für Modernisierungen sollen bis 1990 rund 40 Milliarden DM aufgewendet werden.

Rat an Bonn: Die Bundesregierung solle Steuererleichterungen künftig gesetzlich verbindlich versprechen, rät das Institut für Mittelstandsforschung. Das würde Investitionen erleichtern. (S. 7)

Moderates Wachstum: Die Franzosen werden sich noch zwei Jahre mit einem niedrigeren Wachstum als dem ihrer wichtigsten Handelspartner bescheiden müssen, meint Finanzminister Delors (S. 8).

Argentinien: Die Inflation erreichte 1983 den Rekordstand von 433,7 Prozent.

KULTUR

Laser-Forscher: Der Nestor der Laser-Forschung, der französische Physiker und Nobelpreisträger Alfred Kastler, ist im Alter von 81 Jahren gestorben. Den Nobelpreis hatte er 1966 für Arbeiten auf dem Gebiet des „optischen Pumpens" erhalten.

Straßburger Münster: Fast fünf Millionen Mark sollen 1984 für die Restaurierung des im 12. und 13. Jahrhundert entstandenen Münsters aufgewendet werden. Es ist damit das teuerste Restaurierungsprojekt unter den französischen Sakralbauten.

SPORT

Nordische Kombination: Thomas Müller aus Oberstdorf besiegte beim Weltcup in Schonach alle Spitzenathleten und gehört nun zu den Olympia-Favoriten. (S. 10)

Fußball: Der FC Gütersloh wurde eine Klasse zurückgestuft, weil er als Amateur-Verein zwei Spieler beschäftigte, die von einem Mäzen bezahlt wurden. (S. 11)

Galopp: Traurige Bilanz auf den deutschen Rennbahnen: An vier Veranstaltungstagen dieses Jahres verendeten bereits vier Pferde, in Neuss jetzt zwei. (S. 10)

Alpiner Skisport: Irene Epple übernahm wieder die Führung im Weltcup. In Laax wurde sie Siebente in der Abfahrt und Vierte im Super-Riesenslalom (S. 10)

AUS ALLER WELT

Le Grand Véfour: Das Pariser Traditionsrestaurant, wo Napoleon Bonaparte seine Ehefrau Josephine kennenlernte, ist vom Champagner-Hersteller Taittinger gekauft worden. Es war kürzlich durch einen Bombenanschlag schwer beschädigt worden.

Attentat: Acht Verletzte und Millionenschaden gab es bei einem Brandanschlag auf ein Sex-Lokal in München. (S. 14)

Wetter: Wechselnde Bewölkung, gelegentlich Schnee- oder Regenschauer. 0 bis 4 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Reagan will den Sowjets ein „positives Signal" geben

Aussichten für das Gespräch Gromyko–Shultz sollen verbessert werden

SAD/DW. Washington/Bonn

Im Vorfeld der am 17. Januar in Stockholm beginnenden europäischen Abrüstungskonferenz sind die Bemühungen um ein besseres Klima in den Ost-West-Beziehungen verstärkt worden. US-Präsident Ronald Reagan hat die Absicht, die Sowjetunion durch ein „positives Signal" zur Wiederaufnahme des ins Stocken geratenen Dialogs der Supermächte zu ermuntern. Noch vor der Eröffnung des 35-Staaten-Treffens in der schwedischen Hauptstadt will Reagan seine Initiative in einer außenpolitischen Rede bekanntgeben.

Zunächst war vorgesehen, daß der Präsident seine für den 25. Januar geplante Botschaft über die Lage der Nation zu einer umfassenden Darstellung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen benutzen würde. Dann jedoch setzten sich offenbar die Ratgeber durch, die meinten, Reagan solle doch versuchen, durch eine Rede vor der Stockholmer Konferenz seinem Außenminister Shultz für die geplante Begegnung mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko den Boden zu bereiten.

Hohe Beamte der Regierung in Washington nennen Reagan „bereit, mit den Sowjets ins Geschäft zu kommen". Im Weißen Haus verkenne man andererseits nicht, daß es derzeit schwierig sei herauszufinden, ob die Sowjetunion noch über eine handlungsfähige Führung verfüge. Die lange Krankheit Jurij Andropows schaffe Ungewißheiten, die zwangsläufig auch die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen beeinflussen könnten.

Eine Offerte des Präsidenten an die Sowjets, die Gespräche wiederaufzunehmen, hätte innenpolitisch auch den Vorteil, die Vorwürfe der Opposition zu entschärfen, Reagan habe es in seiner dreijährigen Amtszeit zu einem neuen Tiefpunkt in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen kommen lassen. Der Präsident hatte bereits in einem Interview zur Jahreswende angekündigt, daß er in Zukunft die sowjetische Führung nicht mehr in so harschen Tönen angreifen werde wie in der Vergangenheit. Begriffe wie „Reich des Bösen", angewandt auf die Sowjetunion, wolle er nicht mehr verwenden, erklärte er dem Interviewer des Nachrichtenmagazins „Time".

Im Augenblick gibt es keine Anzeichen, daß die US-Regierung vor hat, neue revidierte Vorschläge für die Rüstungskontrollverhandlungen mit den Sowjets vorzulegen. Dazu besteht nach Ansicht des Weißen Hauses auch keinerlei Anlaß, weil es die Sowjetunion gewesen sei, die es bei den Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen und über die strategischen Waffensysteme in Genf an der notwendigen Ernsthaftigkeit habe fehlen lassen. Es sei an den Sowjets, den Termin zu bestimmen, zu dem sie an die Verhandlungstische zurückkehren wollten.

Bundeskanzler Kohl erwartet, daß von amerikanischer Seite noch Schritte unternommen werden, trotz des Wahljahres in den USA Abrüstungsgespräche mit den Sowjets zu fördern. Er werde alles tun, „um in dieser Richtung meinen Einfluß auszuüben". Im Deutschlandfunk vertrat Kohl die Auffassung, die Kreml-Führung sei offensichtlich dabei, eine Art politische Bestandsaufnahme dieser zentralen Frage zu machen. Der Kanzler: „Wenn Sie so wollen, bin ich hier optimistisch und realistisch. Das Leben geht weiter. Auch für die zuständigen Chefs im Kreml."

Kohl wies darauf hin, daß er auf seine Briefe an osteuropäische Staats- und Parteiführer „eine ganze Reihe von Reaktionen aus Rumä-

▲ Fortsetzung Seite 6

Warschau greift neue Gewerkschaften an

„Zahlreiche beunruhigende Phänomene" / Glemp erinnert an Friedensnobelpreis

AFP, Warschau

Die neuen polnischen Gewerkschaften, die Partei- und Regierungschef General Jaruzelski vor einem Jahr an die Stelle der verbotenen „Solidarität" gesetzt hatte, haben sich beim Regime unbeliebt gemacht. Die Regierung beschuldigt sie, nur Forderungen zu stellen, ohne sich gleichzeitig um eine Verbesserung der Produktion in den Betrieben zu kümmern – ein Vorwurf, der auch an die Adresse der „Solidarität" erhoben worden war.

Den Auftakt zur jüngsten Anti-Gewerkschafts-Kampagne hatte vor einigen Tagen die amtliche Nachrichtenagentur Pap gegeben. Die Entwicklung der Gewerkschaften sei verbunden mit „zahlreichen beunruhigenden Phänomenen", bemerkte das Sprachrohr der Warschauer Führung. Die neuen Arbeiterorganisationen seien nur auf Lohnerhöhungen aus. Die Qualität der Produktion und die Organisation der Arbeit sei ihnen völlig gleichgültig, meinte Pap.

Am vergangenen Donnerstag zog das Parteiorgan „Trybuna Ludu" nach: „Es gibt gewerkschaftliche Organisationen, die sich damit begnügen, die Bedürfnisse zu registrieren und der Regierung vorzulegen, anstatt selbst nach Möglichkeiten zu suchen, ihnen gerecht zu werden." Auffallend sei dabei die Tendenz zu kurzfristigen Forderungen und nicht, wie dies eigentlich sein müsse, zu einer langfristigen gewerkschaftlichen Arbeit, kommentierte die Zeitung.

Anfang November 1983 hatten die Betriebsgewerkschafter energisch

SEITE 2:
Auf Walesas Spuren

gegen die Wiedereinführung der Rationierung von Butter protestiert. Außerdem hatten sie die für Anfang dieses Jahres angekündigten Preiserhöhungen für Lebensmittel als „unannehmbar" bezeichnet. Das Regime, das solche Stellungnahmen zunächst als Beweis für die Unabhängigkeit der neuen Gewerkschaften hinstellte, will dieser Freiheit nun Grenzen setzen.

Hinter der kritischen Haltung der Gewerkschaften könnte das Bemühen stehen, in den Augen der polnischen Arbeiter attraktiver zu erscheinen. Denn der Einfluß der neuen Organisationen ist relativ gering geblieben. Sie zählen nicht mehr als 3,7 Millionen Mitglieder, von denen mindestens ein Drittel Rentner sind.

DW. Warschau

Primas Glemp, dessen jüngste Begegnung mit General Jaruzelski zu Spekulationen über seinen künftigen Kurs geführt hatte, ging in seiner Predigt zum Dreikönigstag in der Warschauer Kathedrale kaum auf die innerpolnische Problematik ein. Glemp wich auf das Friedensthema aus. Dabei erregte die Art und Weise, wie er bei seiner Verurteilung der Atomrüstung vor allem auf den Westen wies, auch unter gläubigen Katholiken Kopfschütteln. Der Kardinal nannte kein Land beim Namen, doch wurde sein Satz über die „europäischen Länder von alter christlicher Kultur", die sich mit „todbringenden Raketen spicken", von den Zuhörern so interpretiert, daß damit die Stationierung von US-Raketen in Westeuropa gemeint sei.

Abschließend erinnerte Glemp daran, daß zu den Beiträgen der polnischen Nation zum Schutz des Friedens auch der Friedensnobelpreis gehöre, ohne jedoch den Preisträger Lech Walesa zu erwähnen.

Mischnick für „deutschen Marshall-Plan"

Zur Überwindung der Strukturkrise in der Wirtschaft / Breit attackiert den Kanzler

DW. Bonn

Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, hat den Gedanken eines „deutschen Marshall-Plans" zur Überwindung der Strukturkrise der Wirtschaft ins Gespräch gebracht. Mischnick begründete seinen Vorschlag damit, daß marktwirtschaftliche Methoden allein zur Lösung der strukturellen Wirtschaftsprobleme nicht ausreichten.

Im Hessischen Rundfunk präzisierte der FDP-Politiker seinen Standpunkt: „Das Bekenntnis zur Marktwirtschaft sei wichtig, um zusätzliche Antriebskräfte zu mobilisieren. Darüber hinaus müsse der Staat jedoch dafür sorgen, daß beispielsweise die Folgen der Stahl- und Werftenkrise mit der Neuansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben in diesen Regionen aufgefangen würden. Die aus der Privatisierung des Bundesvermögens freiwerdenden Gelder sollten gezielt als günstige Kredite für die Gründung mittelständischer Betriebe verwendet werden.

Mischnick erteilte der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich abermals eine Absage. Er sprach von einem falschen Weg zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit.

Dieser These wurde am Wochenende vor allem vom DGB-Vorsitzenden Ernst Breit widersprochen. Auf dem Neujahrsempfang des Frankfurter DGB warf Breit dem Kanzler vor, mit der Ablehnung der 35-Stunden-Woche seine „Neutralitätsverpflichtung" grob mißachtet und Prinzipien der verfassungsrechtlich garantierten Tarifautonomie angetastet zu haben. Breit: Wer argumentiere, die 35-Stunden-Woche sei unbezahlbar, unterschlage, daß schon die jetzige Arbeitslosigkeit „nichts anderes ist als eine Verkürzung der Arbeitszeit – und zwar die unmenschlichste und gesellschaftlich teuer dazu".

Die Bundesregierung verwahrte sich gegen die Vorwürfe des DGB-Vorsitzenden. Regierungssprecher Sudhoff nannte es die verfassungsrechtliche Pflicht des Kanzlers, vor einem arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen „Irrweg" zu warnen, dessen Konsequenzen die Arbeitnehmer zu tragen hätten und der den gemeinsamen Anstrengungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit einen „Bärendienst" erweisen würde.

Die Geburt eines neuen Ölgiganten

Sbt/DW. New York

In den USA entsteht schon bald ein neuer Mineralölgigant. Bestätigt hat die Getty Oil Co., Los Angeles, die Annahme einer Fusionsofferte der Texaco Inc. in Harrison, New York. Texaco will zunächst 11,8 Prozent der Getty-Aktien zu je 125 Dollar erwerben. Der Zusammenschluß würde den Konzern 9,9 Milliarden Dollar (rund 28 Milliarden Mark) kosten. Es wäre die größte Unternehmensfusion in der US-Geschichte. 1981 erwarb Du Pont de Nemours den Ölkonzern Conoco für acht und U. S. Steel Marathon Oil für 6,6 Milliarden Dollar.

Ausmanövriert scheint damit die Pennzoil Corp., die ebenfalls das über umfangreiche Öl- und Erdgasreserven verfügende Unternehmen, das sich im Besitz der Familie des legendären J. Paul Getty und des von ihm gegründeten Museums befindet, aufkaufen wollte.

Zwischen Getty, Pennzoil und Texaco ist jetzt ein heftiger Streit entbrannt. Um die Gemüter abzukühlen, hat ein kalifornisches Gericht den Parteien einen 20tägigen Waffenstillstand verordnet. Nach Exxon und Mobil ist Texaco Amerikas drittgrößter Ölkonzern. Er setzte 1982 rund 47 Milliarden Dollar um, nach Steuern betrug der Gewinn 1,3 Milliarden Dollar. Die Aktiva übersteigen 27 Milliarden Dollar, beschäftigt werden 60 330 Arbeiter und Angestellte.

SEITE 4:
Ein bizarres Pokerspiel

Texaco hat in den vergangenen Jahren wenig investiert; die Öl- und Gasreserven schrumpften deshalb auf das Äquivalent von 258 (1976: 612) Millionen Tonnen. Die Ölreserven werden sich durch die Fusion verdoppeln, die Gasreserven verfünffachen. Das Unternehmen würde unter Einbeziehung des Getty-Umsatzes von zwölf Milliarden Dollar einen Gesamtumsatz von 60 Milliarden Dollar erreichen und sich mit der Mobil um den Platz zwei unter den größten Ölkonzernen der Welt nach der Exxon streiten.

Die Hauptaktionäre von Getty Oil, zwei Getty-Stiftungen, die gemeinsam über 50 Prozent des Kapitals halten, haben der Transaktion ebenso wie der Verwaltungsrat der Mineralöl-Gesellschaft zugestimmt. Zu Beginn der letzten Woche hatten sich die Hauptaktionäre noch mit der mittelgroßen US-Ölfirma Pennzoil Company auf eine komplizierte Übernahme zu 112,50 bis 115 Dollar je Aktie geeinigt. Die Pennzoil will jetzt gegen den Texaco-Vorstoß gerichtlich vorgehen.

Das ist jedoch nicht die einzige Hürde, die der Hochzeit zwischen Texaco und Getty Oil entgegensteht. Beide Unternehmen betreiben in den USA Tankstellennetze. Das kann komplizierte kartell- und wettbewerbsrechtliche Fragen aufwerfen. Geringer wären die Probleme bei dem Handel Getty mit Pennzoil, da Pennzoil keine eigenen Tankstellen besitzt oder betreibt.

DER KOMMENTAR

Getöse

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Die Frankfurter Rede des DGB-Vorsitzenden Breit gibt Anlaß, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Gewerkschaften ihre Gangart gegenüber dem Unionskanzler und seiner konservativ-liberalen Regierung verschärfen. Bisher war es die ständige Aussage des DGB, er stehe zu dieser bürgerlichen Regierung nicht anders als zu allen vorausgegangenen; Konflikte entstünden stets aus der Sache heraus. Das war durchaus glaubwürdig; denn tatsächlich hatten der DGB und seine Gewerkschaften trotz der sozialdemokratischen Tuchfühlung weder die Regierung Schmidt noch zuvor die Regierung Brandt geschont. Die ÖTV hatte sogar mit einem Kurzstreik als Antwort auf tarifpolitische Einlassungen Brandts den ersten Axthieb zu dessen Kanzlersturz geführt. Doch in Frankfurt bediente sich Breit einer Sprache, die zur Unzeit ideologisch motivierten gesellschaftspolitischen Kampf ankündigt.

Natürlich geht es um die 35-Stunden-Woche. Solange darüber als Sachproblem gestritten wird, ist alles in Ordnung. Wenn Breit jedoch mit der polemischen Anmerkung, die Väter des Grundgesetzes hätten der Regierung nicht die Kompetenz als Oberzensor in tarifpolitischen Fragen zugedacht, den Bundeskanzler und einige seiner Minister auf die Hörner nimmt und ihnen konkret eine grobe Mißachtung ihrer Neutralitätspflicht vorwirft, dann muß er sich die Retourkutsche gefallen lassen: Zu keiner Zeit hat sich der DGB Zurückhaltung auferlegt, wenn es ihm in den Kram paßte, den Regierungen in Bonn wegen Angelegenheiten, die mit den Kompetenzen der Gewerkschaften überhaupt nichts zu tun haben, in die Parade zu fahren. In solchen Fällen pflegt der DGB für sich in Anspruch zu nehmen, er vertrete die Interessen der ganzen Bevölkerung, obwohl es doch die Wahrheit ist, daß er nicht mehr als ein gutes Drittel der Arbeitnehmer zu seinen Mitgliedern zählt. Wenn Breit sich obendrein dazu versteigt, die Regierung als Erfüllungsgehilfen der Arbeitgeberverbände zu diffamieren, dann ist das ein Rückfall in Töne des Klassenkampfes, die man bei anderen Gewerkschaftsführern eher erwartet hätte als bei diesem DGB-Vorsitzenden.

Die Auseinandersetzung über die 35-Stunden-Woche ist zu allererst ein politischer Streit und erst dann eine tarifpolitische Angelegenheit. Bei der Bedeutung der Sache wäre es höchst duckmäuserisch, wenn sich der Kanzler aus dem Prozeß politischer Meinungsbildung heraushielte. Er kann es um so weniger, als der DGB mit seiner unzeitgemäßen Forderung nach Einstieg in die 35-Stunden-Woche den wirtschaftspolitischen Erfolg der Regierungspolitik gefährdet.

Europäische Kooperation bei Brutreaktoren

J. SCH. Paris

Regierungsvertreter Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens und Belgiens werden morgen nach Mitteilung des französischen Industrie- und Forschungsministeriums in Paris ein Kooperationsabkommen für Brutreaktoren (Schnelle Brüter) unterzeichnen. Dieses Abkommen werde, wie es heißt, den Willen der vier Regierungen markieren, eine langfristige Kooperation in die Wege zu leiten und ihre Anstrengungen in diesem Bereich der modernen Technologie zusammenführen.

Es geht dabei konkret um die Weiterentwicklung des „Superphönix", der noch in diesem Jahr im südfranzösischen Creys-Melville mit einer Kapazität von 1200 MW in Betrieb genommen werden soll. An diesem Projekt sind die deutsche Elektrizitätsgesellschaft RWE und die italienische ENEL beteiligt. Die Gesellschaften haben entsprechend ihrer Kapitalanteile Anspruch auf Stromlieferungen der staatlichen französischen Elektrizitätswerke (EdF), die als Mehrheitsaktionär federführend ist. Entwickelt wurde der „Superphönix" aus dem Versuchsreaktor „Phönix" des französischen Atomenergie-Kommissariats. Nun ist ein industrieller Brutreaktor mit einer Leistung von 1500 MW geplant. Zur Vorbereitung dieses Projekts wurde von den interessierten Elektrizitätsgesellschaften ein Club mit der Bezeichnung „Argo" gegründet. Die vier Regierungen wollen mit ihrem Abkommen diesen Schritt unterstützen.

Seite 2: Technologische Großmacht

Bourguiba steht zu seinem Regierungschef

DW. Tunis

Als Konsequenz der jüngsten Unruhen in Tunesien, bei denen nach einer drastischen Erhöhung des Brotpreises mehr als 70 Menschen getötet worden waren, hat Staatschef Habib Bourguiba Innenminister Driss Guiga entlassen und Ministerpräsident Mohammed Mzali kommissarisch mit der Führung des Innenministeriums beauftragt. Damit gelang dem 80jährigen Staatschef auf Lebenszeit, Bourguiba, der vor wenigen Tagen die Rücknahme der Brotpreiserhöhungen angekündigt hatte, eine weitere Überraschungsaktion, durch die er sein Ansehen in der Bevölkerung weiter festigen konnte.

Hintergrund des Regierungsrevirements sind Machtkämpfe in der regierenden Destouria-Partei. Bourguiba baut seit gut zwei Jahren Mzali als seinen Nachfolger auf. Als innerparteilicher Gegner des als liberal eingeschätzten Mzali gilt der bisherige Innenminister Guiga. Ihm wird nun zur Last gelegt, daß die Sicherheitskräfte in der Hauptstadt Tunis nach dem Beginn der Revolte im Süden des Landes nicht besser auf eine Ausweitung der Unruhen vorbereitet gewesen seien. Ministerpräsident Mzali dagegen ist von Bourguiba geschont worden. Dies, obgleich der Premierminister sich zunächst geweigert hatte, die Brotpreiserhöhung rückgängig zu machen. Politische Beobachter glauben, daß Bourguiba Mzali bewußt geschont hat, um dessen Stellung als Kandidat für den Posten den Staatschefs nicht zu gefährden.

Seite 2: Bourguibas Kronprinz

Pretoria zu Gesprächen mit Swapo-Vertretern bereit

Botha wiederholt Vorschlag für Waffenstillstand

DW. Pretoria/Washington

Südafrika hat nach den Worten seines Außenministers Roelof Botha keine Einwände gegen Gespräche zwischen Vertretern der Unabhängigkeitsorganisation für Namibia Swapo und dem von Pretoria ernannten Generalbevollmächtigten für dieses Gebiet, Willie van Niekerk. Über mögliche direkte Gespräche zwischen der Swapo und der südafrikanischen Regierung äußerte sich Botha nicht.

Gleichzeitig erneuerte der Politiker den Vorschlag seiner Regierung vom 15. Dezember vergangenen Jahres, für den 31. Januar einen einmonatigen Waffenstillstand an der Grenze zwischen Namibia und Angola zu vereinbaren. Der Waffenstillstand könnte jeweils um einen Monat verlängert werden.

Die am 6. Dezember gestartete Operation der südafrikanischen Armee gegen Swapo-Stützpunkte in Südangola ist beendet. Nach Angaben des südafrikanischen Generalstabschefs General Constand Viljoen, haben seine Truppen bei den jüngsten Kämpfen im Süden Angolas über 300 angolanische und kubanische Soldaten sowie Swapo-Kämpfer getötet. Es sei die erste offene Schlacht zwischen südafrikanischen Verbänden und Angolanern, Kubanern und Swapo-Freischärlern gewesen. Die Angolaner setzten dabei nach Informationen aus Pretoria erstmals seit 1976 wieder Panzer gegen die Südafrikaner ein.

In den nächsten Monaten ist nach Angaben des Operationschefs der südafrikanischen Armee, Generalmajor Glesson, nicht mehr mit größeren militärischen Aktionen der Swapo in Namibia zu rechnen. Der südafrikanischen Armee sei es durch ihre jüngste Aktion nämlich gelungen, die gesamte Kommandostruktur, Stützpunkte und Versorgungslager der Swapo zu zerstören.

Außenminister Botha hat am Wochenende die Resolution des Weltsicherheitsrates, in der die südafrikanische Aktion in Angola verurteilt worden war, entschieden abgelehnt. Botha sagte, sein Land sei auf eine „Konfrontation mit der Welt" wegen seiner Haltung in der Namibia-Frage vorbereitet.

G



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Özals Warnung

Von Evangelos Antonaros

Der neue türkische Ministerpräsident Turgut Özal hatte während seiner bisher wenigen Wochen im Amt die Europäer mit Glacé-Handschuhen angefaßt. Ihm ist es nämlich nicht um eine Konfrontation, sondern um eine Aussöhnung mit den um Menschenrechte und demokratische Grundregeln besorgten westlichen Alliierten der Türkei gegangen. Doch auf seiner ersten Pressekonferenz hat Özal nun die Grenzen des türkischen Langmuts bestimmt: Wenn die neugewählten Volksvertreter der Türkei in Straßburg abgelehnt werden sollten, werde Ankara aus dem Europarat austreten.

Die Vorgeschichte seit der Machtergreifung durch das türkische Militär im September 1980 ist bekannt: Die europäischen Demokraten wiesen den Türken die Tür, die Generale reagierten erbost, es gab einen ständigen Schlagabtausch zwischen Straßburg und Ankara.

Viele Europäer, nicht nur im linken Lager angesiedelt, argumentieren zu Recht, daß das am 6. November entstandene Parlament den westlichen Demokratie-Vorstellungen nicht einmal annähernd entspricht. Die Generale haben in der Tat nur drei Parteien zur Wahl zugelassen. Vor ihrem Abtritt hatten sie eine Reihe von restriktiven Gesetzen erlassen. Insofern sind diese Bedenken im Prinzip richtig. Gleichzeitig ist es jedoch politische Augenwischerei, ein Land, das sowieso keine tiefverwurzelten demokratischen Traditionen hat, über Nacht den Westminster-Parlamentarismus entdecken lassen zu wollen. Selbst Özal und die weiterhin einflußreichen Generale sprechen unumwunden vom „Beginn einer Demokratisierung".

Mehr noch: Ankaras ausdrücklicher Wunsch, sich im Europarat wieder vertreten zu lassen, ist nicht nur verständlich, sondern auch politisch vernünftig. Eine ablehnende Haltung Straßburgs müßten die nach Europa blickenden Türken als eine nationale Brüskierung empfinden, eine Abkapselung und die Suche nach neuen Freunden, möglicherweise im Nahen Osten, wären die Folge. Eine solche Entwicklung wäre ganz bestimmt nicht im Interesse Europas.

Auf Walesas Spuren

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Warschauer Regierung hat wieder einmal Schwierigkeiten mit den Gewerkschaften. Diesmal handelt es sich allerdings nicht um die „Solidarität", sondern um die regimetreuen, von Jaruzelski ins Leben gerufenen Betriebsorganisationen. Diese ursprünglich synthetisch konstruierten, gewerkschaftlichen Gebilde beginnen nämlich ein für das Regime höchst unwillkommenes Eigenleben zu entwickeln: Als die Frage von Preiserhöhungen diskutiert wurde, vergaßen sie Regimetreue und Konformismus und protestierten vehement gegen die von der Regierung geplanten Maßnahmen.

Jetzt beschuldigte das Warschauer Parteiblatt „Trybuna Ludu" diese Branchen- und Betriebsgewerkschaften, sie stellten immer nur Forderungen, sähen alles nur aus der kurzfristigen Perspektive und trügen nichts zur Verbesserung der *Produktion in den Betrieben bei.*

Seltsame Entwicklung: Die „Transmissionsriemen der Partei" – so lautet die Definition der Rolle der Gewerkschaften aus sowjetisch-kommunistischer Sicht – weigern sich, die Transmission der Parteibefehle weiterhin vorzunehmen. Statt dessen entwickeln sie ein deutliches Eigenleben. Das zeigt, wie sehr die Grundstrukturen kommunistischer Herrschaft in Polen erschüttert sind. Selbst die Kader, die von der Partei in die Betriebe entsandt werden, funktionieren nicht mehr oder können sich nicht durchsetzen.

Verwunderlich ist das freilich nicht. Die nun verbotene unabhängige Gewerkschaft „Solidarität" hatte etwa zehn Millionen Mitglieder. Fast jeder polnische Arbeitnehmer gehörte ihr an. Diese Menschen und die sie bewegenden Ideen sind ja nicht über Nacht vom Erdboden verschwunden, sondern sie leben weiter.

Schließlich: Die Betriebsgewerkschafter haben nur die Wahl, *entweder dem Druck* der Arbeiter *nachzugeben* und sich folglich mit der Partei und dem Regime zu streiten – oder aber die Parteilinie gegenüber der Arbeiterschaft um jeden Preis durchzusetzen. Es ist offenbar auch im Polen Jaruzelskis immer noch ratsamer, es sich mit der Regierung als mit den Arbeitern zu verderben.

Lehrer-Beispiel

Von Peter Philipps

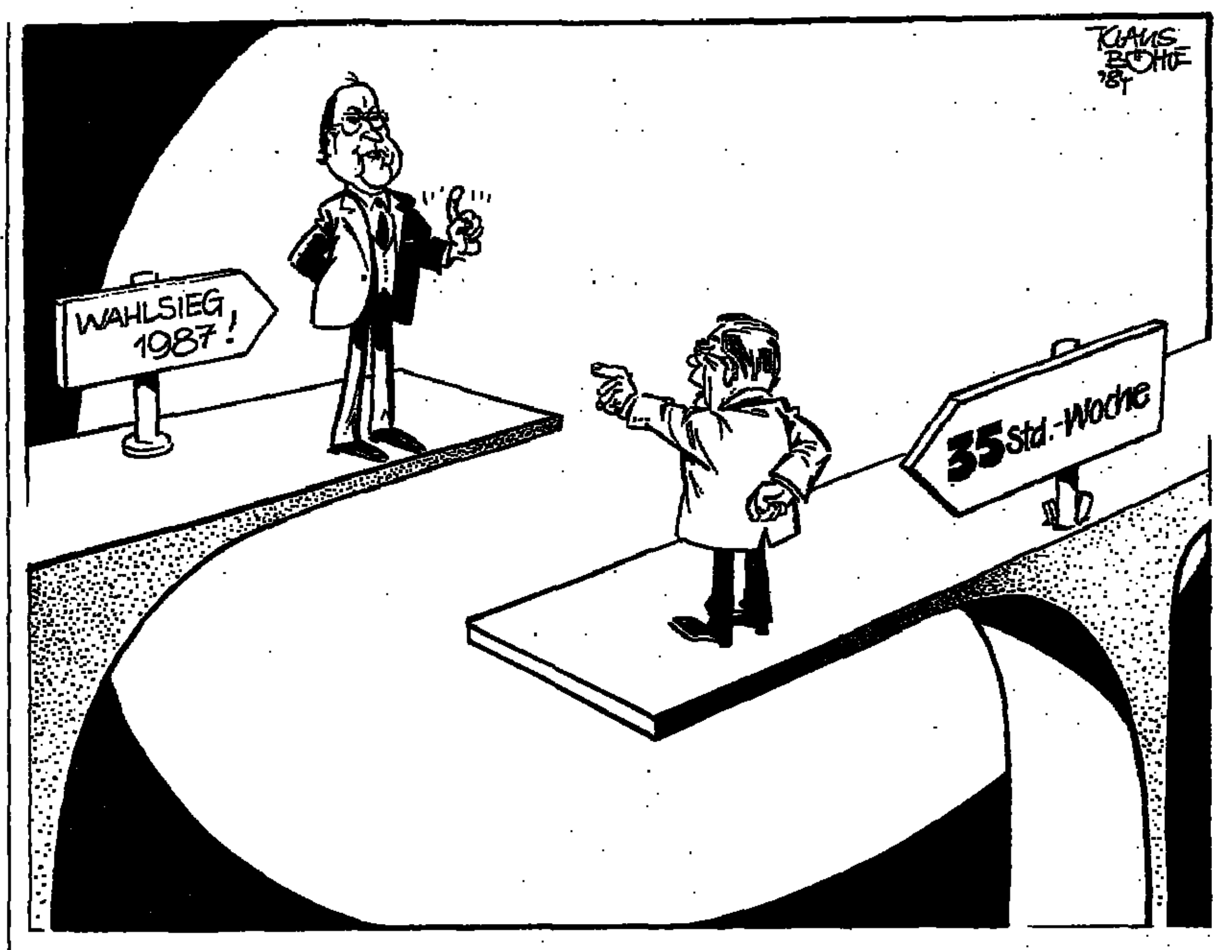
Je länger die Zeit relativ hoher Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland dauert, desto deutlicher geraten die Gewerkschaften in Gefahr, zur Interessenvertretung der Arbeitbesitzenden gegen die Arbeitsuchenden zu werden – trotz allen gegenteiligen Wollens und Bekundens. Das jüngste Beispiel dafür liefern jetzt die Lehrer-Gewerkschaften.

Einträchtig haben Bildungspolitiker der Bundesregierung und der Opposition im Bundestag eine Idee wieder aufgegriffen, die der frühere nordrhein-westfälische Kultusminister Jürgen Girgensohn schon einmal vergeblich entwickelt hatte: Die arbeitbesitzenden Lehrer sollten pro Woche eine Stunde weniger unterrichten und dafür dann auch gewisse Abstriche bei ihrem Gehalt hinnehmen – vier Prozent, wie errechnet worden ist. Mit dem eingesparten Geld könnten, nach einem ersten Überschlag, bundesweit etwa 20 000 neue Lehrerstellen geschaffen werden. Und, so setzte Bildungsstaatssekretär *Anton* Pfeifer noch obendrauf, wenn bei den doppelt gutverdienenden Lehrerehepaaren Abstriche am Ortszuschlag gemacht würden, könnte dies weitere 10 000 bis 15 000 Stellen für bisher arbeitslose Junglehrer bedeuten.

Die Idee hat vieles für sich. Denn bisher zeichnet sich keine Alternative ab, einige 10 000 fertig ausgebildete Pädagogen anders unterzubringen. Dennoch haben die Lehrergewerkschaften bislang nur Ablehnung laut werden lassen. Dabei kann es nicht schwer sein, die Finanzminister darauf zu verpflichten, das eingesparte Geld *nicht in ihrem Sparstrumpf verschwinden* zu lassen, sondern wirklich für neue Planstellen zu verwenden.

Aber: Die Lehrer-Verbände wollen die 35-Stunden-Woche ohne Gehaltskürzungen, wenn es geht, noch schneller als die Kollegen der IG Metall. Mit dem Hinweis, daß man von Lehrern keine „Sonderopfer" verlangen könne, versuchen die Lehrerlobbyisten daher einträchtig, den Plan zu Fall zu bringen.

Müßte dabei nicht die Priorität heißen: Hilfe für Arbeitslose statt weiterer sozialer Verschönerungen für ohnehin Bevorzugte? Was heißt denn schon Sonderopfer, wenn man arbeitslosen Kollegen zu einer Stelle verhelfen könnte, ohne die eigenen Ansprüche über Gebühr zu strapazieren? Warum können Lehrer, die sonst so gerne Solidarität predigen selber nicht *solidarisch sein?*



„Sie müssen umkehren!!"

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Fiskus als Firmen-Killer

Von Heinz Pentzlin

Die Bundesregierung hat bekanntgegeben, daß sie in diesem Jahr zugleich mit der Vereinfachung des Wirtschaftsrechts ihre Maßnahmen zur Entlastung der mittelständischen Wirtschaft verstärken will. So sollen die Mittel *für die Förderung von Existenzgründungen* und für Erleichterungen von Abschreibungen zur besseren Eigenkapitalbildung erheblich aufgestockt werden.

Das ist sicherlich nützlich und wird nicht nur von den kleinen und mittleren Unternehmern – und denen, die es werden wollen – begrüßt; es liegt auch im gesamtwirtschaftlichen Interesse, daß die mittelständische Wirtschaft sich in ihrem Betätigungsfeld besser behaupten kann. Es ist sogar dringend notwendig, daß dieser Bereich nach den großen Schrumpfungen, die er in den letzten Jahrzehnten erfahren hat, wieder erweitert wird. Dafür reichen die vorgesehenen Maßnahmen jedoch nicht aus.

Wenn die Statistiken für das Jahr 1983 vorliegen, wird die Bundesregierung feststellen können, daß die Zahl der Neugründungen von Unternehmen im Vergleich zu den voraufgegangenen Jahren sehr erheblich zugenommen hat und auch, daß die in den letzten Jahren ungewöhnlich hoch aufgelaufene Konkurswelle am Umschlagen ist. Die Regierung kann darin – durchaus mit Recht – einen Erfolg ihrer Maßnahmen feststellen, die in wechselseitiger Stützung zum Auftrieb der Konjunktur, zur Förderung von Neugründungen sowie zur Abflachung der Konkurswelle beigetragen haben.

Das ist ein beachtlicher Anfangserfolg. Nur genügt das, was bisher getan und in Aussicht genommen ist, noch nicht, um das Betätigungsfeld der mittelständischen Wirtschaft auf die Dauer zu sichern und wieder zu vergrößern. Seit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges ist immer zu beobachten, daß bei einem Steigen der Konjunktur die Neugründungen von Unternehmen beachtlich zunehmen, daß *dann aber bei rückläufiger Konjunktur* in größerem Umfang kleine und mittlere Unternehmen wieder eingehen; zum Teil durch Konkurs, zum Teil durch Fusion mit größeren Unternehmen, zum größten Teil aber durch stille Liquidation, durch Geschäftsaufgabe. So erleben wir es, daß am Ende eines jeden Konjunkturzyklus die Zahl der Selbständigen nach hoffnungsvoller Zunahme an seinem Beginn doch wieder kleiner geworden ist.

Diese Entwicklung beweist, daß unter *jungen Deutschen der Drang* zur selbständigen Betätigung zum „Unternehmen" im eigenen Unternehmen immer noch am Leben ist – trotz der vielen Erschwernisse, mit denen der Selbständige zu kämpfen hat – gemessen an all den Vergünstigungen, Erleichterungen und sozialen Vorteilen, die dem Angestellten geboten werden. Sie belegt natürlich auch, daß die Voraussetzungen für viele Unternehmer nicht gegeben sind, eine Phase der Rezession zu überstehen.

Der *Hauptgrund hierfür* liegt darin, daß die Unternehmen nicht genügend Eigenkapital haben, weil sie in Zeiten des Aufschwungs nicht genügend Rücklagen bilden können. Darunter leidet die gesamte Wirtschaft; kleine und mittlere Unternehmen – vor allem neu gegründete, leiden aber weitaus am stärksten darunter. Wenn in guten Jahren dem Unternehmen nach Zahlung der Steuer nicht viel mehr als ein Drittel des Gewinns übrig bleibt und der kleine und mittlere Selbständige davon noch seinen Lebensunterhalt zu bestreiten hat, wieviel kann er dann zurücklegen, um zwei oder drei schlechte Jahre zu überdauern?



Absturz in der Flaute: Dachdecker und Gesellen bei der Arbeit
FOTO: CENTER PRESS

Auch nach der jetzt angelaufenen Konjunktur wird es einmal wieder eine Zeit rückläufiger Entwicklung geben. Dann werden viele der jetzt neu gegründeten und geförderten Unternehmen eingehen, wenn nicht bald eine grundlegende Änderung geschaffen wird. Hier kann nur eine wesentliche Steuerminderung für den nichtentnommenen Gewinn helfen.

Die bisherigen Abschreibungserleichterungen bringen wohl eine zeitweilige Erleichterung, aber keine Änderung, die den Bestand der Unternehmen sichert. Wenn zum Beispiel eine Maschine in zehn oder zwölf Jahren abgeschrieben ist und im Unternehmen die Abschreibungen in vollem Betrag zurückgelegt sind, dann kann dafür keine entsprechende neue Maschine angeschafft werden. Denn allein schon im Zuge der Preissteigerungen – abgesehen von technischen Änderungen, die zur Verteuerung der neuen Maschine führen – kostet die neue mindestens 50, wenn nicht hundert Prozent mehr.

In anderen Ländern sind deshalb Abschreibungen bis zur Höhe des Wiederanschaffungswertes zulässig. Die deutschen Abschreibungsregelungen führen zu einem Zugriff des Staates mit seinen Steuern auf die Substanz der Unternehmen.

Es kann daher niemanden verwundern, daß im Maschinenbestand der deutschen Unternehmen jetzt eine erschreckende Überalterung festgestellt wird. Das ist eine Folge unseres Steuersystems.

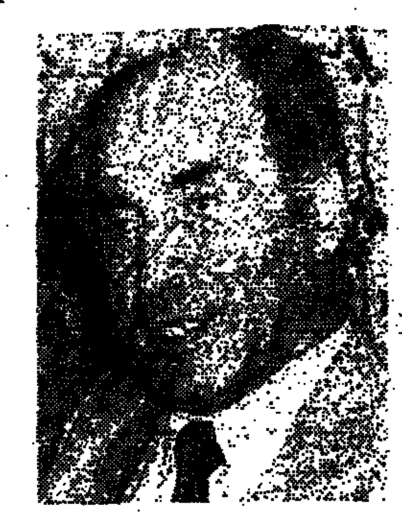
Der Finanzminister mag Bedenken haben, jetzt größere Änderungen dieses Systems durchzuführen, weil dadurch zunächst Einnahmeausfälle entstehen könnten. Aber eine Beibehaltung dieses Systems hemmt den Aufschwung, der höhere Einnahmen bringen kann; und sie führt bei späterer *schwächerer Konjunktur* – die wieder für viele Unternehmen das Ende bringen wird – zu größeren Löchern im Staatshaushalt.

IM GESPRÄCH Mohammed Mzali

Bleibt Bourguibas Kronprinz

Von August Graf Kageneck

Wenn Politik – nach Talleyrand – die Kunst ist, das Unabwendbare zur rechten Zeit zu tun, so wird Mohammed Mzali, der 58jährige Premierminister Tunesiens, noch eine Weile seine eigenen Zähne knirschen hören. Auch wenn er noch einmal davongekommen ist. Präsident Bourguiba, der 83jährige, hat in einer spektakulären Geste die von Mzali getroffene Entscheidung, den Preis des Grundnahrungsmittels Brot zum 1. Januar brutal um 120 Prozent anzuheben, zurückgenommen und damit den Volkszorn besänftigt. Aber er hat auch seinen Kronprinzen im Amt als Regierungschef bestätigt, obwohl 60 Menschen ihr Leben und einige hundert ihre Gesundheit lassen mußten, weil die Regierung es an Augenmaß hatte mangeln lassen.



Vorkämpfer des Pluralismus in Tunesien: Regierungschef Mzali
KHALED BELKHIRIA/STUDIO X

Die Frage ist außerdem, ob der Brotpreis nur der Funke war, der ein Faß entzündete. Unter den 1,2 Millionen Schülern und 45 000 Studenten Tunesiens brodelt es aus ganz anderen als aus materiellen Gründen: Ideologisch verunsichert zwischen dem prowestlichen Trend der gesell*schaftlichen Entwicklung ihres* Landes und den Signalen der islamischen Erneuerung, die immer mächtiger aus dem Orient herüberdringen, *zieht es sie immer stärker hin zu den* Quellen des Glaubens. Armut der Massen und religiöser Fundamentalismus aber waren zwei Kriterien, deren Zusammenstoß eine Katastrophe auslösen mußte.

Mzalis Name steht für Pluralismus und Mehrparteiensystem. Neben der seit fünfzig Jahren existierenden, seit 25 Jahren an der Macht befindlichen sozialistischen Destour-Partei (PSD), zu deren linkem Flügel Mzali seit seiner Jugend gehört, sollte sich eine Opposition artikulieren. Nur wenige Wochen vor den jüngsten Unruhen erlebt Mzali den Triumph, daß neben der schon 1981 zugelassenen Kommunistischen Partei auch die „Bewegung demokratischer Sozialisten" und die rechtsstehende religiöse Gruppierung „Für völkische Einheit" als Parteien zugelassen wurden und für die Wahlen 1986 Kandidaten aufstellen dürfen. Wird das alles jetzt einen schweren Schlag erleiden? Bourguiba hat seinem Volk versprochen, daß es keinen Aufschub im *Demokratisierungsprozeß geben* und *daß er alles tun werde,* um den Ärmsten im Lande ihr Los zu erleichtern.

„Du sollst weder eine verrottete noch eine explosive Situation erben, wenn der Tag meines Abtritts gekommen ist", hatte der greise Volksheld seinem Dauphin am 18. Juni 1983 anvertraut. An diesem Tage hatte Bourguiba zwei der fähigsten Minister des Kabinetts gefeuert, die sich einer Änderung der Grundnahrungsmittelpreise widersetzt hatten. „Es ist grotesk, daß ein Kilo Brot weniger kostet als ein Kilo Stroh", hatte Habib Achour, der Boß der Gewerkschaft UGTT, gewarnt. Mzali war einen Schritt zu weit gegangen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Kann Minister Wörner noch länger schweigen? Das fragen viele Kommentatoren der Affäre Kießling:

BERLINER MORGENPOST

Wenn die Bundesregierung nicht aufpaßt, marschiert die Bundeswehr in die vielleicht folgenschwerste Krise ihrer Geschichte. In häßliche Schlagzeilen ist sie schon geraten. Intellektuelle Meinungsführer wie Günter Grass fordern zur Verweigerung des Wehrdienstes auf, weil die Bundeswehr nach der Pershing-Stationierung ihren Charakter als Verteidigungsmacht eingebüßt habe. Angesichts dieser breit angelegten Kampagne steuert die Bundeswehr nun selbst einen Vorgang bei, der sie in der Öffentlichkeit noch anfechtbarer macht. Der Vier-Sterne-General Günter Kießling wurde von Verteidigungsminister Wörner unter Umständen in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, die Gerüchte geradezu provozieren. Kießling hat bestritten, jemals in seinem Leben homosexuelle Beziehungen gehabt zu haben. Die Hardthöhe verweigert ihrerseits jede Stellungnahme zu Berichten, wonach der bislang höchste deutsche NATO-*Offizier* wegen seiner *vermeintlichen* Neigungen zu einem Sicherheitsrisiko geworden sei. Was nun? Läßt man Gerüchte über die persönliche Lebensführung des Generals wuchern, um die sachlichen Spannungen zwischen dem NATO-Oberkommandierenden Rogers und Kießling zu vertuschen? Steht ein ganz und gar Unschuldiger am Pranger? Verteidigungsminister Wörner kann nicht einfach schweigen. Die Wahrheit muß ans Licht. Nicht nur die Würde Kießlings, sondern auch die Integrität der Bundeswehr sind das Thema.

BADISCHE ZEITUNG

So leistet das eiserne Schweigen der Hardt-Höhe zu den Entlassungsgründen im Falle Kießling dem Rufmord an einem Bürger Vorschub ... Wenn der General nun aber alle sein Privatleben betreffenden Vorwürfe *zurückweist, entsteht* eine neue Lage und es entsteht der Verdacht, daß die Gründe für seine Entlassung vielleicht doch im Politischen zu suchen sind. Daß der Posten Kießlings bei der NATO von jeher an Einflußlosigkeit krankte, ist kein Geheimnis. Eine Auseinandersetzung darüber mit brüskem Hinauswurf zu beenden, das spräche wahrlich nicht für Wörner. Es gibt für den Minister also Gründe genug, sein Schweigen jetzt zu brechen. **(Freiburg)**

WASHINGTON POST

Hier heißt es zu Libanon:

Die Syrer scheinen geneigt, ihren militärischen Druck auf Libanon in politische Münze umwandeln zu wollen. Sie haben dies signalisiert, indem sie den nach einem Abschuß in syrische Gefangenschaft geratenen US-*Piloten freiließen. Die USA* antworteten sofort, indem sie einen ihrer Flugzeugträger in den Gewässern vor den Küsten Libanons abzogen. Die Israelis, die aus ihren bisherigen Fehlschlägen bezüglich einer Manipulierung der libanesischen Politik gelernt haben, neigen nun dazu, einem hausgemachten libanesischen Kompromiß nichts mehr in den Weg zu legen. Libanons Hauptanliegen ist jedoch der Abzug aller ausländischen Truppen. Nur so kann das Land zu seiner territorialen Integrität und Souveränität finden.

Reagans Karibik-Programm und der Grenada-Faktor

Wie Washington die Kleinstaaten vor seiner Haustür politisch stabilisieren will / Von Manfred Neuber

Fast zwei Jahre nach der ersten Ankündigung durch Präsident Reagan soll die amerikanische Hilfe für bedürftige – ausschließlich befreundete – Staaten des karibischen Raumes am 1. Januar 1984 anlaufen. Das Weiße Haus spricht von einem „neuen Anfang unserer Freundschaft".

Washington schüttet nicht gerade ein Füllhorn über den 27 Ländern aus, die an dem Unterstützungsprogramm partizipieren werden. Es stehen nur 350 Millionen Dollar an direkter Finanzhilfe zur Verfügung. Für einige bevorzugte Staaten wird jedoch mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf den *heißen Stein abfallen.*

Größere Hoffnungen werden auf den karibischen Inseln und in den mittelamerikanischen Republiken, die Reagan wirtschaftlich fördern und damit politisch festigen will, in einen erleichterten Zugang zum US-Markt und in einen stärkeren Konferenz-Tourismus aus den Vereinigten Staaten gesetzt.

Die Reagan-Administration mußte erhebliche Widerstände im Kongreß überwinden, um die Handelskonzessionen im Rahmen der auf zwölf Jahre Laufzeit angelegten „Caribbean Basin Initiative" durchzubringen. Vor allem im Senat fand die protektionistische Lobby viel Gehör. Grenada bewirkte dann einen Wandel.

Fünf der sechs Inselstaaten, die sich an der US-Intervention auf Grenada beteiligt haben, sind unter den ersten Empfängerländern: Barbados, Domenica, Jamaika, St. Lucia und St. Vincent sowie Trinidad und Tobago, das ein Eingreifen ablehnte, und Costa Rica, die Dominikanische Republik, die Niederländischen Antillen, Panama und St. Christopher-Nevis.

Voraussetzung für diese US-Hilfe sind die Achtung der Menschenrechte und des Eigentums ausländischer Staatsbürger sowie ein freier Handel. Kuba, dessen Regi*me der US-Präsident gerade eben* in einer scharfen Rede nachdrücklich gebrandmarkt hat – Kuba ist natürlich ausgeschlossen. Guyana und Surinam könnten einbezogen werden, falls bestimmte Auflagen erfüllt sind, während Nicaragua noch berücksichtigt würde, wenn es wie Grenada vom totalitären Kurs abkäme.

Der Streit um Grenada hat inzwischen die Karibische Wirtschaftsgemeinschaft (Caricom) erschüttert, weil unter den 13 Partnern konträre Auffassungen über die Rechtmäßigkeit der Intervention bestehen. Jamaika befürwortet eine Trennung von den linken Mitgliedstaaten und die Einbeziehung anderer, auch nicht englisch-sprechender (wie der Dominikanischen Republik).

So ist es zu einem kleinen „Handelskrieg" zwischen Dominica und der „Genossenschaftsrepublik" Guyana gekommen. Domenicas Premierministerin Eugenia Charles war es, die gemeinsam mit Präsident Reagan das Hilfeersuchen aus der Ostkaribik wegen der Bedrohung aus Grenada der Weltöffentlichkeit im Weißen Haus kundtat. Jetzt fordert sie die Verlegung des Caricom-Sekretariats aus Georgetown, der Hauptstadt Guyanas.

Seit Jamaika-Premier Edward Seaga erster Besucher im Weißen Haus nach Reagans Amtsantritt war, steht sein Inselstaat in der besonderen Gunst der USA. Wie er jetzt mit einer überraschend angesetzten Wahl die sozialistische Opposition ausmanövrierte, die aus Protest gegen das veraltete Wählerregister im Schmollwinkel blieb, dürfte das Wohlgefallen in Washington nur bestärkt haben.

Die „Blitzsieg"-Strategie Seagas macht in der Karibik offenbar Schule: Auf Barbados erwägt Premier Tom Adams vorzeitige Wahlen im Januar, und in anderen kleinen Inselstaaten denken die Regierungschefs darüber nach, ob sie *den Grenada-Faktor, also die Zu*stimmung des größten Teils ihrer Bevölkerung zu der Intervention, zu einem Vertrauensvotum nutzen sollten, bevor wirtschaftlich härtere Zeiten anbrechen.

Wo das parlamentarische System von Westminster gilt, das die Briten in der Karibik hinterlassen haben, ist im Prinzip gegen die volle Anwendung seiner politischen *Möglichkeiten* durch die Regierenden nichts einzuwenden. Insoweit ist Seaga im Recht. Hat er aber nicht den Boykott der Opposition geradezu herausgefordert?

In der Schicksalswahl für Jamaika im Oktober 1980, als es um *kubanische Verhältnisse* unter dem Tarnmantel des demokratischen Sozialismus oder eine freiheitliche Demokratie ging, konnte Seaga den Sieg erringen, und Jamaika konnte aufatmen. Einen Einparteienstaat, ohne es selbst darauf angelegt zu haben, hat nun diese „Nichtwahl" beschert. Das Resultat ist wahrlich kein Aushängeschild für den Westen.

Premier Seaga *wäre gut beraten,* wenn er nicht nur ein paar Senatssitze anderen Parteigängern überließe, wie er angekündigt hat, sondern neue *Möglichkeiten* der politischen Beteiligung großer Bevölkerungskreise überdächte. Sobald sich die Opposition auf der Straße formierte, könnte die karibische Musterdemokratie Jamaika schnell in die Anarchie am Ende der siebziger *Jahre zurückfallen.*

Das läge am allerwenigsten im Interesse der USA, die Jamaika nur zu gern als erfolgreiches Gegenstück zu Kuba sich entwickeln sähen. Ein Wahlergebnis von östlichem Zuschnitt – gleichgültig, wie es auch zustande *gekommen ist* – dürfte diesen Bestrebungen nicht dienlich sein. Es könnte in dieser Region auch latente Zweifel an den *lauteren* Absichten wecken, auf Grenada wirklich nur dem freien Willen der Bevölkerung zur Geltung zu verhelfen.

Paris beschwört die technologische Großmacht Europa

Bis Mitte des Jahres „regieren" die Franzosen in der EG. Wenn es nach dem Pariser Industrieminister Fabius geht, wird es der Start zu einer gemeinsamen Offensive: Der Rückstand der Europäer gegenüber Japanern und Amerikanern im Bereich der Zukunfts-Technologien soll aufgeholt werden.

Von JOACHIM SCHAUFUSS

Für Europa hat die blau-weiß-rote Stunde geschlagen. Seit dem 1. Januar ist Frankreich für sechs Monate Präsidialmacht der EG. Die Regierung in Paris kann damit auf die Zehner-Gemeinschaft mehr Einfluß nehmen. Bei ihr liegt jetzt die Vorbereitung der Brüsseler Ministerratssitzungen und der beiden regulären Gipfeltreffen. Die Entscheidungen werden zwar gemeinsam getroffen. Aber die Position des Präsidenten hat erfahrungsgemäß besonderes Gewicht. Andererseits hat er auch eine größere Verpflichtung zum Erfolg.

Unter sehr günstigen Vorzeichen steht diese französische Präsidentschaft allerdings nicht. Der letzte europäische Gipfel unter griechischem Vorsitz in Athen war Anfang Dezember an den Budget- und Agrarproblemen gescheitert. Und der Ausbruch einer schweren Krise wurde nur dadurch vermieden, daß man den Kopf in den Sand steckte. So muß die Gemeinschaft gegenwärtig aus provisorischen Monatsbeiträgen von der Hand in den Mund leben.

Wie damit die im April anstehende Erhöhung der gemeinsamen Agrarpreise finanziert werden soll, ist eine offene Frage. Auch der gerade von französischer Seite geforderte Abbau der Grenzausgleichsbeträge hängt völlig in der Luft, ebenso wie der Abbau der kostspieligen Butterberge. An sich müßte jetzt endlich die gesamte Agrarmarktordnung von Grund auf reformiert werden, was nicht zuletzt die deutsche Seite fordert. Aber dabei stehen in erster Linie bedeutende französische Interessen auf dem Spiel.

Landwirtschaftsminister Michel Rocard ist deshalb um seine Aufgabe nicht zu beneiden. Immerhin aber unterhält er zu den Bauern bessere Beziehungen als die meisten seiner Vorgänger. Auch genießt er bei seinen Kollegen in der EG, insbesondere bei Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle, größeres Vertrauen. So wagt sein Ministerium die sehr mutige Parole herauszugeben, daß Frankreich als Mitbegründer der EG eine besondere europäische Erfolgsverpflichtung hat.

Aber so wichtig das grüne Europa für Frankreich ist – ein europäisches Denkmal kann sich Staatspräsident Mitterrand in diesem Bereich der Zusammenarbeit nicht setzen. Deshalb will er als großer Initiator der industriellen Revolution in die Geschichte eingehen. Die von ihm proklamierte „Mutation" der französischen Industrie, für die jetzt mit dem Fall Talbot die ersten Weichen gestellt worden sind, soll in einen „europäischen Raum der Industrie und Forschung" eingebettet werden. Dies wäre eine neue Etappe für Europa, heißt es in einem den Partnerstaaten übermittelten französischen Memorandum.

Andererseits wird die Idee vom sozialen europäischen Raum, die Mitterrand zu Beginn seiner Amtszeit den Partnern schmackhaft zu machen versuchte, jedenfalls in diesem Zusammenhang zurückgestellt. Viel Staat kann Frankreich mit dieser zur Illusion zerronnenen Idee heute ohnehin nicht mehr machen, nachdem sich die ambitiöse Sozialpolitik der sozialistischen Regierung als Fehlschlag erwiesen hat – insbesondere die Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 40 auf 39 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich. Von der Einführung der 35-Stunden-Woche, ein wichtiges Wahlversprechen Mitterrands, ist inzwischen keine Rede mehr.

Allerdings hatte Mitterrand schon im Juni 1982 auf dem von ihm präsidierten vorletzten Weltwirtschaftsgipfel von Versailles ein Technologieprogramm vorgelegt, das zu gemeinsamen Vorhaben in allen Bereichen mit hohen Ausgangsinvestitionen führen sollte. Als Beispiele genannt waren neue Energien, Fernmeldewesen, Robotertechnik, neue Materialien, Elektrotechnik und Biotechnik. Dadurch sollte – entsprechend den damaligen sozialistischen Zielsetzungen – vor allem Beschäftigung geschaffen werden.

Daraus ist freilich nichts geworden, und zwar auch deshalb nicht, weil die Franzosen sich nicht bei ihrem technischen Fortschritt vor allem auf den Staat und die Staatsunternehmen stützen wollten, während die anderen westlichen Industriestaaten die Technologie als einen Bereich der privaten Wirtschaft betrachteten. Außerdem wollten sich die Amerikaner und Japaner von den Europäern nicht in ihre technologischen Karten blicken lassen.

Frankreichs liberaler Industrie- und Wissenschaftsminister Laurent Fabius hat daraus die Konsequenzen gezogen. Das von ihm im Hinblick auf die EG-Präsidentschaft ausgearbeitete Memorandum beruht, wie es darin ausdrücklich heißt, auf dem „fundamentalen Prinzip", daß die Entwicklung der europäischen Industrie nur durch diese selbst erfolgen kann. Die konkreten Initiativen müßten die Unternehmen entsprechend den Erfordernissen des Marktes ergreifen. An der EG liege es, die dafür günstigen Begleitumstände zu schaffen.

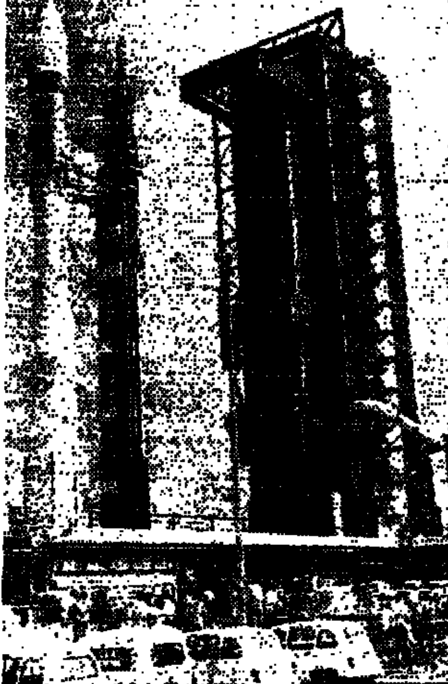
Das schließt Gemeinschaftsprojekte der Regierungen nicht aus. Davon gibt es schon eine ganze Reihe wie zum Beispiel den Airbus und die Rakete Ariane. An neuen Projekten des Infrastruktursektors werden in dem Memorandum der Ärmelkanal-Tunnel, ein europäischer TGV (Hochgeschwindigkeitszug), intereuropäische Kommunikationskabel mit optischen Fasern, gemeinsame Datenbanksysteme und Stromaustauschanlagen genannt. Kurz vor der Unterzeichnung steht ein französisch-deutsch-britisch-belgisches Kooperationsabkommen für die weitere Entwicklung von Brut-Reaktoren. Dies alles sind Sektoren, in denen die Franzosen einen technologischen Vorsprung oder ein starkes wirtschaftliches Interesse haben.

An eigentlichen Gemeinschaftsprogrammen will Fabius, wie er kürzlich erklärte, seinen Partnern solche für die Bereiche Elektronik, Informatik und Biotechnik unterbreiten. Außerdem plädiert er für eine engere Kooperation der europäischen Forscher. Gegenwärtig arbeiten in der EG rund 1000 Forscher zusammen. Und in praktisch allen Zukunftssektoren ist die Forschung bisher national geblieben.

So sei Europa zum ersten Mal in seiner Geschichte seit einigen Jahren nicht mehr die wichtigste Quelle der wissenschaftlichen und technologischen Innovation, heißt es in dem Memorandum. Es laufe damit Gefahr, den Eintritt in die dritte industrielle Revolution, nämlich die der Elektronik, zu verpassen. Damit vergrößere sich der europäische Rückstand gegenüber den USA und Japan immer mehr.

Schon heute bestreitet die europäische Datenverarbeitungsindustrie (Informatik) gerade zehn Prozent des Weltmarktes und 40 Prozent ihres eigenen Marktes. Acht von zehn Computern importiert die EG aus den USA und neun von zehn Video-Recordern aus Japan, um nur zwei besonders krasse Beispiele zu nennen. An elektronischen Bauelementen ist die EG zu 60 Prozent auf Importe angewiesen, und keine europäische Firma verfügt in diesem Bereich über eine hochtechnologische Erzeugung. Nicht besser steht es bei den Industrie-Robotern.

Der wichtigste Grund für den technologischen Rückstand der EG ist nach französischer Auffassung die Zersplitterung Europas. Viele lebenswichtige Großprojekte ließen sich schon aus finanziellen Gründen nicht auf nationaler Ebene verwirklichen. Kein einziges Land der EG besitze eine echte Chance, die großen Technologien selbst zu beherrschen. Und seit dem Bestehen der EG sei überhaupt kein transnationaler europäischer Industriekonzern gegründet worden.





„Ariane" und „Airbus" als Wegweiser: Frankreichs Industrieminister Fabius (Mitte) will Europa technologisch auf die Sprünge helfen
FOTOS: KLAUS MÜLLER/CAMERA PRESS/LUFTHANSA

WIE WAR DAS?

Als die Konzertierte Aktion zerbrach

Von HEINZ HECK

Seit sie tot ist, reißen die Wiederbelebungsversuche nicht ab. Dabei hatte man zu Lebzeiten keineswegs die reine Freude an ihr. Den jüngsten Versuch einer Mund-zu-Mund-Beatmung startete jetzt der Bonner FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick auf dem Dreikönigs-Treffen seiner Partei in Stuttgart. Er forderte die Tarifparteien zur Wiederaufnahme der konzertierten Aktion auf, um auf diese Weise eine Lösung für das Problem der Arbeitslosigkeit zu finden.

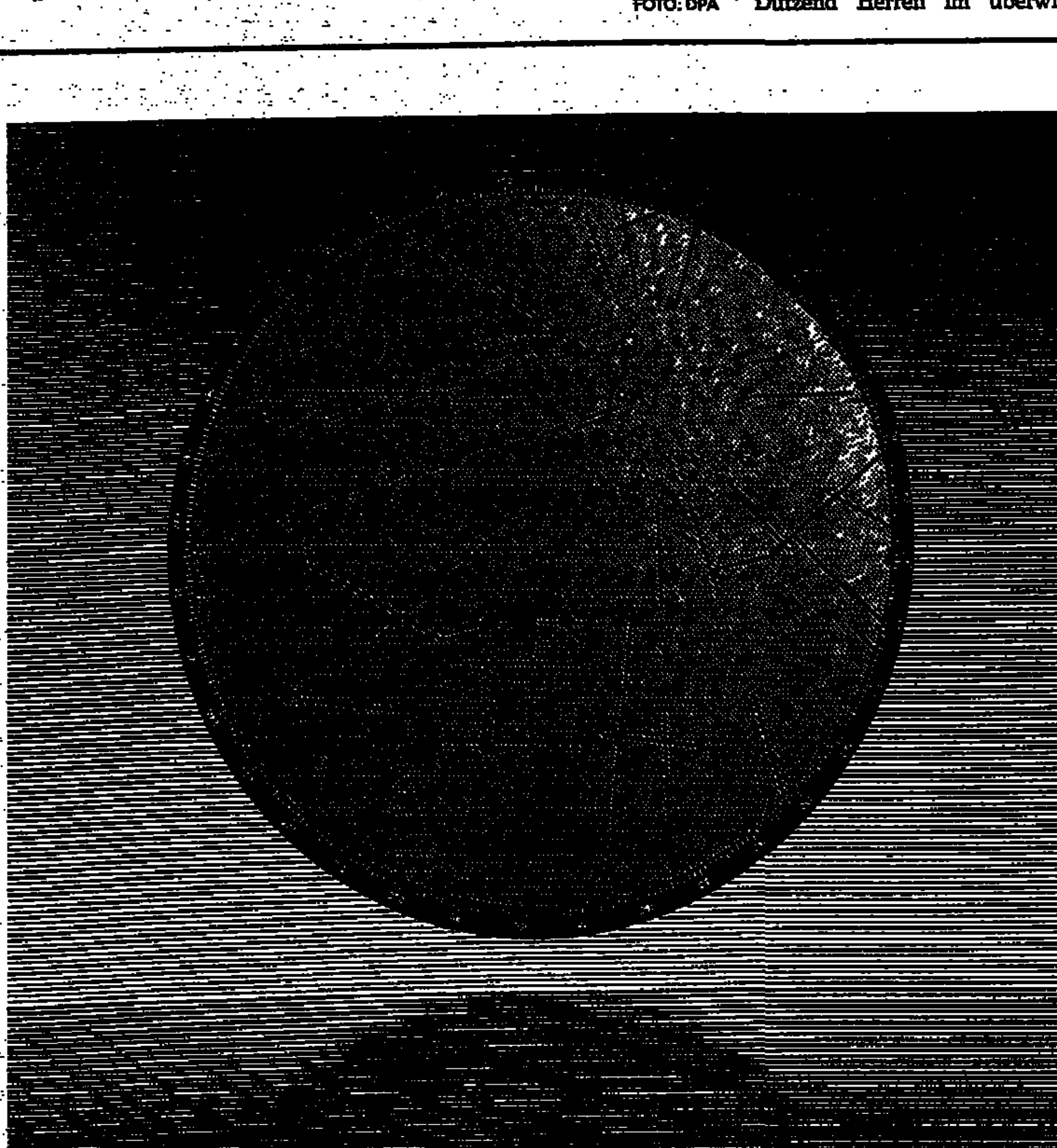
Es waren bisher vor allem FDP-Politiker, die sich für eine Wiederaufnahme der Gesprächsrunde mit Vertretern des Arbeitnehmer- und Arbeitgeberlagers unter Vorsitz des Wirtschaftsministers einsetzten, seit die Arbeitgeber 1977 mit ihrer Verfassungsklage gegen die Mitbestimmung nach Meinung der Gewerkschaften „das Tischtuch zerschnitten" hatten und diese daher dem Konzert fernblieben. Dabei war es unbestritten Karl Schiller (SPD), der gleichsam als Karajan der Wirtschaft den Taktstock besonders publicityträchtig schwang. Wortschöpferisch wie er war, hat er die Bezeichnung für ein abgestimmtes Verhalten von Staat und Sozialpartnern zum Begriff für eine Institution, die Gespräche am „Tisch der kollektiven Vernunft" (Schiller), umgemünzt.

Paragraph 3 des Gesetzes „zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" (kurz Stabilitätsgesetz) vom 8. Juni 1967 sieht ein aufeinander abgestimmtes Verhalten der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände im Interesse eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vor. Bei einer Gefährdung der vier wirtschaftlichen Ziele Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht soll die Bundesregierung „Orientierungsdaten" für ein solches Verhalten zur Verfügung stellen.

In diesem „magischen Viereck" war in den letzten Jahren zeitweise alles aus dem Lot geraten, und das Beschäftigungsziel bleibt auf Jahre unerreicht, das Wachstumsziel neuerdings nicht ganz in dem Maße.

Seit dem Karlsruher Urteil zur Mitbestimmung im Frühjahr 1979 sind immer wieder Anläufe, vor allem auch von Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff unternommen worden. Ungeachtet aller erklärten Gesprächsbereitschaft (der damalige ÖTV-Chef Heinz Kluncker wollte „notfalls auch mit des Teufels Großmutter reden, wenn es den Interessen der Arbeitnehmer dient") blieb es bei Anläufen.

Allein die festgefahrene Diskussion um die 35-Stunden-Woche könnte schon die Wiederaufnahme der Gespräche rechtfertigen. Zwar ist kaum zu erwarten, daß die beiden Seiten von ihren Positionen abgehen, doch hängt gerade an dieser Frage zu viel, als daß man irgend etwas unversucht lassen sollte. Allerdings ist fraglich, ob die Gewerkschaften sich hier freiwillig wieder in eine Art Begründungszwang zu begeben bereit sind.



Mit „Flüstertüte" und Plakaten: Unternehmer-Protest in Frankfurt
FOTO: DPA

Unternehmer ziehen auf ein neues Schlachtfeld

Das Reizthema der diesjährigen Tarifauseinandersetzungen heißt 35-Stunden-Woche. Gegen diese Gewerkschafts-Forderung sind am Wochenende in Frankfurt zum erstenmal Unternehmer auf die Straße gegangen.

Von JOACHIM WEBER

„Die Konkurrenz in Ostasien begrüßt die 35-Stunden-Woche in Deutschland", war auf den Plakaten zu lesen. Oder, ganz groß und knallig: „35 Stunden: Jobkiller". Wer am Samstag auf der Jagd nach Sonderangeboten über Frankfurts Einkaufs-Prunkstraße Zeil pilgerte, bekam Ungewohntes zu sehen: Seriöse, elegant gekleidete Herren verteilten Flugblätter mit dem Slogan „Jetzt gemeinsam für Arbeit und Arbeitsfrieden", diskutierten mit den Passanten und – froren erbärmlich.

Die Aktion war eine Premiere: Frankfurts Unternehmer waren auf die Straße gegangen, um vor der anstehenden Metalltarifrunde über ihre Sicht der 35-Stunden-Woche zu informieren. Und auch den eigenen Wissensstand wollten sie ein wenig verbessern: Wie denken Herr und Frau Jedermann über das Problem?

Dem Häuflein von einem halben Dutzend Herren im überwiegend dunkelblauen Mantel, das in den frühen Vormittagsstunden auf der noch recht leeren Zeil die Stellung hielt, stand das leichte Unbehagen über die ungewohnte Situation – vielleicht aber auch nur über den ständig tröpfelnden Regen – noch ins Gesicht geschrieben. Doch das änderte sich rasch.

Denn die wenigen unter den Vorübereilenden, die das „Happening" zunächst überhaupt zur Kenntnis nahmen, äußerten fast durchweg spontane Zustimmung. „Das find' ich gut, daß ihr auch mal auf die Straße geht und euch kalte Füße holt, nicht bloß immer die anderen", rief eine Frau einem Konzerndirektor zu. Und ein älterer Arbeiter vertraute sich dem Chef eines 20-Mann-Betriebs an: „Isch laß' misch net von da Gewäkschaft uffhetze, isch glaab denne des net."

Für die Motivation der „Demonstranten" (die sich erst gegen Mittag darauf besannen, daß ja auch ein Megaphon am Info-Kiosk bereitstand) sorgte schließlich auch ein Betriebsrat, der sich kaum hörbar an einen AEG-Direktor wandte: „Ich darf das ja eigentlich nicht sagen, aber ich bin auch gegen die 35 Stunden."

Die Flugblätter mit den Unternehmer-Argumenten fanden reißenden Absatz. Wichtigste Abnehmergruppe waren ganz offensichtlich Damen in mittleren Jahren, bei Jugendlichen dagegen war „kein Blumenpott zu gewinnen", wie ein Jung-Unternehmer bedauerte.

Weil Unternehmer nicht jeden Tag auf der Straße in Aktion zu sehen sind, kam es auch zu Mißverständnissen. „Viele denken doch tatsächlich, wir sind von der Gewerkschaft", wunderte sich ein Mittelständler, dem seine Rolle als Propagandist immer mehr Spaß machte.

Natürlich gab es nicht nur Zustimmung. Vor den Bratpfannen- und Kochgeschirr-Schaufenstern des Kaufhofs entspannen sich hitzige Diskussionen; als der Regen nachließ, auch am Informationskiosk. Da entlud sich so manch aufgestauter Groll: „Ihr Unternehmer setzt euch doch morgens nur in euren Sessel und laßt eure Hanseln antreten..." oder „Die Arbeiter haben doch Deutschland wieder aufgebaut, nicht die Unternehmer. Aber die fahren jetzt den Mercedes", waren nur einige der Stimmen, mit denen sich die Chefs zu den Klängen eines nur zehn Meter weiter aufgebauten Heilsarmee-Orchesters konfrontiert sahen.

In der Diskussion zeigten sich auch die Schwächen der Wirtschafts-Lenker, die alle an ihrem Sackgassenschild mit der Aufschrift „35-Stunden-Woche" am Revers zu erkennen waren: Im Rededuell mit Debattier-Profis erwiesen sich überwiegend die jüngeren unter ihnen als gut trainiert, viele gerieten aber schnell in die Defensive. „Das müssen wir noch ein wenig üben", war denn auch ein Fazit der Veranstaltung. Ein anderes: „Bei solchem Hundswetter muß man den Leuten doch Glühwein oder heißen Äppelwoi anbieten."

Doch es ging auch ohne. Als kurz vor zwölf Uhr auch noch die Arbeitgeberspitzen unter der Führung von Handelskammerpräsident Hans Messer vom Neujahrsempfang des DGB zur eigenen Veranstaltung übergewechselt waren, hatten sich rund 50 Unternehmer locker auf der Zeil verteilt, waren in vielen kleinen Grüppchen in Diskussionen verstrickt.

8000 Handzettel waren zu diesem Zeitpunkt bereits verteilt. Und das Schönste: Anders als bei ähnlichen Informationsveranstaltungen lag kaum irgendwo ein blauer Bogen weggeworfen auf dem Boden. Es scheint, daß ein Bedarf an Informationen auch aus dem Arbeitgeberlager besteht. Die hessischen Unternehmer konnten ein Ergebnis befriedigt mit nach Hause nehmen: Bei den Leuten auf der Einkaufsstraße hatte die 35-Stunden-Woche keine Mehrheit.

Pfarrer enttäuscht über EKD-Antwort

NORBERT KOCH, Bonn

Aus Sorge über die ihrer Ansicht nach unzureichende Reaktion der Amtskirche auf die umstrittenen Äußerungen von Dorothee Sölle vor dem Weltkirchenrat in Vancouver hatten vier Pastoren aus Flensburg der EKD eine „Anrufung" zugeschickt. *Darin wurde der Rat der* EKD an seine Verpflichtung erinnert, „die Gläubigen vor Unglauben und Irrlehre zu bewahren". Mittlerweile liegt die Antwort aus Hannover vor.

Walter Hammer, *Leiter der Kirchenkanzlei*, erinnert in seinem Schreiben noch einmal daran, daß sich der Ratsvorsitzende Bischof Lohse bereits in Vancouver mit den *Thesen von Frau Sölle kritisch auseinandergesetzt* habe. Außerdem habe die Theologie-Professorin in eigener Verantwortung und nicht im Namen der EKD gesprochen. Einer besonderen Auseinandersetzung mit dem Standpunkt von Frau Sölle bedürfe es darum nicht mehr.

Die vier Flensburger Pfarrer sehen sich mit dieser Antwort „abgefertigt", wie einer der Initiatoren, Pastor Wolfram Lackner, gegenüber der WELT feststellte. Mit ihrer Anrufung hätten sie ein klares Wort über das Selbstverständnis der Kirche erwartet, denn viele Gläubige „seien zutiefst verwirrt". Der gegenwärtige theologisch-kirchliche Pluralismus in Glaubensfragen verhindere „permanent eine Auseinandersetzung mit den Grundlagen des Glaubens". In der *Antwort an Walter Hammer* schreiben die vier Geistlichen jetzt: „Dieser Pluralismus hat zur Folge, daß dadurch die Bindung der kirchlichen Verkündigung an Bibel und Bekenntnis gelöst wird und der willkürlichen Umwandlung der christlichen Botschaft Tür und Tor geöffnet werden. Das bedeutet gleichzeitig, gewollt oder ungewollt, ein Verlassen der Botschaft der *Reformation*."

Lackner findet es verhängnisvoll für die Kirche, wenn die Diskussion über diese Frage „verdrängt" würde. Lackner: „Die Gläubigen, aber auch die Außenstehenden, wollen wissen, wo die Kirche heute steht. Unserem Appell an die EKD haben sich Einzelne, aber auch Gruppen in Sorge und Trauer angeschlossen."

Sozialisten: CFDT fiel der Koalition in den Rücken

A. GRAF KAGENECK, Paris

Scharfe Kritik hat die Führung der Sozialistischen Partei Frankreichs auf einer Parteivorstandssitzung am Wochenende in Paris an der ihr nahestehenden Gewerkschaft CFDT wegen ihrer Haltung im Sozialkonflikt in den Talbot-Werken geübt. Jean Poperen, zweiter Mann der Partei, warf der CFDT-Führung, ohne sie zu nennen, Kurzsichtigkeit, Mangel an Maß und Starrsinnigkeit im Arbeitskampf vor.

Man habe eine für die Arbeiter letztlich negative Aktion durchgeführt. Die Gewerkschaft habe mit ihrem Beharren, den Streik bei Talbot fortzusetzen, die schwere Verantwortung für die Unruhen zu tragen; sie sei der Regierung in dem Bemühen um Ausgleich in den Rücken gefallen und habe dadurch der Linkskoalition schweren Schaden zugefügt.

Ausdrücklich lobte Poperen dagegen die „maßvolle und verständnisvolle" Politik der Gewerkschaft CGT, die unter den 17 000 Angestellten des Werkes die größte Anhängerschaft hat. Groteskerweise wird die CGT von der Kommunistischen Partei kontrolliert, die zwar Koalitionspartner der Sozialisten in der Regierung ist, deren Sozial- und Wirtschaftspolitik aber unaufhörlich kritisiert.

Die nur über acht Prozent der Sitze im Betriebsrat verfügende CFDT des eher gemäßigten, Mitterrand und Mauroy nahestehenden, Edmond Maire hatte die ausgehandelte Freisetzung von *1905 Arbeitern im Werk Poissy nicht* akzeptiert und die Arbeiter zu einem unbefristeten Streik aufgefordert, der von etwa 300 ihrer meist nordafrikanischen Anhänger *auch befolgt wurde. Dabei* kam es immer wieder zu schweren Zusammenstößen mit Arbeitswilligen, die erst am Wochenende durch Aussperrung und Polizeieinsatz beendet werden konnten.

Die Sozialistische Partei stellte sich auf ihrer Vorstandssitzung unzweideutig hinter die von dem sozialistischen Industrieminister Fabius angekündigte *Politik einer gründlichen* Umstrukturierung der französischen Schwerindustrie mit dem Ziel, sie durch den Einsatz von Robotern international wettbewerbsfähiger zu machen. *Diese Politik* aber wird mit Einverständnis der Regierung die Freisetzung von Tausenden von Arbeitsplätzen in der Stahl-, Schiffbau-, Textil- und Automobilindustrie mit sich bringen. Ein Opfer, dem sich die Kommunisten zähneknirschend unterwerfen. Talbot-Poissy war ein erster Testfall. Er ist denkbar schlecht für die Linke ausgegangen. Sie ist nicht nur unter sich selbst zerstritten, sie dürfte ihr letztes Ansehen vor den Arbeitern verspielt haben.

Kennzeichnend für die Lage ist der neue Popularitätsverlust des Staatschefs. Mitterrand sieht sich in der jüngsten Umfrage mit nur noch 34 positiven, aber 52 negativen Stimmen in die schlechtesten Ergebnisse des Jahres 1983 zurückversetzt.

Hamburger Senat sitzt auf einer Zeitbombe

CDU geht mit dem Etat 1984 vor das Verfassungsgericht

UWE BAHNSEN, Hamburg

Drei Wochen, vom heutigen Tage an gerechnet, haben die Anwälte des Hamburger Senats und des Bürgerschaftspräsidenten Peter Schulz (SPD) Zeit für den Versuch, einen juristischen Sprengsatz der CDU am mühsam errichteten Haushaltsgebäude für 1984 zu entschärfen. Die Aussichten, daß dieses Vorhaben gelingt, werden auch im sozialdemokratischen Regierungslager als ungünstig eingeschätzt. Was hier zu detonieren droht, ist ein 19 Seiten umfassender Schriftsatz, den der hanseatische Rechtsanwalt Ernst Löwe am Freitag im Auftrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion im Hamburgischen Verfassungsgericht am Sievekingplatz abgab.

Mit dieser Antragsschrift will die christdemokratische Opposition im Wege des Normenkontrollverfahrens die Feststellung erreichen, daß zwei Regelungen des von der SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft durchgesetzten Haushaltsbegleitgesetzes wegen eines Verstoßes gegen die Landesverfassung nichtig sind. Es geht dabei um die Änderung der Landeshaushaltsordnung, mit der die Kreditaufnahme vom Brutto- auf das Nettoprinzip umgestellt wird – alte Kredite werden durch neue getilgt, ein Abbau der Staatsschulden findet nicht mehr statt – und um die Umwandlung aufgelaufener Kassen- in langfristige Kredite. Beide Bestimmungen sind tragende Säulen des von der sozialdemokratischen Landesregierung vorgelegten und nach heftigen internen Auseinandersetzungen im Regierungslager von der SPD-Fraktion schließlich gebilligten Haushaltsentwurfs für 1984.

Rund 20 Millionen Mark pro Tag, insgesamt mehr als vier Milliarden, will der Senat im Jahr 1984 an langfristigen Krediten aufnehmen – ein finanzpolitischer Kurs, den auch sozialdemokratische Etatexperten nur dann für vertretbar halten, wenn damit zugleich durchgreifende Anstrengungen zur Haushaltssanierung verbunden werden. Die rund 250 Millionen Mark an Einsparungen, auf die sich der linke und der rechte Flügel der SPD-Fraktion schließlich nach einem bitteren Grundsatzkonflikt bis hin zum Rand der Regierungsunfähigkeit *einigten, genügen nach Auffassung* aller Sachkenner keineswegs. Sanieren lassen sich die völlig aus dem Lot geratenen Staatsfinanzen der Hansestadt mittelfristig nur, wenn die Personalkosten drastisch reduziert werden.

Genau dies ist die dringlichste Forderung der CDU, die den Senat und die SPD-Mehrheit im Parlament zunächst politisch vergeblich drängte und nun gerichtlich zwingen will, statt ständiger weiterer Verschuldung endlich die strukturellen Probleme des Haushalts in Angriff zu nehmen. Der CDU-Finanzexperte Wolfgang Peiner: „In den letzten zehn Jahren ist das Personal im öffentlichen Dienst Hamburgs um zwölf Prozent erhöht worden; in der gleichen Zeit hat die Bevölkerung der Hansestadt um zehn Prozent abgenommen. Diese Scherenentwicklung schneidet Hamburg die Luft ab."

Die Opposition will mit ihrem Antrag bei dem Verfassungsgericht nicht nur die von der SPD durchgesetzte Finanzierungsstruktur des Etats 1984 überprüfen lassen; der Regierungspartei soll nach den Worten des CDU-Fraktionschefs Hartmut Perschau auch klargemacht werden, daß „bei der Verabschiedung des eigentlichen Haushalts am 18. Januar über einen Etat abgestimmt wird, dessen wichtigstes Element bereits mit der Vermutung der verfassungsmäßigen Nichtigkeit behaftet ist".

Korporierte liebäugeln mit blockfreiem Deutschland

Deutsche Burschenschaft und Coburger Convent in Berlin

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Der Exilrusse Lev Kopelev hat auf einer Tagung des Coburger Convents und der Deutschen Sängerschaft in Berlin die Überzeugung geäußert, daß die Teilung Deutschlands eine vorübergehende „zeitpolitsch bedingte Erscheinung" sei. Die staatspolitische Spaltung Deutschlands werde vorübergehen, weil sie nicht dem Geist der Zeit, sondern „der Herren Geist" entspreche. Kopelev hob dabei hervor, daß es sich bei der Spaltung Deutschlands um eine Zwangsteilung, eine künstliche, politisch-strategisch bestimmte handele, welche die nationale Existenz verneine.

Der Präsident des Gesamtdeutschen Instituts, Detlef Kühn, der zu dem Thema „Deutsche Einheit – Utopie oder aktuelle Verpflichtung?" sprach, hob hervor, daß die Politik der Entspannung von deren Exponenten in der Bundesrepublik immer deutlicher zum Selbstzweck und nicht als Mittel zur Überwindung der Spaltung betrieben worden sei. Bemerkenswert sei dabei, daß die deutsche Frage erst wieder durch die Friedensbewegung und Teile der Linken neue Aktualität erhalten habe.

Daß Vorstellungen aus der Gedankenwelt der Friedensbewegung und der Linken in der Bundesrepublik hinsichtlich der deutschen Frage auch in studentischen Korporationsverbänden zumindest als erwägens*wert angesehen werden, ist* unverkennbar. Teilnehmer der Tagung des Coburger Convents und des Deutschen Sängerbundes hoben hervor, daß bei einer Diskussion über die *nationale Frage und über Lösungs*möglichkeiten auch über ein neutrales Deutschland zwischen den Blökken nachgedacht werden müsse.

Auch auf der Veranstaltung der Deutschen Burschenschaft, die zur selben Zeit in Berlin tagte und sich dem analogen Thema „Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands" wid*mete wurde mit* ähnlichen Vorstellungen geliebäugelt. Der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau Groepper, seit Jahren ein engagierter Verfechter eines blockfreien neutralisierten Deutschlands, *rannte mit* seiner These, daß nur auf dieser Grundlage eine Überwindung der deutschen Spaltung möglich sein werde, zumindest bei einem beachtlichen Teil des Auditoriums offene Türen ein. Seine Vorstellung, daß ein wiedervereinigtes Deutschland auf der Grundlage der Neutralität zu einem Auseinanderrücken der Blöcke und damit zu einer Befriedung des mitteleuropäischen Raumes führe, stieß weitgehend auf fruchtbaren Boden.

In die gleiche Kerbe stieß ein anderer Referent der Burschenschaftstagung. Theodor Schweisfurth vom Heidelberger Max-Planck-Institut, der keinen Hehl aus seiner Sympathie zur Friedensbewegung machte, setzte sich für die Wiedervereinigung Deutschlands in einem blockfreien Europa ein. Den Ost-West-Konflikt bezeichnete er als eine „Begriffslüge". Sein Modell eines wiedervereinigten Deutschlands in einem blockfreien Europa – gesamteuropäischer Sicherheitsvertrag, Gewaltverzichtserklärung, atomwaffenfreies Europa oder atomwaffenfreie Zonen in Europa – wies unverkennbar Ähnlichkei*ten mit sowjetischen Vorstellungen* über ein kollektives europäisches Sicherheitssystem auf. Die Diskussion erhielt zeitweilig einen antiwestlichen Akzent, indem die Schuld an *der deutschen Spaltung im* wesentlichen den Westmächten, insbesondere Frankreich, in die Schuhe geschoben wurde.

Politisches Handeln findet in Düsseldorf kaum noch statt

Von WILM HERLYN

Generalprobe für die Parteien ist in Nordrhein-Westfalen 1984 angesagt. Denn am 30. September sollen die Kommunalwahlen schon Aufschluß geben über die Trends der entscheidenden Landtagswahl im Mai 1985. Schon jetzt wird dieser Urnengang nicht nur als Urteil über fünf Jahre SPD-Alleinherrschaft in Düsseldorf angesehen, sondern auch als Halbzeitwertung über die CDU/FDP-Bundesregierung in Bonn.

Die SPD reklamiert für sich zwar: „Sozialdemokraten haben Nordrhein-Westfalen liebens- und lebenswerter gemacht" (Zitat aus einem Werbefilm). Aber sie weiß natürlich, daß dies nur als effektheischender und vordergründiger Spruch zu werten ist.

Die Wirklichkeit sieht längst nicht so rosig aus: überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten, vor allem im strukturschwachen Westmünsterland oder im monostrukturierten Ruhrgebiet, eine lastende und gar wachsende Verschuldung und ein Haushalt, der keinen Spielraum mehr zuläßt für politisches Handeln. Leistungsgesetze, in Wahlkampfzeiten versprochen, mußten zurückgenommen werden, *die Ministerien* verwalten nur noch den Mangel, überall wird drastisch gekürzt und gespart.

Und auf dem Feld, auf dem die Bundesländer wirklich noch Autono*mie besitzen – in der Bildungspolitik* – operierte die Düsseldorfer SPD-Regierung mehr als glücklos: Das von der oppositionellen CDU bemühte Verfassungsgericht in Münster *stellte noch einen Tag vor Weihnach*ten fest, daß die von der absoluten Mehrheit der Sozialdemokraten im Landtag durchgesetzte Gesamtschule in einem wichtigen Punkt mit der Verfassung nicht im Einklang steht. Nachdem der SPD schon mühsam eine Bestandsgarantie für Realschule und Gymnasium abgerungen worden war, muß sie nun nach dem Spruch *von Münster auch eine Bestandsga*rantie für die Hauptschule abgeben.

Schon wenige Tage nach dem Wachwechsel im Herbst – Vorgänger Jürgen Girgensohn, mit 13 Jahren der dienstälteste Kultusminister, war schlicht amtsmüde und es leid, sich vom GEW-Troß seines Hauses bestimmen zu lassen – machte Schwier deutlich, daß man ihm nicht auf der Nase herumtanzen kann. Seitdem heißt es nicht mehr: „Jürgen, wir haben alles schon vorbereitet, Du mußt nur unterschreiben, hier unten links" – sondern da schallt es durch das Ministerium an der Völklinger Straße: „Der Minister bittet um Vortrag – entschieden wird danach."

Auch im Ministerium für Landwirtschaft ist ein Neuer eingezogen – Klaus Matthiesen aus Kiel für den im Zorn geschiedenen Hans-Otto Bäumer. Der hatte sich fast wundgerieben an den Forderungen für den Umweltschutz, die ihm Johannes Rau, der Regierungschef, und Diether Posser, der Finanzminister, nicht bewilligen wollten. Matthiesen, der *Neue, hat nun das bekommen,* was man Bäumer versagte. Und er wuchert mit den Pfunden – gräbt alte Vorlagen hervor, garniert sie mit neuen Ideen und läßt sich gerne als den kommenden Mann feiern.

Die Kabinettsumbildung im Herbst gelang Johannes Rau erst nach mehreren Anläufen. Sie gilt als verklemmter Startschuß für den Mai 1985. Denn ursprünglich hatte Rau im Sinn, Ende 1983 eine Mannschaft aufzustellen, mit der er auch die Landtagswahl bestreiten hätte können. Nach ein paar Absagen – Anke Brunn und Anke Fuchs zum Beispiel gaben ihm einen Korb – regiert er sozusagen mit einem Not-Kabinett, in dem nach dem altersbedingten Ausscheiden von Inge Donnepp als *Justizministerin im Dezember* sogar keine Frau mehr ist.

Die Runde selbst ist verunsichert, denn niemand weiß, wer denn nun



zum eigentlichen Kern gehört. Den *will Johannes Rau im Frühjahr* benennen. Dann werden Anke Fuchs und Anke Brunn sicher dabeisein wie auch der bewährte Fuhrmann Hermann Heinemann, der mächtige Be*zirks-Boß der stärksten SPD-Gliede*rung im Bundesgebiet westliches Westfalen.

Wer soll dann weichen? Wer räumt freiwillig den Platz? So kreisen die Gedanken *mancher Minister mehr* um die eigene Zukunft denn ums Verwalten ihrer Ressorts. Da möchte etwa der frühere Staatssekretär von Rau und jetzige Wissenschaftsminister Rolf Krumsiek gerne einen sicheren Wahlkreis haben. Aber auch Heinemann stellt Ansprüche. Und wer nimmt den Zugereisten Klaus Matthiesen auf? Selbst Innenminister Herbert Schnoor, ein im Kabinett unumstrittener, aber unverzichtbarer Mann, sorgt sich um eine gute Aufstellung.

Personalfragen quälen, so scheint es, auch die CDU. Nachdem ihr designierter Spitzenkandidat für 1985, Berhard Worms, erst nach monatelangen Querelen gegen Kurt Biedenkopf gekürt wurde, beginnen jetzt auch die Rangeleien um die nächsten Plätze. Zwar beansprucht Biedenkopf als Chef der CDU Westfalen-Lippe „mindestens" den zweiten Platz. Aber schon stiftet in der Union der Gedanke Unruhe, die Bonner Führung könnte einen der ihren mit ins Rennen schicken. Im Adenauer-Haus heißt es gar, der Kampf um Düsseldorf sei einfach zu wichtig, als daß man ihn den Nordrhein-Westfalen allein anvertrauen könnte. Und schon sind Namen im Gespräch: vielleicht Norbert Blüm, der auf persönlichen Erfolg im Bundestagswahlkampf am 6. März in seinem Dortmunder Wahlkreis verweisen kann. Immerhin würde Blüm als Chef der CDA *wichtige Stimmen* an sich binden können. Doch heißt es in Bonn auch, der Arbeits- und Sozialminister sei im Kabinett Kohl/Genscher unverzichtbar.

Auf gar keine Spekulationen einlassen wollen sich die Freien Demokraten. Sie sind seit 1980 nicht mehr im Landtag vertreten und müssen schon im Kommunalwahlkampf ums schiere Überleben kämpfen. Die Unsicherheit um Graf Lambsdorff – stellvertretender Landesvorsitzender in NRW – macht es ihr nicht leichter.

Der neue Landesvorsitzende Jürgen W. Möllemann, Nachfolger von Burkhard Hirsch, arbeitet sich in die Landespolitik noch ein. Aber er sorgt mit kessen Sprüchen und flotten Ideen doch für einige Aufregung in den etablierten Landtags-Parteien. So zuletzt, als er ein Volksbegehren über die Einführung des Privatfunks verlangte, das mit der Landtagswahl gekoppelt werden solle.

Und selbst die Grünen rechnen sich Chancen aus. Sie boten gar der SPD die Hand zum Bündnis „als drittstärkste politische Kraft im Lande". Noch sieht die SPD keinen Handlungsbedarf, aber auch sie wird spätestens am 30. September am Abend der Kommunalwahl vor allem auf die Ergebnisse der Grünen schauen. In neun Kommunalparlamenten sind sie schon – verschieden allerdings von rot-grün bis grün-grün gefärbt – vertreten. Als Landesverband aber lehnen sie – bislang – Aktionsbündnisse mit der DKP strikt ab.

Ministerpräsident Johannes Rau klagte erst kürzlich darüber, es werde zuviel über Personen geredet und geschrieben. Kaum noch kümmere sich jemand um die Sachverhalte. Damit *hat er wohl recht* – nur: Politisches Handeln findet in Düsseldorf kaum noch statt – nimmt man die verunglückte Initiative der Landesregierung aus, ausgerechnet der sich allmählich erholenden Wirtschaft ein Bildungsurlaubsgesetz aufzuzwingen, das Industrie und Kommunen gleichermaßen belastet.

Und auch die SPD-Regierung wird nicht *im* Ernst behaupten können, daß ihr ständig mahnend nach Bonn gereckter Zeigefinger schon politisches Handeln sei. Seit in der Bundeshauptstadt eine CDU/FDP-Koalition regiert, verlängert sich der Forderungskatalog aus Düsseldorf fast täglich.

Den Vorwurf der CDU, sie entwerfe nicht einmal ansatzweise ein Konzept für die wirtschaftliche Zukunft des Landes, gibt sie ungerührt an die Opposition zurück. In der Tat wird auch die Union 1984 stärker gefordert sein zu sagen, wie sie die Strukturkrise von Kohle und Stahl heilen will. Den Anspruch darauf haben die Bürger an Rhein und Ruhr vor ihren Entscheidungen zur Kommunal- und zur Landtagswahl.

Schuldenberg zwingt FDP zum Sparen

Liberale wollen mit 13 Millionen DM auskommen / Kampfabstimmung über Kandidatenliste?

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Freien Demokraten haben neben personellen Problemen auch weiter finanzielle Sorgen. Das wurde bei der ersten Sitzung der FDP-Spitze in diesem Jahr deutlich. Bei den vertraulichen Beratungen in Stuttgart wurde es als unumgänglich bezeichnet, angesichts des *Elf-Millionen-DM-Defizits* der Bundes-FDP am Sparkurs festzuhalten. Hingewiesen wurde dabei unter anderem auf die Haftungsfrage der neun Präsidiumsmitglieder.

Das Führungsgremium beschloß, den Etatentwurf für 1984 von ursprünglich gut 14 Millionen DM auf etwa 13 Millionen DM zu kürzen. Damit soll bei den zu erwartenden Einnahmen der neue Haushalt ausgeglichen sein. Für das Thomas-Dehler-Haus sollen rund 5,4 Millionen DM bereitgestellt und durch Etatumschichtungen der Mitarbeiterstab von jetzt 17 auf 20 aufgestockt werden. 6,6 Millionen DM sollen für den Europawahlkampf verwendet werden. Eine Million bleibt zunächst gesperrt.

Um das Sechs-Prozent-Ergebnis bei den ersten Direktwahlen zum Europaparlament 1979 zu übertreffen, soll genauso wie im Bundestagswahlkampf vom 1. Mai an ein Werbe-Sonderzug über eine Woche lang durch die Bundesrepublik rollen und Wähler für die Liberalen mobilisieren. Nach dem von der FDP-Führung gebilligten Wahlkampfkonzept des Vorsitzenden der Fraktion der europäischen *Liberalen (ELD)*, Martin Bangemann, wollen sich die Freien Demokraten als „die" Europapartei darstellen, das hohe Maß an Geschlossenheit der ELD-Fraktion ver*deutlichen* und die *von FDP-Chef* Hans-Dietrich Genscher vertretene Außenpolitik hervorheben. Der Wahlkampf soll auf Zielgruppen wie den Mittelstand und sogenannte so*ziale Aufsteiger* ausgerichtet sein. Neben der Außen- und Sicherheitspolitik wollen die Liberalen die Wirtschafts- und Bildungspolitik zu Schwerpunktthemen machen.

Bei der Aufstellung der Bundesliste durch die 400 Delegierten am 21. Januar in Leverkusen wird es möglicherweise zu einem Machtkampf kommen. Es besteht zwar Einigkeit, daß alle Landesverbände mit je einem Kandidaten auf den ersten zehn Plätzen vertreten sein sollen. Als sicher gilt auch, daß die Europa-Abgeordneten Bangemann (Baden-Württemberg), Mechthild von Alemann (NRW) und Ulrich Irmer (Bayern) wieder die Liste anführen sollen. Dagegen brachten interne Verhandlungen immer noch keine Klarheit darüber, ob Heinrich Jürgens (Niedersachsen) erneut vor Irmer Platz drei erhält. Auf ihn will Rheinland-Pfalz den früheren parlamentarischen Staatssekretär Kurt Jung setzen. Jung soll nach Vorstellungen norddeutscher Liberaler Platz sechs erhalten. Den aber, *so wurde zur Überra*schung in Stuttgart bekannt, beansprucht jetzt die Hamburger FDP für Rainer Funke.

Bizarres Pokerspiel um das größte Privatvermögen der USA

dpa/VWD, New York

Die Autoren der amerikanischen Fernsehserie „Dallas" mit ihren fiktiven texanischen Ölbösewichten könnten vom Familienclan des legendären US-Ölmilliardärs J. Paul Getty eine Menge lernen. Die vielen Auseinandersetzungen in der Getty-Familie und der Kampf um die Kontrolle des größten Privatvermögens in den Vereinigten Staaten sind längst reif fürs Fernsehen. Mit dem jetzt geplanten Verkauf der Getty Oil Company für zehn Milliarden Dollar (rund 28 Milliarden Mark) an den drittgrößten US-Mineralölkonzern Texaco Inc. haben die Verwicklungen ihren Höhepunkt erreicht.

Drei Söhne des amerikanischen Ölmilliardärs Getty leben noch. Die beiden Hauptakteure, Gordon Getty und J. Paul Getty jr., sind wegen jahrelanger Streitigkeiten über die Kontrolle des Familienvermögens tief verfeindet. Gordon verweist bei jeder Gelegenheit auf den nach seiner Ansicht umstrittenen Geisteszustand seines Bruders. Mit zu den Spielern am Getty-Pokertisch zählen außerdem der Leiter des Getty-Managements, Sidney R. Petersen, und der Treuhänder der Getty-Museums-Stiftung, Harold M. Williams. Williams war als ehemaliger Leiter der amerikanischen Wertpapier- und Börsenkommission zwar an „Wall-Street-Dramen" gewöhnt, doch der Kampf um die Getty Oil stellt alles in den Schatten, was es bisher an Großfusionen und -aufkäufen in den Vereinigten Staaten gegeben hat.

Gordon Getty spielt in dem bizarren Ölpoker die Hauptrolle. Er ist nach dem Tod eines zweiten Treuhänders der *alleinverantwortliche* Leiter und Treuhänder der Sarah-Getty-Stiftung, die 40,2 Prozent des Getty-Oil-Kapitals und damit den größten Teil des riesigen Familienvermögens verwaltet. Die Museums-Stiftung hält 11,8 Prozent.

Die meisten Familienmitglieder und der Verwaltungsrat der Getty Oil stellten sich in den vergangenen zwei Jahren gegen Gordon Getty. Sie wollten die Bank of America zum Mitverwalter der Sarah-Getty-Stiftung machen. Gordon hatte sich mit seinem Widerstand gegen den Einstieg von *Getty Oil in das Kabelfernsehen* und in andere Wirtschaftsbereiche mißliebig gemacht. Getty-Oil-Boß Petersen ermunterte den völlig zurückgezogen lebenden J. Paul Getty jr. zur „Palastrevolution", um Gordon die Kontrolle des Familienvermögens zu entreißen.

Das Intrigenspiel wurde dann aber *mit einem „Waffenstillstand"* beigelegt: Die beiden Stiftungen und die Getty Oil kamen überein, für ein Jahr keine Veräußerungsversuche zu machen. Aber schon wenige Wochen später ging der Burgfrieden mit gegenseitigen Attacken zu Ende.

Anfang Januar dieses Jahres überraschte die nur mittelgroße US-Mineralölgesellschaft Pennzoil mit der Mitteilung, daß sie gemeinsam mit Gordon Getty und seiner Stiftung ein Übernahmeangebot von 5,4 Milliarden Dollar (112,5 Dollar je Aktie) für die freien Aktionäre der Getty Oil machen würde. Alle Beteiligten schienen sich einig wie schon lange nicht mehr.

Doch dann kam der Ölgigant Texaco mit seiner Zehn-Milliarden-Dollar-Offerte für das Gesamtkapital der Getty Oil. Dies entspricht 125 Dollar je Aktie und ist damit erheblich besser als das Pennzoil-Angebot.

Gordon und Paul Getty jr. sowie die Mehrzahl der anderen Mitglieder des großen Familienclans waren plötzlich wieder ein Herz und eine Seele und begrüßten ebenso wie der Getty-Verwaltungsrat und Williams den Texaco-Plan.

Sie werden durch das großzügige Texaco-Angebot auf einen Schlag alle Sorgen um eine optimale Gewinnsteigerung des Familienvermögens los. Mit diesen Gewinnen werden viele der Getty-Erben in Zukunft in der „Forbes-Liste" der 100 reichsten Amerikaner zu finden sein, die bisher Gordon Getty als Alleinverwalter des Getty-Vermögens angeführt hatte.

Abzuwarten bleibt allerdings, ob das Kartellamt in Washington mitspielt und ob der Verlierer Pennzoil mit seiner Gerichtsklage gegen die geplante Fusion abblitzt. Die Geschichte der amerikanischen Ölkonzerne erhält mit dem Getty-Ausverkauf ein neues krönendes Kapitel. Wegen des Trends zur Konzentration in der amerikanischen Mineralölindustrie wird es aber, da sind sich die Fachleute einig, nicht das letzte bleiben.

Spanien will in Südamerika vermitteln

Gö. Madrid

Dreimal innerhalb von 24 Stunden traf der spanische Außenminister Fernando Moran bei seinem derzeitigen offiziellen Staatsbesuch in Kuba mit Staatschef Fidel Castro zusammen. Moran wiederholte die Einladung der spanischen Regierung an Castro zu einem Gegenbesuch in Spanien, nachdem im Jahre 1978 der damalige Ministerpräsident Adolfo Suarez überraschend nach Havana gereist war.

Die Häufigkeit der Gespräche Ca*stro–Moran* hatte u. a. zum Ziel, *eine* Entgleisung des kubanischen Staatschefs auszubügeln. Castro hatte am 5. Januar in einem Fernsehinterview, das in Spanien ausgestrahlt wurde, *den Spaniern* den Austritt aus der NATO empfohlen und ihnen abgeraten, der Europäischen Gemeinschaft beizutreten. Diese Äußerungen führten zu einem scharfen Protest des außenpolitischen Sprechers der bürgerlichen Oppositionskoalition, Guillermo Kirkpatrick. Das Erstaunen über die Einmischung in innere Angelegenheiten ihres Landes spiegelte sich auch in entsprechenden Kommentaren der spanischen Presse wider.

Moran sagte nach seinem letzten diesbezüglichen Gespräch mit Castro, er sehe darin „keine Einmischung in unsere Außenpolitik". Fidel Castro habe *lediglich* „einen Wunsch ausdrücken wollen, ohne jedoch Druck ausüben zu wollen".

Anläßlich der spanisch-kubanischen Kontaktaufnahme bestätigten Regierungskreise in Madrid, daß sich Spanien zur Unterstützung der Contadora-Staaten als Mittler im südamerikanischen Konflikt zur Verfügung stelle. Wie der amerikanische Sonderbeauftragte Kissinger wollen hierbei auch die Spanier mehr auf die Ursachen des Ost-West-Konfliktes in Mittelamerika eingehen und somit die soziologischen und wirtschaftlichen Aspekte in den Vordergrund rücken.

Grundsätzlich seien die Kubaner auch bereit, Entschädigungen für das bei der Revolution geraubte spanische Eigentum in Kuba zu zahlen. Die Summe liegt „irgendwo zwischen 30 Millionen und 300 Millionen Dollar".

Scheitert die Tschad-Konferenz?

AFP, Addis Abeba

Die Verhandlungen über eine Aussöhnung in Tschad, die heute unter der Schirmherrschaft der „Organisation für afrikanische Einheit" (OAU) in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba beginnen, stehen unter denkbar *schlechten Vorzeichen. Durch* den plötzlichen Tod des tschadischen Außenministers Idriss Miskine am Wochenende hat die tschadische Regierungsdelegation ihren Leiter verloren. Staatschef Hissen Habre hat seine Teilnahme abgesagt, nachdem gestern sein Rivale Goukouni Weddeye, der frühere Chef der Übergangsregierung (Gunt) in Addis Abeba vom äthiopischen Staatschef und amtierenden OAU-Präsidenten, Mengistu Haile Mariam, offiziell empfangen wurde.

Leiter der tschadischen Regierungsdelegation soll nun, wie aus N'Djamena bekannt wurde, Innenminister Taher Guenassou werden. Nach Ansicht politischer Beobachter in Addis Abeba steht bei der Tschad-*Konferenz die Lebensfähigkeit der* OAU auf dem Spiel, deren 20jähriger Zusammenhalt außer durch das immer noch ungelöste Problem der Westsahara besonders durch den Tschadkonflikt *seit einiger* Zeit ernsthaft gefährdet scheint.

Am runden Tisch im „Nationalpalast", der ehemaligen Residenz des äthiopischen Ex-Kaisers Haile Selassie, sollen Vertreter der elf in Tschad bestehenden politischen Tendenzen, die 1979 die „Verträge von Lagos" unterzeichnet haben und sich später auf die Gründung der tschadischen Übergangsregierung Gunt unter Goukouni Weddeye einigten, ihre seit der Unabhängigkeit des Landes bestehenden Differenzen beilegen. Doch ließen die beiden Hauptkontrahenten noch am Vorabend des Verhandlungsbeginns keinerlei Konzessionsbereitschaft erkennen.

Timerman kehrt nach Argentinien zurück

dpa, Buenos Aires

Der argentinische Verleger Jacob Timerman ist von New York aus in seine Heimat zurückgekehrt. Bei seiner Ankunft in Buenos Aires sagte er, er wolle die Bemühungen der neuen Regierung in Buenos Aires, alle Kriminellen und Folterer vor die Justiz zu bringen, unterstützen. Er kehre aber ohne Revanchegelüste und ohne Groll zurück.

Der 59jährige frühere Herausgeber und Chefredakteur der Zeitung „La Opinion" war 1977 auf Weisung der damaligen Militärregierung festgenommen und gefoltert worden. Im Oktober 1979 wurde er ausgewiesen, nachdem ihn das Oberste Gericht vom Vorwurf subversiver Tätigkeit freigesprochen hatte.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 *per annum*. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Telefonaffäre um Washingtoner Informationschef

rtr/AFP, Washington

Der Leiter des US-Informationsamtes (USIA) in Washington, Charles Wick, soll ohne Wissen seiner Gesprächspartner Telefonate auf Tonband aufgenommen haben. Nach Darstellung der „New York Times" hat der 66 Jahre alte Wick seine Telefongespräche mit höchsten Politikern insgeheim mitgeschnitten. In der amerikanischen Öffentlichkeit werden im Fall Wick bereits Parallelen zum Watergate-Skandal gezogen.

Mit den „Wick-Tonbändern" werden sich in der kommenden Woche zwei Kongreßausschüsse befassen. Der Bundesstaat Florida hat seinerseits eine Untersuchung eröffnet, die zu einer Anklageerhebung führen könnte. Präsident Reagan, der Weihnachten und Neujahr mit Wick feierte, hat seinen Informationsdirektor in Schutz genommen. Er zerstreute Gerüchte über dessen eventuelle Demission und lobte Wicks „hervorragende Arbeit".

Im vergangenen Monat hatte Wick Schlagzeilen gemacht, als er erklärte, wenn Margaret Thatcher die US-Intervention auf Grenada mißbillige, liege dies daran, „daß sie eine Frau ist".

Anwerbung in Europa für Terrorkommandos?

AP, London

Iran soll nach Angaben der Londoner Zeitung „Sunday Times" Mitglieder für Selbstmordkommandos auch in Europa rekrutieren. Zwei namhafte persische Politiker stünden an der Spitze dieser Anwerbungsoperation, die sich auf London und Rom konzentriere, meldete das Blatt gestern ohne Quellenangaben. Die Angeworbenen stammten aus verschiedenen islamischen Staaten, darunter Pakistan, Tunesien und der Türkei. Sie nähmen an islamischen Speziallehrgängen teil.

Wie es in dem Zeitungsbericht heißt, hätten viele der angeworbenen Mitglieder ihre Studien oder ihre Arbeit in Europa, Libanon oder in den Golf-Ländern aufgegeben, um dem von Iran aufgebauten Netz beizutreten. Erkenntnisse über diese Aktivitäten hätten einige westliche Politiker, vor allem US-Präsident Ronald Reagan und den französischen Staatspräsidenten François Mitterrand, veranlaßt, die Vorkehrungen für ihre persönliche Sicherheit in jüngster Zeit zu verstärken.

Die Rezession ließ die Partner zusammenrücken

Von CHRISTEL PILZ

Der Jahresanfang hat der südostasiatischen Regionalgemeinschaft ein erstes neues Mitglied seit ihrer Gründung vor 17 Jahren gebracht. Das ölreiche Sultanat Brunei, das am ersten Januar mehr zögernd als begeistert seine Unabhängigkeit von der britischen Krone annahm, ist der sechste im Bunde der bisher fünf geworden, zu denen Indonesien, Malaysia, Singapur, Thailand und die Philippinen gehören.

Brunei ist das kleinste, aber auch das reichste Asean-Mitglied. Seine 220 000 Einwohner haben dank gewaltiger Öl- und Gasvorkommen ein Jahres-Pro-Kopf-Einkommen von umgerechnet 50 000 Mark. Selbst wenn die Ölfelder in 25 Jahren erschöpft sein sollten, wie manche Experten behaupten, braucht Brunei sich nicht zu sorgen. Es kann allein von den Zinsen seiner staatlichen Reserven leben, die derzeit etwa zwölf Milliarden US-Dollar zählen.


ASEAN

Jetzt fehlt der Asean nur noch Papua-Neuguinea, um den Kreis seiner Region geographisch zu schließen. Seit Mitte der siebziger Jahre ist es als Beobachter auf den jährlichen Asean-Außenminister-Konferenzen vertreten. Jetzt hat Premierminister Michael Somare, der im Dezember Staatsgast in Jakarta war, seinen Wunsch nach Mitgliedschaft kundgetan. Er warte auf „Hinweise einer Beitrittsmöglichkeit". Doch nach asiatischer Schritt-um-Schritt-Strategie wollen die Asean-Politiker zunächst erst den Beitritt Bruneis konsolidieren. Der Brunei-Beitritt kommt zu einer Zeit, da grundsätzliche Wirtschaftsfragen und Themen der äußeren Sicherheit die Politik dieser Region dominieren.

Die Asean-Länder haben die internationale Rezession relativ gut überstanden. Die Wachstumsraten ihrer Wirtschaften ziehen wieder an. Nach vorläufigen Angaben erreichte Singapur 1983 beachtliche 7,2 Prozent, Malaysia und Thailand je 5,6 Prozent und Indonesien 3,5 Prozent. Für die Philippinen, die inmitten einer primär hausgemachten Doppelkrise von Politik und Wirtschaft stehen, dürfte das Wachstum zwischen ein und zwei Prozent liegen.

Der Wiederaufschwung der Asean-Länder ist aber nur zum Teil eine Reaktion auf den der Industrienationen. Er wäre kaum möglich gewesen, hätten die Regierungen nicht drastische und zum Teil sehr unpopuläre Sparmaßnahmen ergriffen, zum Beispiel die Streichung und Verschiebung zahlreicher Großprojekte in Indonesien und Malaysia. Ihr politischer Mut und ihre ökonomische Vernunft haben ihnen die Sympathien der westlichen Finanzwelt erhalten, selbst die Philippinen, die mit einer Auslandsverschuldung von 25 Milliarden US-Dollar in eine akute Devisenkrise rutschten, sind aus der kritischsten Phase heraus. Sie verhandeln derzeit um eine Umschuldung ihrer kurz- und mittelfristigen Auslandsschulden in Höhe von 15 Milliarden Dollar.

Insgesamt hinterließ die Rezession den Asean-Ländern die Erkenntnis, daß eine Reduzierung ihrer Abhängigkeit von den Industrienationen essentiell für ihre eigene Zukunft ist. Der Trend zu mehr Wirtschaftskooperation innerhalb der Asean und mehr Handel im pazifischen Raum hat damit neue Dynamik erhalten. Parallel dazu wuchs die gemeinsame Sorge vor der sowjetischen militärischen Expansion. Die sowjetisch-pazifische Flotte ist mit 785 Schiffen die größte der Welt; die sowjetisch-pazifische *Luftmacht*, die 1966 nur über 300 Flugzeuge verfügte, zählt heute 1700 Maschinen. Moskau hat sich in den Besitz der vietnamesischen Allwetterbasis Cam Ranh Bay an der südchinesischen See gebracht. Hier haben die Sowjets inzwischen 24 Kriegsschiffe und seit November zehn Kampfbomber vom Typ TU-16 stationiert.

Außerdem hat Moskau ganz Südost- und Ostasien in den Radius seiner SS-20-Raketen miteinbezogen. Auf seinen Basen um den Baikalsee sichtete amerikanische Luftaufklärung 117 SS-20-Stationen. Weitere 27 sind im Bau. Zum ersten Mal haben die Asean-Außenminister das Thema der SS-20-Raketen im Juni 1983 erörtert. Die Asean will kein Verteidigungspakt werden, aber die Frage ihrer Sicherheit und Verteidigungskapazität ist zu einem ihrer drängendsten Gesprächsthemen geworden.

Schweden hofft auf aktive Vermittlerrolle

Als Gastgeber der europäischen Abrüstungskonferenz / Hochgesteckte Ziele für die neutralen und blockfreien Staaten

R. GATERMANN, Stockholm

Schweden hat sich bei der kurzen Vorbereitungsphase auf die Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE), die am 17. Januar in Stockholm beginnt, große Mühe gegeben, als perfekter Organisator und politisch zurückhaltender Gastgeber aufzutreten. Dennoch bleibt die Frage, ob die Konferenz der 35 Staaten für die Regierung zum rechten Zeitpunkt nach Stockholm kommt.

Nach dem Zusammenbruch der verschiedenen bilateralen Abrüstungsverhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA erhoffen sich die Schweden in ihrer Hauptstadt einen Neubeginn, daß vielleicht sogar eine neue Phase der Entspannungspolitik eingeleitet wird. Damit der Name Stockholm auch in diesem Bereich einen historischen Platz bekommt und man mit den Finnen und somit Helsinki gleichziehen kann. Die sozialdemokratische Regierung unter ihrem außenpolitisch sehr stark engagierten Chef Olof Palme erhofft sich zudem, zu gegebener Zeit entweder im Rahmen der N & N-Gruppe (neutrale und blockfreie Staaten) oder im Alleingang eine aktive Vermittlerrolle übernehmen zu können, die sich möglichst auch im Konferenzresultat niederschlägt.

Es bleibt abzuwarten, ob diese Möglichkeit kommt. Die Voraussetzungen dafür scheinen zumindest heute nicht optimal zu sein. Stockholm hat die NATO-Länder mit seinem Vorschlag zur Bildung einer auf jeder Seite des Eisernen Vorhangs 150 Kilometer breiten, atomwaffenfreien Zone irritiert. Inzwischen sehen auch einige Beamte im Außenministerium ein, daß diese Idee zumindest zu einem ungünstigen Zeitpunkt lanciert wurde. Die Resonanz auf westlicher Seite war kühl.

Sehr viel niedriger liegt jedoch die Temperatur in den schwedisch-sowjetischen Beziehungen und damit zum gesamten Ostblock. Seit mehr als einem Jahr hat kein Treffen mehr auf Ministerebene stattgefunden. Der Staatssekretär im Außenhandelsministerium, Carl Johan Aaberg, war seitdem der höchste Beamte, der Moskau besuchte.

Kreml beschwichtigt

Die Beziehungen verschlechterten sich drastisch im April 1982 mit der schwedischen Veröffentlichung des Berichts der U-Boot-Untersuchungskommission, in dem nachdrücklich an Hand von Beweisen die Sowjetunion der Verletzung der schwedischen Hoheitsgewässer bezichtigt wurde. Es folgte ein diplomatischer Protest. Er war verbal scharf formuliert. Aber schon wenig später legte sich die Stockholmer Regierung wieder Zurückhaltung auf, um die Gemüter im Kreml zu beschwichtigen.

Olof Palme sagte, man werde sich weiterhin um gute Beziehungen zur Sowjetunion bemühen. Weder vor der UNO noch auf der Madrider KSZE-Konferenz griffen die Schweden die U-Boot-Affäre wieder auf. Ihre Beteuerung, nie die Verletzung ihrer Grenzen zu tolerieren und alle Waffen einzusetzen, um den Eindringling zum Auftauchen zu zwingen oder notfalls auch eine Versenkung in Kauf zu nehmen, liefen parallel mit Gesprächen, die Schwedens UN-Botschafter Anders Fehrm mit hohen Moskauer Funktionären, Arbatow und Milstein, in New York führte und deren Inhalt von Regierung und Opposition unterschiedlich interpretiert wurde. Die einen sagen, man habe damit den Protest unterstreichen wollen, die anderen, Fehrm habe zu verstehen gegeben, alles werde in Stockholm schnell vergessen, falls die Zwischenfälle aufhörten.

Weitere Mosaiksteine, die das Gesamtbild verschlechterten, kamen kürzlich hinzu, als Schweden aus Südafrika ins Land gekommene amerikanische hochtechnologische Computer als Kriegsmaterial einstufte und so vermutlich ihren Weitertransport in die Sowjetunion verhinderte.

Kühles Verhältnis

Kurz darauf wurden zwei Moskauer Diplomaten und ein weiterer sowjetischer Staatsbürger wegen versuchter Industriespionage diskret aufgefordert, das Land zu verlassen. Moskau warf daraufhin den Schweden vor, „spionagehysterisch" zu sein und innerhalb des Warschauer Paktes selbst auf illegaler Jagd nach Industriegeheimnissen zu sein.

Außenminister Lennart Bodström ließ sich dennoch nicht beirren, sondern erklärte: „Wir sollten wieder zu einem Nachbarschaftsverhältnis mit Moskau kommen, das einen engeren politischen, kulturellen und kommerziellen Austausch beinhaltet."

Dieses abgekühlte Verhältnis zum Kreml dürfte auch Schwedens Position innerhalb der N & N-Gruppe geschwächt haben. In ihren Kreisen ist zu hören, daß Österreich den aktivsten Part für eine Schlüsselrolle übernommen hat.

Hilferuf von der Wolga: Wie Gefangene gehalten!

F. H. NEUMANN, Moskau

Die sowjetischen Ausreisebestimmungen seien vereinfacht und dem Schlußdokument der KSZE-Konferenz von Helsinki angepaßt worden. Nicht einmal zwei Prozent der Antragsteller würden zurückgewiesen. Das behauptete ein Bericht der vor allem für Auslandspropaganda zuständigen Nachrichtenagentur Nowosti. Die Moskauer Zentrale der Agentur teilte auf Anfrage mit, sie kenne einen solchen Bericht nicht.

Angesichts der rigorosen Ablehnungspraxis kann die Behauptung, daß nahezu jedem Antragsteller die Ausreise erlaubt würde, nur Erstaunen hervorrufen. Dem Deutschen Roten Kreuz sind rund hunderttausend Rußlanddeutsche bekannt, die sich zum Teil seit vielen Jahren vergeblich um eine Ausreisegenehmigung bemüht haben. Seit 1976, als etwa zehntausend von ihnen das Land verlassen durften, ist ihre Zahl beständig zurückgegangen. Im letzten Jahr wurden 1379 Genehmigungen erteilt, davor noch knapp zweitausend.

Für sowjetische Juden setzte die drastische Ausreisebeschränkung erst 1980 ein, nachdem im Jahr zuvor noch über 51 000 Genehmigungen erteilt worden waren. 1983 durften nur rund 1300 sowjetische Juden ausreisen. Das war weniger als die Hälfte der Vorjahreszahl. Ein „Antizionistisches Komitee", das überwiegend aus jüdischen Sowjetbürgern besteht, setzte den Auswanderungsbemühungen der Juden deutliche Signale. Seiner Propaganda zufolge kennen sowjetische Juden kaum eine höhere Tugend als die Liebe zum sozialistischen Vaterland.

Andere Bevölkerungsgruppen hatten ohnehin nie eine Chance, ihrem Land mit behördlicher Genehmigung den Rücken zu kehren. Schon die Eheschließung mit Ausländern wird höchst ungern gesehen, wenn ihr die Ausreise des sowjetischen Partners folgen soll.

Rußlanddeutsche versuchen immer wieder, durch Demonstrationen auf dem Roten Platz in Moskau Aufmerksamkeit zu erregen. „SOS – wir wollen in unsere Heimat!" lautet die Aufschrift auf Transparenten. Sie werden den Demonstranten sofort entrissen, und sie selbst verschwinden in bereitstehenden Polizeiwagen.

Mindestens sieben deutsche Sowjetbürger sind bis zum Herbst vergangenen Jahres gerichtlich verurteilt worden, wobei ihre Ausreise-Anträge keine Rolle spielten. Vielmehr wurden ihnen „kriminelle Delikte" angelastet, die von Arbeitsverweigerung bis zur Verleumdung des Sowjetstaates reichten. In der Provinz, wo es weit und breit keine ausländischen Beobachter gibt, wird mit den „unbelehrbaren Quertreibern" hart umgesprungen. Sie werden durch „Gespräche" unter Druck gesetzt, müssen, wenn das nichts bewirkt, ihre Arbeitsplätze gegen schlechtere tauschen oder verlieren ihre Arbeit schließlich ganz.

Uns ist das Beispiel einer vierköpfigen deutschen Familie aus dem Dschambuler Gebiet in Kasachstan bekannt, die wegen solchen Vorgehens nach Wolgograd entfloh. „Wir konnten nicht weiter tragen", schrieb sie in unbeholfenem Deutsch. Obwohl Eltern, Brüder und eine Tochter des 54jährigen Familienvaters längst in der Bundesrepublik Deutschland leben, wurden seit über fünf Jahren alle Anträge auf Familienzusammenführung zurückgewiesen.

Ein anderer Hilferuf, gleichfalls von der Wolga, zeigt ein ähnliches Schicksal. „Wir werden mit Unrecht wie Gefangene hier gehalten, und es wird uns mutwillig die Rückkehr in unser deutsches Vaterland verweigert." Die Familie stellte mehr als 25 Ausreiseanträge. Die Gesuche wurden stets ohne Begründung abgewiesen. Schließlich schickte die Familie ihre Inlandspässe an das Präsidium des Obersten Sowjets, um den „Austritt aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft" zu erwirken. Vergeblich, daraufhin fehlten der Familie nun auch die Papiere für einen termingerechten weiteren Antrag.

Israel: Kritik an Premier Shamir nimmt zu

Große Koalition und Neuwahlen sind im Gespräch

RAFAEL SELIGMANN, Bonn

In der israelischen Öffentlichkeit, in den Parteien, sogar im Kabinett selbst mehren sich die Stimmen, die die Politik der Regierung kritisieren. Premierminister Shamir scheint seit seinem Amtsantritt im vergangenen Oktober vorwiegend damit beschäftigt, die auseinanderstrebenden Kräfte der Regierungskoalition zusammenzuhalten. Dabei hat er, so wird ihm vielfach vorgeworfen, keine Kraft mehr, langfristige Konzepte zur Lösung der wichtigsten Probleme Israels im Bereich der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik zu entwickeln.

Kurz nach seinem Amtsantritt sah sich Shamir veranlaßt, Finanzminister Aridor zu entlassen, der zuletzt versucht hatte, die rapide Geldentwertung und das gewachsene Außenhandelsdefizit durch eine Ankoppelung der Landeswährung Schekel an den Dollar in den Griff zu bekommen. Sein Nachfolger, Cohen Orgad, versucht nun die Finanzmisere durch eine Kürzung des aufgeblähten Staatshaushalts um neun Prozent zumindest zu lindern. Alle Kabinettsmitglieder sind sich über die Notwendigkeit von Einsparungen – im Prinzip – einig. Allerdings hat sich bislang kein Minister bereit gefunden, Kürzungen in größerem Umfang in seinem Ressort zuzulassen.

Die nationalistische Tehiya-Partei und Teile der Nationalreligiösen verlangen einen forcierten Ausbau der Siedlungen in den besetzten Gebieten, die ethnische Tami-Partei, Erziehungsminister Hammer und Teile der liberalen Partei sind nicht bereit, Kürzungen im sozialen und Erziehungssektor gutzuheißen. Diese Parteien und ihre Exponenten drohen jeweils damit, die Koalition zu verlassen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden sollten. Die Politiker der Regierungskoalition wissen jedoch, daß drastische Kürzungen und damit eine erhebliche Senkung des Lebensstandards nur in Übereinstimmung mit der mächtigen Einheits-Gewerkschaft Histadruth machbar sind. Die Arbeitnehmerorganisation wird jedoch von der oppositionellen Arbeiterpartei beherrscht und zeigt daher keine Neigung, der Regierung aus der Krise zu helfen.

Im Gegenteil, durch die Androhung und teilweise Abhaltung von Streiks versucht die Histadruth die kritische Lage der Regierung noch zu verschärfen. Eine Reihe von liberalen Abgeordneten und der altgediente Innenminister Josef Burg sehen einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise nur in der Bildung einer großen Koalition unter Einschluß der Arbeiterpartei. Gegenüber der WELT hatte Burg kürzlich bestätigt, daß ein Kabinett der Nationalen Einheit am besten geeignet sei, die großen Probleme des Landes zu lösen.

Die Arbeiterpartei lehnt indessen eine große Koalition ab. Sie befürwortet statt dessen Neuwahlen, aus denen sie als größte Partei hervorzugehen hofft, die einen Anspruch auf die Führung der Regierung hätte. Die Ergebnisse jüngster Meinungsumfragen bestätigen den Optimismus der Arbeiterpartei.

Im Sicherheitsbereich bahnt sich ein Konflikt zwischen Regierung und Armee an. Während Premier Shamir das Militär auf der Linie des Awali-Flusses halten möchte, bis Damaskus in den Abzug seiner Truppen in Libanon einwilligt, befürwortet die Armeespitze einen einseitigen Rückzug um 20 Kilometer.

KGB fälscht Gespräche

„Sunday Times“: Telefonat von Reagan wurde manipuliert

dpa/DW, London

Der sowjetische Geheimdienst KGB versucht nach Information der britischen Sonntagszeitung „Sunday Times“ verstärkt, durch Aufzeichnungen mit gefälschten oder manipulierten Gesprächen zwischen westlichen Führern Mißtrauen im Westen zu säen. Das Blatt berichtete jetzt über ein Mitte 1983 – kurz vor der britischen Unterhauswahl am 9. Juni – in den Niederlanden aufgetauchtes Tonband, auf dem ein Telefongespräch zwischen US-Präsident Ronald Reagan und Premierministerin Margaret Thatcher zu hören war.

Darin sagte Reagan unter anderem: „Wenn es zu einem Konflikt kommt, werden wir Raketen gegen unsere Alliierten feuern, um zu sichern, daß die Sowjetunion in ihren Grenzen bleibt.“ Auf die ungläubige Frage von Frau Thatcher: „Sie meinen Deutschland?“, antwortete Reagan: „Frau Thatcher, wenn irgendein Land unsere Position gefährdet, können wir uns entscheiden, das Problemgebiet zu bombardieren und damit die Instabilität zu beseitigen.“

Auf dem Band, das niederländischen Journalisten anonym zugeschickt wurde, gesteht Frau Thatcher unter anderem, daß sie den argentinischen Kreuzer „Belgrano“ zu Beginn des Falkland-Krieges bewußt versenkt habe, um eine Einigung mit Argentinien unmöglich zu machen. Reagan – so ist auf dem Band zu hören – seufzt daraufhin nur: „Oh, Gott!“

Wie die „Sunday Times“ schreibt, basiert der Inhalt des Bandes auf tatsächlichen Gesprächen und Reden, doch habe der sowjetische Geheimdienst KGB einzelne Wörter genommen und sie in der gewünschten Reihenfolge zusammengesetzt, um damit einen Propaganda-Erfolg im Westen zu erzielen. So stammt unter anderem das „Oh, Gott!“ Reagans aus dem Schluß seiner Antrittsrede, in der er eine Hymne mit den Worten zitiert: „Oh, Gott der Liebe, oh, König des Friedens!“ Die holländischen Journalisten, die das Band erhielten, seien nach der Zusendung der Bänder so skeptisch gewesen, daß sie sie nicht verwendeten.

Reagan will ein „positives Signal“ geben

▲ Fortsetzung von Seite 1

nien, aus Bulgarien, um nur diese Beispiele zu nennen“, erhalten habe. An dieser Stelle fügte er hinzu: „Und es gibt auch Reaktionen aus Ost-Berlin.“ Wie in Bonn verlautet, liegt allerdings keine formelle Antwort Erich Honeckers im Kanzleramt vor, doch habe die Bundesregierung auf anderen Kanälen Informationen erhalten. Der Kanzler zeigte sich in dem Interview überzeugt, daß auch zwischen Bonn und Ost-Berlin keine Komplizierung der Lage eintreten werde.

Eine von Beobachtern als moderat empfundene Rede des SED-Politbüromitglieds Egon Krenz auf dem DKP-Parteitag in Nürnberg deutete in diese Richtung. Der als Vertrauter Honeckers geltende Krenz versicherte, die „DDR“ werde auch künftig jeden vernünftigen Vorschlag der Bundesregierung sorgfältig prüfen, „der die reale Möglichkeit enthält, die Beziehungen beider deutschen Staaten entsprechend Wort und Geist des Grundlagenvertrages zu normalisieren“. Mit ihrem Ja zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen habe die Bundesregierung allerdings „eine schwerwiegende Verantwortung dafür übernommen, daß die Völker Europas gegenwärtig eine der gefährlichsten Belastungsproben der Nachkriegszeit erleben“.

*

fhn. Moskau

Zweimal hintereinander wandte die großformatige „Prawda“ eine halbe Seite auf, um über den Parteitag zu berichten. Zuvor war in Moskau der 65. Gründungstag der alten KPD gefeiert worden, deren Erbe auf deutschem Boden die sozialistische Gesellschaft „unter Führung der SED“ sei.

Politbüromitglied Romanow ermunterte in Nürnberg die „Antikriegsbewegung“ in der Bundesrepublik Deutschland. Sie habe keineswegs eine Niederlage erlitten, sondern erfasse immer größere Massen und werde – „wir sind davon überzeugt!“ – die Vernunft über die Kräfte des Krieges triumphieren lassen.

Im Vergleich zu den kräftigen Worten, mit denen führende Moskauer Propagandisten in jüngster Zeit die westlichen „Friedensbewegungen“ angespornt hatten, waren Romanows Ausführungen in Nürnberg noch maßvoll.

Mit seinen Hinweisen auf die Notwendigkeit und friedensstiftende Kraft der sowjetischen Rüstung berührte er vielmehr den wunden Punkt der sowjetischen Propaganda: Es will ihr nicht gelingen, die „Friedensfreunde“ des Westens von der Ansicht abzubringen, daß für das weltweite Wettrüsten beide Supermächte verantwortlich seien. Deshalb hatte Boris Ponomarjow, Leiter der internationalen Abteilung des sowjetischen Zentralkomitees, im November die in Moskau versammelten Vertreter der kommunistischen Presse zu „noch größeren Anstrengungen“ aufgefordert: Sie müsse die Bevölkerung des Westens davon überzeugen, daß die weitere Stärkung der Sowjetunion objektiven Interessen diene.

USA: Hohe Erwartungen an Zhao

Am Dienstag trifft Reagan Chinas Premier / Wendepunkt in den Beziehungen?

DIETRICH SCHULZ, Washington

Mit Optimismus sieht die amerikanische Regierung in dieser Woche dem Besuch des Regierungschefs der Volksrepublik China, Zhao Ziyang, entgegen. Der chinesische Ministerpräsident war am Samstag in den USA eingetroffen. Am Dienstag wird er mit US-Präsident Ronald Reagan zusammentreffen.

Nach manchem Auf und Ab in den Beziehungen beider Länder in den vergangenen drei Jahren scheint jetzt ein Punkt erreicht, wo sich eine kontinuierliche und für beide Seiten vorteilhafte Fortentwicklung erwarten läßt. Der „Störfaktor Taiwan“, auf den die Regierung in Peking immer wieder abhob, wenn Präsident Reagan seiner alten Vorliebe für die in Taipeh residierende nationalchinesische Regierung freien Lauf ließ, bleibt zwar als Irritation noch vorhanden, ist aber in seiner Bedeutung wesentlich gemildert worden. In einer Erklärung vor seinem Abflug in Peking hatte der chinesische Ministerpräsident bekräftigt, er beabsichtige nicht, Reagan um einen sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen an Taiwan zu bitten.

Das bedeutendste Abkommen, das bei dem Besuch Zhaos zur Unterzeichnung ansteht, betrifft die industrielle und technologische Zusammenarbeit. Die Vereinbarung soll der amerikanischen Industrie die Möglichkeit zu weiteren Investitionen in der Volksrepublik China eröffnen und der chinesischen Wirtschaft das „Know-how“ der amerikanischen Technologie zuführen. Zunächst handelt es sich dabei um Absichtserklärungen, die erst im Laufe der Zeit mit konkretem Inhalt gefüllt werden sollen.

Washington hat sich weitgehend bereit erklärt, den Chinesen beim Technologie-Transfer auch Erkenntnisse und Erzeugnisse zukommen zu lassen, die rüstungstechnisch interessant sind. Nach Ansicht einiger Europäer gehen die Amerikaner dabei jedoch zu weit, indem sie etwa Waffentechnologien an Peking weitergeben wollen, deren Export in andere kommunistische Länder sie bei den Cocom-Verhandlungen selbst untersagt wissen wollen. Besonders die Franzosen zeigen nur geringe Bereitschaft, den Amerikanern im Falle Chinas Ausnahmeerlaubnisse zuzugestehen. Die USA stehen im Handel mit China wiederum unter Zugzwang, weil sie in den vergangenen Jahren wegen der für sie erschwerten politischen Bedingungen in China gegenüber anderen westlichen Handelspartnern benachteiligt waren.

Beobachter erwarten, daß während des Washington-Aufenthaltes von Premier Zhao auch die Wiederaufnahme des Kulturaustausches bekannt gegeben wird. Dieser war von der Pekinger Regierung im April 1983 gestoppt worden, nachdem die USA einer chinesischen Tennisspielerin Asyl gewährt hatten.

Die Türkei droht dem Europarat

Straßburg: Heute Beratung über Wiederzulassung der Vertreter Ankaras

dpa, Ankara

Der neue türkische Ministerpräsident Turgut Özal hat den Europarat ultimativ aufgefordert, die Vertreter der Türkei wieder in der Parlamentarischen Versammlung zuzulassen. Auf seiner ersten Pressekonferenz seit Bildung der Zivil-Regierung vor knapp einem Monat drohte Özal mit dem Abbruch aller Beziehungen zum Europarat, falls es den Vertretern der Türkei weiter verweigert werde, ihre Plätze in der Parlamentarischen Versammlung wieder einzunehmen.

Nach dem türkischen Militärputsch 1980 und der Auflösung des Parlaments in Ankara waren die Vertreter der Türkei aus der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ausgeschlossen worden. Die jetzige Warnung des konservativen Ministerpräsidenten richtete sich offenbar an die Rechtskommission des Rates, die heute über die Wiederaufnahme der Türkei in die Parlamentarische Versammlung beraten will. Die Mitglieder des Europarates, einer Vereinigung von 21 europäischen Demokratien, treten voraussichtlich Ende Januar zu einer Plenarsitzung zusammen.

Die Türkei wird nach Özals Worten künftig verstärkt Anreize für ausländische Investoren schaffen und die Spartätigkeit ihrer Bürger fördern. Im wirtschaftspolitischen Teil der Pressekonferenz erklärte Özal, für eine grundlegende Wirtschaftsreform brauche die Türkei dringend solide Ressourcen, die aus eigenen Kräften, aber auch verstärkt durch den Zufluß ausländischen Kapitals in Form von Investitionen und Krediten gebildet werden müßten. „Die Türkei wird sich in eine Land verwandeln, wo mehr ausländisches Kapital ein als ausfließt“, kündigte der neue Regierungschef an.

Für die Erreichung dieses Zieles seien in weniger als vier Wochen durch Reorganisation der zuständigen Stellen und Ministerien vor allem im Außenhandelsbereich die entscheidenden Weichen gestellt worden. Ziel aller weiteren Maßnahmen sei es, Importe zu erleichtern und die türkische Industrie wettbewerbsfähiger auf dem Weltmarkt zu machen.

Özal hofft nach seinen Worten auf neue Verhandlungen mit der Bonner Regierung „über gewisse Fragen, die die Gastarbeiter betreffen“. Einzelheiten nannte der Ministerpräsident nicht. Der türkische Staatsminister Mesut Yilmaz sei beauftragt worden, innerhalb der Regierung Fragen der Arbeit und der sozialen Sicherheit zu koordinieren. Zur Erhöhung ihrer Einkünfte habe die Regierung den Gastarbeitern die Einrichtung von Devisenkonten in der Türkei ermöglicht. Die Pläne für eine Beteiligung der im Ausland tätigen Türken an staatseigenen Unternehmen machten gute Fortschritte, berichtete Özal.

Seite 2: Özals Warnung

Der Alt-Präses warnt seine Kirche

DW. Koblenz

In die Diskussion über eine einseitige Politisierung der evangelischen Kirche hat jetzt der frühere rheinische Präses Joachim Beckmann eingegriffen. Unmittelbar vor Eröffnung der 32. Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland warnte Beckmann eindringlich vor einer Verfälschung des kirchlichen Auftrags.

Beckmann: „Christen ist es nicht erlaubt, Gottes Offenbarung in Jesus Christus in den Dienst eigenmächtig gewählter Wünsche, Zwecke und Pläne zu stellen.“ Von großer und richtungweisender Bedeutung sei auch heute die Barmer Erklärung von 1934, an deren Zustandekommen Beckmann beteiligt war. Auf der Bekenntnis-Synode vom 29. bis 31. Mai 1934 in Barmen hatten 139 Vertreter lutherischer, reformierter und unierter Kirchen die Ansprüche des NS-Staates auf die evangelische Kirche zurückgewiesen.

Zur Aktualität dieser Stellungnahme erklärte der frühere Präses: „Das Evangelium steht nicht im Dienst irdischer Weltanschauungen; Kirche ist nicht dazu da, politischer Ideologie die positive christliche Grundlage zu geben.“ Damals sei es darum gegangen, den Angriff Hitlers, des „Reichsbischofs“ Ludwig Müller und der den Nationalsozialisten ergebenen deutschen Christen zur Gleichschaltung und Eingliederung der Bekenntniskirchen in eine „Reichskirche“ zu widerstehen. „Wie die Kirche sich 1934 keinen ‚Führer‘ geben lassen durfte, so kann sie sich heute nicht republikanisch, demokratisch, sozialistisch oder sowjetisch umgestalten lassen.“

Botschaft, Ordnung und Gestalt der Kirchen dürften sich, so Beckmann, unter keinen Umständen politischen Forderungen anpassen. Auch heute meinten wieder viele, die Kirche habe sich nach den Menschen und deren Ideologien zu richten. Die Kirche sei jedoch ausschließlich der Botschaft Christi verpflichtet.

Der Theologe sah auch hier Klarheit durch die Barmer Erklärung gegeben. „Es gibt kein irdisches Gebiet, wo wir allein zu sagen hätten oder wo wir uns anderen Herren überlassen dürften“, erklärte Beckmann in einem Gespräch mit der „Rhein-Zeitung“.

Fall Kießling gibt weiterhin Rätsel auf

DW. Bonn

Die Gründe um die Versetzung des Vier-Sterne-Generals Günter Kießling in den vorzeitigen Ruhestand bleiben weiter im dunkeln. Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner erklärte in einer Stellungnahme gegenüber „Bild am Sonntag“ lediglich: „Mir ist die Entscheidung wirklich nicht leichtgefallen. Aber ich hatte nach dem Stand der Dinge überhaupt keine andere Wahl.“ Auch ein Sprecher des Verteidigungsministeriums weigerte sich gestern, die Versetzungsgründe zu nennen.

Kießling, bisher stellvertretender Oberbefehlshaber der NATO in Brüssel, glaubt, daß seine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand mit dem Vorwurf von homosexuellen Beziehungen in Zusammenhang steht. Nach Kießlings Ansicht ist das von den Sicherheitsbehörden gesammelte Material aber entweder gefälscht oder es handelt sich um eine Verwechslung.

Nach Recherchen der WELT am SONNTAG war Kießling vom Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen über längere Zeit observiert worden. Die Beobachtung des Generals hatte offensichtlich soviel Beweismaterial erbracht, daß die Sicherheitsbehörden Kießling als erpreßbar ansahen und seine Ablösung forderten.

Berlin: S-Bahn wird heute übernommen

F. D. Berlin

Die Westberliner Nahverkehrsgesellschaft BVG übernimmt heute die im freien Teil der Stadt liegenden S-Bahn-Strecken in eigene Betriebsregie. Von dem bisher unter der Verwaltung der „DDR“-Reichsbahn stehenden 140 Kilometer umfassenden Streckennetz werden, wie berichtet, vorerst zwei Linien mit einer Streckenlänge von 40 Kilometern weiterbetrieben.

Diese Reduzierung stieß am Wochenende in Berlin erneut auf scharfe Kritik der SPD, aber auch der FDP. Der Koalitionspartner der CDU bezeichnete die Absicht des Senats als „Schildbürgerstreich“, da insbesondere die heutige Stillegung der S-Bahn-Strecke nach Frohnau in den Norden der Stadt für viele Berliner eine Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse bedeute.

Die SPD hatte das S-Bahn-Konzept des Senats zuvor als „Schrumpfbahn-Konzept“ bezeichnet, das einen „programmierten Unsinn“ darstelle. Unter dem Druck der verstärkten öffentlichen Kritik kündigte der Berliner CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Eberhard Diepgen an, er werde sich dafür einsetzen, daß der S-Bahn-Betrieb auf zwei Strecken, die ab heute nicht mehr befahren werden, „bis zur Jahresmitte wieder voll aufgenommen“ werde.

Diepgen will dieses Thema in Kürze mit der Bundesregierung erörtern, die eine S-Bahn-Finanzhilfe unter der Bedingung gewährt hatte, daß der Betrieb auf lediglich zwei Strecken weitergeführt werde.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schuldnerland Mexiko

Sehr geehrte Damen und Herren,

die regelmäßigen positiven Berichte in den Wirtschaftsteilen deutscher Tageszeitungen machen auf die Leser, die das Verschuldungsproblem Mexikos nur aus der Presse kennen, den Eindruck, als sei alles in Ordnung. Widerspricht man diesen Berichten, wird man von den Lesern ungläubig angesehen, als hätte man keine Ahnung. Und da die wirklich Betroffenen sehr wenige sind, bildet sich in der deutschen Wirtschaftswelt ein vollkommen falsches Bild über die wirklichen Probleme Mexikos und die hier betroffenen Gläubiger.

Natürlich verfügt der mexikanische Staat zur Zeit über Devisen, weil die Importe auf fast 25 Prozent der Importe früherer Jahre gefallen sind. Der Grund dafür liegt nicht etwa an Importrestriktionen, sondern hauptsächlich an dem den Importeuren fehlenden Kapital, das durch die innerhalb von 2 Jahren erfolgte Abwertung aufgezehrt wurde. Ein Kapital Anfang 1982 von 600 000.- DM ist heute noch 100 000,- DM wert und verliert ständig weiter an Wert, weil der Peso täglich abgewertet wird. Deshalb sind private Schuldner kaum in der Lage, ihre Schulden ausländischen Gläubigern gegenüber zu bezahlen, während der mexikanische Staat die überschüssigen Devisen zur Tilgung der Staatsschulden verwendet. Wäre die Nachfrage nach Devisen seitens der Privatwirtschaft jedoch größer, könnte der mexikanische Staat seine Verpflichtungen nicht so reibungslos erfüllen.

Man schätzt, daß noch nicht einmal 10 Prozent der gesamten Altschulden (aus Lieferungen bis 1982) bundesdeutscher Lieferanten gegenüber bezahlt wurden, ganz zu schweigen von den Zinsen, die diese regelmäßig an ihre deutschen Kreditgeber, die Banken, zu zahlen haben. Obwohl es in erster Linie die Banken gewesen sind, die zum finanziellen Zusammenbruch Mexikos beigetragen haben, sind ausgerechnet diese, die von der Zahlungsunfähigkeit mexikanischer Importeure profitieren, indem sie von ihren deutschen Kreditnehmern die Zinsen in voller Höhe kassieren.

Obwohl ein großer Teil der Außenstände deutscher Exporteure Hermes-versichert ist, weigert sich der Hermes zu zahlen, weil angeblich der entsprechende Tatbestand, der zur Anerkennung einer Entschädigungszahlung notwendig ist, noch nicht eingetreten ist. Damit zwingt man den deutschen Exporteur, den mexikanischen Schuldner in die Pleite zu treiben, um den erforderlichen Tatbestand zu erreichen. Davon wird jedoch nicht nur hier, sondern auch in Mexiko abgeraten, weil diese Prozedur in Mexiko viele Jahre in Anspruch nehmen würde, die die meisten deutschen Exporteure mit Außenständen in Mexiko nicht überleben könnten.

Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Mexiko, die Lieferanten-Altschulden betreffend, finden zur Zeit statt, jedoch kommen diese anscheinend nicht von der Stelle. Die Gründe dafür sind nicht bekannt. Man weiß nur, daß die mexikanischen Importeure (Schuldner) eine Finanzierung seitens der mexikanischen Regierung zum Vorzugskurs erwarten, damit sie die Einzahlungen in Landeswährung vornehmen können. Dieser Punkt soll auch Bestandteil der Verhandlungen zwischen Deutschland und Mexiko sein. So lange sich hier nichts tut, müssen die hiesigen Gläubiger weiter auf ihr Geld warten und existenzgefährdende Zinsen an die Banken zahlen. Hermes hat es bisher abgelehnt, die versicherten Außenstände zumindest teilweise zu entschädigen bzw. einen Überbrückungskredit zu gewähren.

Das sind die Probleme der Privatwirtschaft, die bisher bei der Presse keine Aufmerksamkeit fanden, obwohl davon viele deutsche Arbeitsplätze betroffen sind.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Ahrens
Barsbüttel

Zwingende Fragen

„Hilfe für Polens Bauern unsicher“; WELT vom 22. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus obiger Meldung habe ich erneut zur Kenntnis nehmen müssen, daß als erste Maßnahme eines Hilfsprogramms für die polnische Landwirtschaft vorgesehen ist, jeden in der Landwirtschaft Tätigen mit Gummistiefeln auszustatten. Als Enkel schlesischer Bauern drängen sich mir beim Lesen dieser Zeilen zwangsläufig verschiedene Fragen auf.

Wie war es für die ostdeutschen Bauern möglich, so große Überschüsse aus ihren Höfen zu erwirtschaften, obwohl sie meines Wissens kaum mit Gummistiefeln ausgestattet waren?

Welche noch erheblich größeren Mengen an Grundnahrungsmitteln hätten von ihnen erzeugt werden können, wenn sie seinerzeit bereits ausreichend mit Gummistiefeln versorgt gewesen wären?

Will man der Öffentlichkeit allen Ernstes weismachen, daß die Mißstände in der Versorgung Polens durch den Mangel an Gummistiefeln in der Landwirtschaft mit verursacht wurden?

In den 38 Jahren nach der brutalen, gegen jedes Völkerrecht verstoßenden Vertreibung haben die Polen doch bewiesen, daß sie nicht fähig sind, aus den ehemaligen Kornkammern des Deutschen Reiches auch nur annähernd ausreichende Erträge zu erwirtschaften. Die für den Hilfsfonds vorgesehenen Milliarden werden – wie auch alle bisherigen Hilfen – nutzlos verschwendetes Kapital sein.

Hochachtungsvoll
K. Bär,
Freilassing

Angst um Renten

Während man in Bonn darüber nachdenkt, ob nun Herr Flick 450 Millionen Körperschaftssteuer nachzahlen soll, erfuhren die Rentner stilvoll zu Weihnachten, daß eine Besteuerung der Renten erwogen wird. Ich darf dazu an die Tatsache erinnern, daß Beiträge zu berufsständigen und gesetzlichen Ruhestandskassen Spargelder sind, die in ihrer heutigen Höhe für Freiberufler zu keiner nennenswerten steuerlichen Erleichterung führen.

Die Renten sind zum größten Teil Rückzahlungen des Sparkapitals, dessen Rest mit dem Tode des Rentners zudem verfällt, und zum kleineren Teil Zinsen, die schon zu 24 bis 26 Prozent der Gesamtrente besteuert werden. Falls beabsichtigt ist, auch den Rückzahlungsteil der Rente zu besteuern, müsste man auch für eine Besteuerung jeder Kontenabhebung sein. Die Steuerkette wäre damit komplett: Einkommensteuer, Gewerbesteuer und Mehrwertsteuer auf Arbeitseinkommen, Vermögensteuer auf Sparkassen- und Ruhestandskassenguthaben, Einkommensteuer auf Sparkontenabhebungen und Renten, Mehrwertsteuer auf Verbrauchsgüter.

Man kann nicht mit dem abgenutzten Argument der Pensionsbesteuerung kommen. Der Beamte bezieht Gehalt, Wohngeld, Aufwandentschädigungen und zahlreiche Beihilfen in allen Lebenslagen; er zahlt jedoch selbst keinen Pfennig in seine Pensionskasse.

Renten stammen aus Sparguthaben und werden streng nach der Höhe des Angesparten bemessen; Pensionen sind Gehaltszahlungen im Ruhestand ohne eigene Ansparung durch den Pensionär.

Ein solches Unrecht der Besteuerung von selbst angesparten Renten käme einer Enteignung gleich, die nach Grundgesetz Artikel 14 (3) wiederum entschädigungspflichtig wäre. Eine seriöse Regierung sollte keine Rentenenteignung erwägen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. E. Rieke,
Wuppertal

Nichts gebracht

„Waigel: Der Kredit an die DDR hat uns politischen Spielraum geschaffen“; WELT vom 27. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Ministerpräsident Strauß hat jetzt auch der CSU-Landesgruppenvorsitzende Waigel bei der Begründung des Milliardenkredits von einem „Zeichen der Bundesrepublik Deutschland an die Menschen drüben, daß wir über das ökonomisch Nützliche hinaus für Mitteldeutschland da sind und helfen“ gesprochen. Das Zeichen ging in Wirklichkeit an die SED-Regierungsclique, ohne die unterdrückten Mitteldeutschen zu erreichen.

Die Hilfe wurde der SED und Honecker zuteil. Kulturabkommen, Luftreinhaltungsabkommen, Sicherheitsfragen bei kerntechnischen Anlagen als „erste Schritte im Bereich des Umweltschutzes“ treffen den wichtigeren Bereich der Menschenrechtsverletzungen und Freiheitsverweigerung für die Mitteldeutschen nicht. Abkommen im Bereich Umweltschutz sind im gegenseitigen Interesse und müssen nicht durch den Milliardenkredit gefördert werden. Es geht um die unfreien Menschen und nicht um mehr oder weniger schikanöse Behandlungen der Westreisenden auf den Transitwegen.

Der Milliardenkredit war und ist trotz aller Erklärungen ein politisch peinlicher Vorgang für die neue Bundesregierung. Den Herren Waigel und Strauß sollte es zu denken geben, daß die Kritik nicht von politisch parlamentarischen Gegnern, sondern von den Freunden der CDU/CSU kam und kommt. Dies ist mit Sicherheit nicht auf den viel beschworenen „Informationsmangel“ zurückzuführen. Ein nochmaliger Kredit dieser Art würde die Manöverkritik in politische Verurteilung verwandeln.

Dr. W. Rothenbächer,
Diez

Wort des Tages

„Wir glauben nicht, daß durch neue Kriege irgend etwas Gutes auf der Welt erwachsen kann. Die Weltgeschichte wird zwar immer irgendwie ein Kampf um Futterplatz und Futtermenge sein. Aber in Wahrheit geht es heute auf unserer Erde, die Brot für alle hat, um ganz andere Dinge. Es geht um Menschenrecht und Menschenwürde. Es geht um Gerechtigkeit und Vertrauen.“

Otto Dibelius, dt. Theologe (1880–1967)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

VERÄNDERUNGEN

Der Bundestagsabgeordnete Dr. **Carl Otto Lenz**, CDU, wird am 12. Januar um 11 Uhr vor dem deutschen Botschafter in Luxemburg, Dr. **Günter Knackstedt**, sein Mandat niederlegen. Vorher wird er vor dem Europäischen Gerichtshof als Generalanwalt vereidigt. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Deutschen Bundestags, daß ein Abgeordneter vor einem Botschafter sein Mandat niederlegt, wie dies nach Paragraph 46, Absatz 3 des Bundeswahlgesetzes möglich ist.

*

Auf der Mitgliederversammlung der Bayerischen Krebsgesellschaft e. V. wurden für die Amtszeit 1984/85 von der Technischen Universität München gewählt: Prof. Dr. med. **Alfred Breit** (Strahlentherapie und Radiologische Onkologie) in Wiederwahl zum stellvertretenden Präsidenten, Prof. Dr. med. **Hans-Jürgen Soost** (Klinische Zystologie) in Wiederwahl zum Schatzmeister und Prof. Dr. med. **Jörg-Rüdiger Siewert** (Chirurgie) als Beirat.

AUSZEICHNUNG

Der amerikanische Maler **Willem de Kooning** erhält den Kaiserring der Stadt Goslar für das Jahr 1984. Dies gab Oberbürgermeisterin **Maria Lattemann** bekannt. De Kooning, 1904 in den Niederlanden geboren und seit 1926 in den USA, ist einer der führenden Vertreter des „Action Painting“. Ihm wurde bereits im Dezember 1983 der mit 50 000 Mark dotierte Max-Beckmann-Preis 1984 der Stadt Frankfurt zuerkannt, den er am 12. Februar in Frankfurt in Empfang nehmen wird. Mit dem seit 1975 verliehenen Kaiserring, einem schlichten Reif mit dem in einen Aquamarin eingeschnittenen Siegel Kaiser Heinrich IV., wurden bereits u. a. **Henry Moore, Max Ernst, Alexander Calder** und **Joseph Beuys** geehrt.

Vernunft nicht gefragt?

hdt – Die Gewerbesteuerhebesätze bundesdeutscher Gemeinden sind in den letzten Jahren mit schöner Regelmäßigkeit in die Höhe gegangen. Nach Meinung der Wirtschaft, die hier zur Kasse gebeten wird, ist die Grenze der Belastbarkeit erreicht und teilweise sogar schon überschritten. Dabei fehlt es durchaus nicht an Verständnis für die Kommunen, die voll in den Sog konjunktureller Talfahrt gerieten und sich nun an einer der wenigen für sie noch unbeschränkt sprudelnden Steuerquellen schadlos halten wollen.

Übersehen werden darf jedoch auch nicht, daß die Gemeinden unter doppeltem Druck stehen. Schöpfen sie nicht alle Möglichkeiten der Gewerbesteuer aus, ziehen sie auch beim Gemeindefinanzausgleich den kürzeren. Die von den Bundesländern gewährten Finanzzuweisungen an steuerschwache Gemeinden basieren nämlich auf Bemessungsgrundlagen, sogenannten fiktiven Hebesätzen, und diese wurden von Jahr zu Jahr heraufgesetzt. Auf gut Deutsch heißt das: Mittel vom Land bekommt nur die Gemeinde, die ihren Gewerbetreibenden vorher kräftig die Daumenschrauben anlegte.

Eine nochmalige Erhöhung der *Mindesthebesätze als Voraussetzung* für die Gewährung zusätzlicher Finanzmittel, sieht jetzt der Entwurf des nordrhein-westfälischen Gemeindefinanzierungsgesetzes 1984 vor. Die Industrie- und Handelskammern des Landes äußern bereits geschlossen Kritik; sie befürchten, daß nun ausgerechnet die Gemeinden finanziell benachteiligt werden, die sich bisher finanzpolitisch vernünftig und wirtschaftsfreundlich verhalten haben. Anders ausgedrückt: Wer der Kuh, die die Milch geben soll, nicht das Messer an die Kehle setzt, wird benachteiligt.

Teurer Rat

hg – Einen wesentlichen Beitrag zur Volksgesundheit hat sich in diesen Tagen unser Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit geleistet: „Allen, die beruflich mit Lebensmitteln zu tun haben“, empfiehlt er in einem aufwendigen Faltblatt, „nicht auf dieselben zu husten oder zu niesen“. Offenbar sind auch die Lehrherren nicht in der Lage, derlei Hinweise zu geben – da muß natürlich ein veritabler Minister ran. Und weil Elternhäuser und Schulen in Sachen Hygiene gleichermaßen zu versagen scheinen, erteilt er fürsorglich den Rat, man möge sich regelmäßig die Hände waschen, „vor allem nach der Toilettenbenutzung“. Unklar bleibt der Ratschlag, bei der Arbeit „Gummistiefel oder Kopfbedeckung“ zu tragen – etwa Kochmütze und barfuß? So kann Heiner Geißler das nicht gemeint haben. Deshalb warten wir jetzt auf die Erklärung im nächsten Faltblatt. *Mit Steuerzahlers Hilfe wird der* Minister sich auch dieses leisten können.

EIGENKAPITAL-MANGEL / Vorschläge des Instituts für Mittelstandsforschung

Bessere Anreize für Investitionen in langlebige Wirtschaftsgüter gefordert

HEINZ HECK, **Bonn**

Bundesregierung, Bundesbank, Wissenschaft und Wirtschaft beklagen die mangelhafte Eigenkapitalausstattung der deutschen Unternehmen und sehen darin eine der folgenschwersten Fehlentwicklungen der letzten Jahre, die zur Wachstums- und Beschäftigungskrise beigetragen habe und eine erhebliche Gefahr für die langfristige Investitionskraft der deutschen Wirtschaft bedeute. Die Bundesregierung will allerdings nicht mit der Gewährung neuer Subventionen an die Bewältigung des Problems herangehen.

Das Institut für Mittelstandsforschung in Bonn hat jetzt Vorschläge gemacht, wie Investitionen angeregt und vor allem die Diskriminierung langlebiger Investitionen aufgehoben werden kann, ohne daß dies sofort zu Steuerausfällen führen und damit die Lösung der Haushaltskonsolidierung verzögert würde. Die Institutsempfehlung lautet, Steuererleichterungen „für die Zukunft gesetzlichverbindlich (zu) versprechen“.

Das Gutachten nimmt einen möglichen Einwand vorweg – den Einwand nämlich, daß die Belastung der Gegenwart mit Steuern auf die Zukunft abgewälzt würde und eine solche Belastung zukünftiger Generationen unverantwortlich sei. Dazu heißt es wörtlich: „Es ist die hohe Staatsverschuldung, die eine unverantwortliche Hypothek für die zukünftige Generation darstellt. Sie abzubauen ist daher vorrangig. Ist die Entlastung der Zukunft durch eine konsequente Konsolidierungspolitik erfolgt, hat die Finanzpolitik wieder mehr Spielraum gewonnen für eine aktive Wachstumspolitik. Die wachstumspolitische Nutzung des künftigen Spielraums durch gesetzgeberische Maßnahmen heute schon so glaubhaft zu machen, daß er schon jetzt Investitionsentscheidungen bewirkt, ist die gegenwärtige Aufgabe *der Finanzpolitik*.“

Gelinge die Lösung dieser Aufgabe, würden künftige Generationen sogar in doppelter Weise entlastet – einmal durch geringere Staatsverschuldung, zum anderen durch ein höheres Produktionspotential und damit höheres Volkseinkommen als Folge verbesserter Investitionstätigkeit heute. Einer solchen finanzpolitischen Strategie würde eine Regelung entsprechen, die Abschreibungsfreiheit für langlebige Wirtschaftsgüter für die Zukunft vorsieht, den Anreiz, in langlebige Wirtschaftsgüter zu investieren, aber sofort erhöht.

Hingegen wird von weiteren Abschreibungserleichterungen und Investitionsprämien nachdrücklich abgeraten. *Gegenwärtig* sei nämlich mit 30 Prozent Abschreibungen (dem Dreifachen des linearen Satzes) ein Maß erreicht, bei dem man fragen müsse, ob es sich noch um betriebswirtschaftlich gebotene Abschreibungen handele. „Jedenfalls kann nicht empfohlen werden, die Abschreibungsbedingungen steuerlich weiterhin generell zu verbessern.“

In allgemeinen Abschreibungserleichterungen sieht das Institut einen „Zwang zur Selbstfinanzierung“. Teile der Erlöse, die – betriebswirtschaftlich gesehen – Gewinn darstellten, würden als Aufwand an das Unternehmen gebunden und mit einer Ausschüttungssperre belegt. Diese Ausschüttungssperre lasse den erwirtschafteten Gewinn in der Handelsbilanz zu niedrig erscheinen; Ausschüttungen würden entsprechend verkürzt. Damit erscheine Anlegern die Rentabilität des Unternehmens niedriger als sie tatsächlich sei, so daß die Attraktivität des Unternehmens für den außenstehenden Eigenkapitalgeber verringert werde: Der Gewinn als „Hebel für die Beschaffung von zusätzlichem Risikokapital ... verliert an Wirkung“. Auf diese Hebelwirkung komme es heute aber gerade an.

Ähnlich kritisch gehen die Gutachter mit der Investitionszulage ins Gericht. Die dadurch bewirkte Sozialisierung von Risiken führe nicht zu mehr, sondern zu weniger Risikobereitschaft, und es werde für den Staat immer teurer, die Privaten zur Risikoübernahme zu bewegen. „Auf die Dauer hilft auch eine immer weitergehende Beteiligung des Staates am Risiko von Forschung und Entwicklung und von Innovationen nicht, die gesamtwirtschaftliche Innovationsrate zu steigern.“

US-AKTIENMÄRKTE

Nach gelungenem Start löst der Zinstrend Besorgnis aus

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Der inzwischen schon traditionelle Spurt zum Jahresbeginn hat den US-Aktienmärkten zwar neue Rekordumsätze beschert; der populäre Dow-*Jones-Industrie-Index blieb zum Wo*chenschluß jedoch knapp unter dem am 29. November mit 1287,20 Punkten erreichten Höchststand. Dennoch war der Spurt, getragen von einem weitverbreiteten Optimismus, eindrucksvoll: An den nur vier Börsentagen stieg er um 28 (Freitag: 4,40) auf 1286,64 Punkte. Die Breite der Nachfrage unterstreicht der 1500 Werte umfassende Nyse-Index, der sich um 2,53 (0,37) auf 97,71 Punkte erhöhte.

Im Wochenverlauf wechselten 482 Millionen Aktien den Besitzer, verglichen mit 308 Millionen nach Weihnachten. Das hektische Kaufklima bestimmten die institutionellen Investoren wie Pensionsfonds, Investmentfonds und Versicherungsgesellschaften, die zum Jahresanfang in Geld schwimmen, das angelegt werden muß. Stark im Markt waren auch die Ausländer, die zuvor ihre Nettokäufe erheblich reduziert hatten. Sie wollten von den relativ niedrigen Kursen in vielen Bereichen profitieren. Die vorausgesagten steigenden Unternehmensgewinne schürten zudem die Rendite-Erwartungen.

An der Wall Street geht man davon aus, daß die wiederbelebte Hausse kurzfristig anhält, weil der Aufbau neuer Portefeuilles noch nicht abgeschlossen ist. Als Bremse können, wie am Freitag, Gewinnmitnahmen wirken. Über den weiteren Verlauf entscheidet die Geldpolitik der US-Notenbank, die vom Konjunktur- und Inflationstempo abhängt und sich im Zinsniveau niederschlägt. Nicht gezweifelt wird in Amerika an einem kräftigen Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr, aber schon im Herbst kann sich die Lage erheblich verändert haben, und zwar als Folge einer defizitbedingten Geldverteuerung. Als sicher gilt eine Beschleunigung der Inflation, zumal das Lohnplus bei neuen Tarifverträgen auf Jahresbasis bereits 6,25 Prozent beträgt und sich die Produktivitätsfortschritte angesichts bald fehlender Fachkräfte zwangsläufig verlangsamen.

Diese wahrscheinliche Entwicklung nehmen die Devisenmärkte schon vorweg: Am New Platz schnellte der Dollar am Freitag von 2,8055 auf 2,8205 Mark, verglichen mit 2,8060 in Frankfurt. In den USA wächst nun deutlich auch die private Kreditnachfrage. Unter Brokern löste die Zunahme in der letzten Dezemberwoche um 2,3 Milliarden Dollar, obwohl durch Lager- und Steuerdarlehen verzerrt, Besorgnis aus.

Nachbörslich verharrten dreimonatige Treasury Bills bei 8,87 Prozent. Noch wichtiger aber ist, daß 30jährige Treasury Bonds *zwar leicht nach*gaben, mit 11,85 (Vorjahr: 10,48) Prozent jedoch der vorausgegangene Anstieg zum größten Teil erhalten blieb. Damit scheint sich die Verteuerung langfristigen Geldes schon jetzt zu beschleunigen.

Edelstahl weckt Hoffnung

Von JOACHIM GEHLHOFF

Die Kurzarbeit ist verschwunden, für den großen Produktbereich der rostfreien Flacherzeugnisse wird der Übergang auf die Sechs-Tage-Produktionswoche vorbereitet, die gedrückten Verkaufserlöse erholen sich wieder. Solche positiven Nachrichten, mit denen zum Ausklang des neunten Stahlkrisenjahres 1983 die deutsche Edelstahlindustrie die Wiederkehr besserer Zeiten signalisierte, wecken Hoffnung. Trifft weiterhin die Erfahrungsregel zu, daß die Konjunktur beim Edelstahl dem Massenstahl um ein halbes Jahr vorauseilt, dann wird 1984 für die krisengeplagte deutsche Stahlindustrie deutlich besser als die letzten Jahre.

Seit Anfang 1984 wird solche Erwartung nun auch durch ein interessantes Preissignal bestätigt. Es kommt vom Schrotthandel. Die Nachfrage der Stahlproduzenten nach Schrott, ihrer einzigen heimischen Eisenquelle von Rang, ist so groß geworden, daß die Richtpreise für die meisten Schrottsorten um 40 Mark je Tonne erhöht wurden. Die für die Massenstahlproduktion wichtigste Sorte 0 hat nun mit 220 Mark je Tonne erstmals seit Jahren wieder die 200-Mark-Schwelle übersprungen. Die für die Edelstahlerzeugung wichtigste Sorte 2 liegt jetzt bei 260 Mark je Tonne. Erstmals seit 1979 werden nun die Edelstahlproduzenten ihren Kunden ab 1. April zusätzlich zum aufgebesserten Preisniveau einen „Schrottpreisanhänger“ in Rechnung stellen.

Das freilich ist im Rückblick auf 1979 die einzige aktuelle Parallele von Belang. Das damals mit 46 Millionen Tonnen Rohstahl erreichte „Zwischenhoch in der Krise“ wird die deutsche Stahlindustrie ebensowenig noch einmal schaffen wie gar den im letzten Boomjahr 1971 erklommenen Produktionsgipfel von gut 53 Millionen Tonnen.

Einig sind sich die Produzenten in der Rückzugslinie deutschen Stahlpotentials im weltweiten Strukturwandel der Stahlerzeugung zugunsten junger Standorte in der Dritten Welt. Zwischen den 1983 knapp auf Vorjahresstand gebliebenen kaum 36 Millionen Tonnen und dem bei guter Konjunktur bestenfalls erreichbaren Niveau von 40 Millionen Tonnen Rohstahl soll die aus eigener Kraft überlebensfähige Kapazität liegen, wenn denn ab 1986 tatsächlich das Krisenbewältigungskorsett der EG-Kommission und seine Ursache, die Subventionslawine bei den Nachbarn in der EG, vorbei sein sollten.

Der Rückzug wird bis 1985 wohl noch einmal 30 000 Stahl-Arbeitsplätze kosten, nachdem die Belegschaftszahl der Branche seit Krisenbeginn bereits um 110 000 oder fast ein Drittel schrumpfte. Aber er wird in seinem nicht durch Staatshilfe getragenen Kostenteil nun für die Unternehmen leichter verdaulich, wenn die vom Edelstahl signalisierte Konjunkturwende auch die gesamte Stahlpalette erfaßt.

Bei Edelstahlprodukten, in die ein Fünftel des deutschen Rohstahlausstoßes wandert, zeigen sich derzeit allerdings auch noch Fragezeichen an der Konjunkturwende; außerdem belegen die Edelstahlprodukte auch die Notwendigkeit des Strukturwandels bei den Produzenten. Einerseits hat die Nachfragebelebung noch längst nicht alle der 79 Betriebe erreicht, die hierzulande die weitaus größte Edelstahlindustrie in der EG ausmachen. Je enger ihre Produkte (in Spezialitäten bis zu 300mal so teuer wie Massenstahl) an der Investitionskonjunktur hängen, desto weniger spüren die Produzenten schon die Wende. Bei Werkzeugstahl etwa hauen sie sich auch ohne Importkonkurrenz daheim noch die Kampfpreise um die Ohren.

Andererseits zeigt jenseits der Landesgrenzen auch die Edelstahlindustrie den für Stahl typischen, staatlich gesteuerten und subventionierten Konzentrationsprozeß auf größere Unternehmenseinheiten. Englands Staatskonzern BSC beispielsweise kontrolliert drei Viertel der dortigen Edelstahlproduktion und dehnt seine Dominanz noch durch Kooperationen mit Privatunternehmen aus. Ähnlich sieht es bei den Staatskonzernen in Frankreich und Italien aus. Staatshilfe steht auch bei Konzentrations- und Expansionsplänen in Spanien, Schweden und Österreich Pate.

Nur bei den deutschen Edelstahlproduzenten rührt sich nach der gescheiterten Krupp/Thyssen-Fusion nichts, sieht man von der auch in den Edelstahl hineinreichenden Schmiedefusion Klöckner/Krupp ab. Da lauert die Gefahr einer Strukturschwäche, die einstweilen der Aufschwung verdeckt.

AUF EIN WORT

„Branchenfremde Anbieter, die Kraftstoff zum Teil als Lockvogelangebot zu Preisen in den Markt bringen, denen keine normale kaufmännische Kalkulation zugrunde liegt, beschwören die Gefahr herauf, daß wir im Tankstellensektor von der Marktwirtschaft zu einer „Supermarkt-Wirtschaft“ mit der Konsequenz einer erheblichen Netzausdünnung letztlich zu Lasten der Verbraucher kommen werden.“

J. Eller, Vorsitzender der UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V., Hamburg. FOTO: DIE WELT

Fünf Millionen für Hanomag noch offen

VWD, **Hannover**

Ein von der Stadt Hannover verbürgter Massekredit in Höhe von fünf Millionen Mark für die im Vergleich befindliche Baumaschinenfabrik Hanomag GmbH, Hannover, ist noch nicht ausgezahlt worden. In Hannover wurde bekannt, daß ein wichtiger Punkt der an die Bürgschaft geknüpften Vereinbarungen noch nicht erfüllt sei. Es fehle noch immer eine Erklärung der Treuhänder der SMH-Bank, in der sie auf das Vermögen der Hanomag verzichteten. *Ein* von den Banken und vom Land Niedersachsen verbürgter Betriebsmittelkredit in Höhe von 15 Millionen Mark zur Abwicklung von Aufträgen soll weitgehend aufgebraucht sein.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Japan und Schweiz vorn – Deutschland auf Rang vier

HEINZ HECK, **Bonn**

Japan und die Schweiz sind weiterhin die Spitzenreiter in der internationalen *Wettbewerbsfähigkeit* unter den Industrieländern der westlichen Welt. Das ist das Ergebnis einer vom European Management Forum (einer Stiftung mit Sitz in Genf) nun schon zum fünften Mal veranstalteten Untersuchung, in der die beiden Länder zum vierten Mal an der Spitze liegen.

Zwar belegt die Bundesrepublik in der Gesamtwertung zum vierten Mal den vierten Platz. Doch „hat sich ihr Vorsprung gegenüber ihren Mitbewerbern stark verkürzt“, vor allem die Dynamik habe „stark nachgelassen“. Dies zeige sich unter anderem in abfallender industrieller Leistungsfähigkeit. Die hohe Beschäftigungslosenzahl, die auch und vor allem strukturell bedingt sei, weise auf *erhebliche Schwierigkeiten in der* Zukunft hin. Die Unsicherheiten um die politische Führung des Landes hätten den „Wirtschaftspessimismus begünstigt“, heißt es.

Der Bericht berücksichtigt 284 Kriterien, die in zehn Hauptfaktoren wie Dynamik der Wirtschaft, industrielle Leistungsfähigkeit, Finanzkraft, menschliche Ressourcen und Staatseinfluß zusammengefaßt sind. Von den 284 Kriterien basieren 227 auf Statistiken aus internationalen Quellen, die übrigen 57 auf subjektiven Einschätzungen durch Unternehmensleiter und andere Wirtschaftsexperten im Rahmen einer Umfrage. Die diesem Bericht zugrunde liegende Meinungsumfrage stammt von Mitte 1983. Die USA belegen den dritten Platz. Großbritannien, Frankreich und Italien werden „mangelnde Wettbewerbsfähigkeit“ bescheinigt. *Die Türkei habe sich* von *Platz 20 auf* 14 verbessert.

VEREINIGTE STAATEN

Vier Millionen Amerikaner fanden einen neuen Job

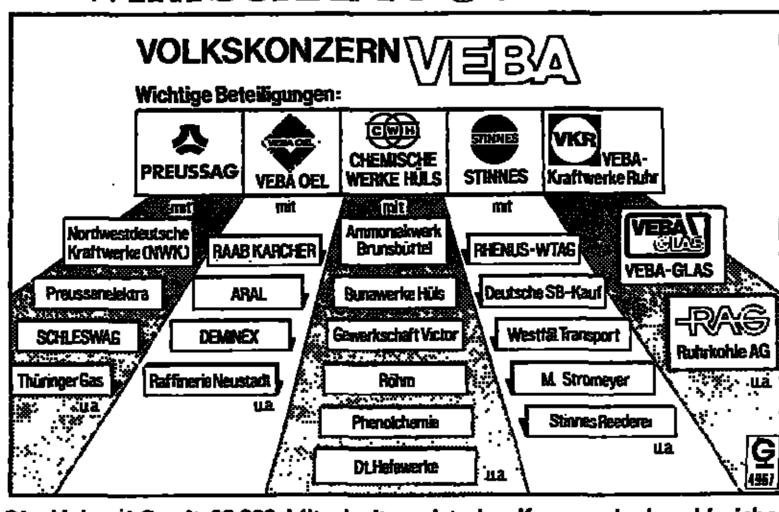
H.-A. SIEBERT, **Washington**

Seit dem Ende der Rezession im November 1982 haben in den USA vier Millionen Arbeiter und Angestellte einen Job gefunden – die steilste Zunahme in so kurzer Zeit seit mehr als 30 Jahren. Im Dezember sank die Arbeitslosenrate noch einmal um 0,2 auf 8,2 Prozent; sie lag damit um 2,5 Prozent unter der Quote im Vorjahrsmonat, ist aber immer noch um 0,4 Prozent von dem Satz entfernt, den Präsident Ronald Reagan vorfand, als er im Januar 1981 sein Amt antrat.

In den USA ist die Arbeitslosenrate in den vergangenen 13 Monaten neunmal zurückgegangen. Nach Kalkulationen *der Deutsch-Amerikani*schen Handelskammer in New York müssen der US-Quote aber ein bis 1,5 Prozent zugeschlagen werden, wenn eine Vergleichbarkeit mit der Bundesrepublik hergestellt werden soll. In den Vereinigten Staaten erfolgt die Erfassung durch eine monatliche Umfrage bei 60 000 Haushalten, die Verläßlichkeit ist also geringer. Immer noch ohne Job waren im Dezember 9,2 Millionen Amerikaner.

US-Finanzminister Donald Regan feierte den relativ raschen Abbau der Unterbeschäftigung „als ein weiteres Signal für die Stärke der wirtschaftlichen Erholung in Amerika“. Er verwies zugleich auf Detroit, das 1983 die Pkw-Verkäufe ohne Importe um 17,9 auf 6,8 Millionen Einheiten steigerte, und auf die im Dezember stark erhöhten Einzelhandelsumsätze. Hier muß aber die Tiefe der Rezes*sion, die zweite in 17 Monaten,* berücksichtigt werden. Den Arbeitslosen müssen noch 1,5 Millionen US-Bürger zugerechnet werden, die entmutigt die Jobsuche aufgegeben haben.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Veba AG mit 80 000 Mitarbeitern ist das Konzerndach zahlreicher Firmen unterschiedlicher Branchen und vor allem das umsatzstärkste Unternehmen der Bundesrepublik. Im Augenblick sind freie Aktionäre mit 56,25 Prozent an der Veba beteiligt, während dem Bund noch 43,75 Prozent gehören. Allerdings will der Staat 13,75 Prozent seiner Anteile verkaufen und nur noch 30 Prozent behalten. Das Vorkaufsrecht auf diese Aktien haben kleine und mittlere Verdiener, die im Rahmen des neuen 936-Mark-Gesetzes jetzt mehr Geld in Beteiligungen anlegen können.
QUELLE: GLOBUS

Produktion läuft wieder an

Paris/London (dpa/VWD) – Die Produktion im Talbot-Werk in Poissy soll voraussichtlich Mitte dieser Woche schrittweise wieder anlaufen, verlautete am Wochenende aus Gewerkschaftskreisen. Das Problem um die Entlassung von 1905 Arbeitskräften sei jedoch noch ungelöst. Der Talbot-Konflikt hat bei den britischen Gewerkschaftern zu einer unerwarteten Reaktion geführt: Statt Solidarität mit den französischen Kollegen zu bekunden, forderte der Betriebsratsvorsitzende des britischen Talbot-Zweigwerkes im mittelenglischen Coventry die Geschäftsführung von Peugeot auf, Teile der französischen Produktion nach Coventry zu verlagern. Die nötigen Voraussetzungen und Kapazitäten seien gegeben.

Weg der Kurse

	6. 1. 84	30. 12. 83
Boeing	47,625	43,75
Chrysler	29,625	27,75
Citicorp	38,375	37,125
Coca-Cola	54,625	53,50
Exxon	37,25	37,375
Ford Motors	45	42,50
IBM	123,625	122,375
PanAm	8,75	8,125
US Steel	33,125	30,50
Woolworth	37,50	35,125

Rekord-Inflationsrate

Buenos Aires (dpa/VWD) – Argentinien hat im Jahr 1983 die Rekordinflationsrate von 433,7 Prozent erreicht. Wie das Statistische Amt am Wochenende bekannt gab, wurden damit die bisherigen Höchstwerte der Jahre 1976 (347 Prozent) und 1982 (209,7 Prozent) erheblich übertroffen. Die bis zum 10. Dezember 1983 regierende Militärregierung hatte dem Internationalen Währungsfonds im Frühsommer 1983 zugesagt, daß die Inflationsrate 160 Prozent nicht übersteigen werde. Die Medien betonten, daß ausgerechnet die Staatsbetriebe im Dezember die höchsten Steigerungsraten verbucht hätten: 26,3 Prozent für Verkehrsmittel und Kommunikation sowie 25,9 Prozent für Kraftstoff und Strom.

Spitzenposition gewahrt

Rio de Janeiro (dpa) – Volkswagen do Brasil hat auch 1983 seine Spitzenposition auf dem brasilianischen Markt mit Abstand gewahrt. Allerdings ging der VW-Marktanteil von 41,47 Prozent in 1982 auf 38,65 Prozent zurück. Hingegen konnten die Konkurrenzunternehmen ihre Marktstellung verbessern: Ford erhöhte seinen Anteil von 18,67 auf 20,72 Prozent, General Motors von 24,5 auf 25,98 Prozent und Fiat baute seinen Anteil von 9,49 auf 9,83 Prozent aus. Insgesamt wurden in Brasilien im vergangenen Jahr 729 496 Autos verkauft – 5,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Cruzeiro wieder abgewertet

Rio de Janeiro (dpa) – Brasiliens Zentralbank hat den Cruzeiro heute um 1,43 Prozent gegenüber dem US-Dollar abgewertet. Nach dieser ersten Mini-Abwertung 1984 wird der US-Dollar offiziell zu 998 Cruzeiros (Verkauf) und 993 Cruzeiros (Kauf) getauscht. Insgesamt hat der Dollar in den vergangenen zwölf Monaten gegenüber dem Cruzeiro damit um 287,9 Prozent an Wert zugelegt.

Kredit fast perfekt

New York (rtr) – Bisher haben die internationalen Geschäftsbanken nach Angaben des brasilianischen Zentralbankchefs Affonso Pastore *dem geplanten Brasilienkredit in Hö*he von 6,5 Milliarden Dollar fast alle zugestimmt. Es liegen, wie Pastore vor Journalisten sagte, Zusagen bis 6,35 Milliarden Dollar vor – hauptsächlich von Banken aus den USA, dem Nahen Osten und Italien. Es sei jedoch möglich, daß die Unterzeichnung des entsprechenden Abkommens, die für den 16. Januar vorgesehen ist, verschoben werden müsse, wenn dann noch Zusagen ausstehen.

Bleifrei braucht noch Zeit

Mailand (dpa) – Italien wird der Bundesrepublik Deutschland mit der Einführung von bleifreiem Benzin noch nicht folgen. Die völlige Abschaffung von Blei im Benzin wird einer Erklärung des italienischen Ökologieministers Alfredo Biondi zufolge „noch eine sehr lange Zeit erfordern“.

Londoner Kassapreise

	6. 1. 84	30. 12. 83
Kupfer (£/t)	1030	980,75
Blei (£/t)	294,25	290,375
Zink (£/t)	665,5	617,75
Zinn (£/t)	8565	8452,5
Gold ($/Unze)	375,125	382,00
Silber (p/Unze)	597,75	614,25
Kakao 1) (£/t)	1934	2016,5
Kaffee 1) (£/t)	1979	1897,5
Zucker (£/t)	124,50	124,00
Kautschuk (p/kg)	85	84,60
Wolle (p/kg)	440	423
Baumwolle 2) (cts/lb)	87,95	89,20

1) Abladung; 2) Abladung;
2) A-Index-Preis Liverpool

COMMERZBANK-ANALYSE

Einkommensteuer-Senkung beste Mittelstandspolitik

VWD, **Frankfurt**

Eine fühlbare Senkung der Einkommensteuer mit einer Abflachung der leistungsfeindlichen *Progression* im mittleren Bereich wäre nach Meinung der Commerzbank die mit Sicherheit effektivste Mittelstandspolitik. Damit könnten die Investitionsbedingungen der Unternehmen spürbar verbessert und die Voraussetzungen für eine verstärkte Selbstfinanzierung geschaffen werden.

In den vergangenen, wirtschaftlich schwierigen Jahren habe sich gezeigt, wie sehr eine funktionierende Marktwirtschaft auf eine breite Schicht aktiver, risikobewußter Selbständiger angewiesen ist. Daher nehme die Mittelstandsförderung ja auch schon seit langem einen besonderen Stellenwert in der Wirtschaftspolitik ein.

Allerdings gäbe es, so die Commerzbank, praktisch keine speziellen steuerlichen Erleichterungen für den Mittelstand. Das falle um so stärker ins Gewicht, als die Bundesrepublik *ohnehin schon* im internationalen Vergleich als „Hochsteuerland“ zu bewerten ist.

Immer wieder habe es daher Initiativen zu einer leistungs- und investitionsfreundlicheren Gestaltung des Steuersystems gegeben, schreibt die Commerzbank weiter. Dabei habe fast immer die Gewerbesteuer im *Mittelpunkt* gestanden. *Eine Folge* dieser Bemühungen sei nun, daß nur noch etwa ein Drittel aller Firmen gewerbesteuerpflichtig ist. Weitere Schritte in dieser Richtung seien nun aber wegen der Bedeutung der Gewerbesteuer für die Kommunen nicht möglich. Deshalb habe die Bundesregierung in ihrem „Steuerentlastungsgesetz *1984“ den Hauptakzent* auch auf Entlastungen bei der Vermögenssteuer gelegt.

EG / Studie über voraussichtliche Entwicklung des Verbrauchs an festen Brennstoffen

Schlechte Aussichten für Steinkohle

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Immer weniger günstig beurteilt die EG-Kommission die Zukunftsaussichten der Steinkohle. Dies zeigt eine interne Brüsseler Untersuchung über die voraussichtliche Entwicklung des Verbrauchs an festen Brennstoffen. Im März 1980 wurden der Kohle danach für das Jahr 2000 in der Zehnergemeinschaft noch Absatzchancen von 580 Millionen Tonnen eingeräumt, was genau dem doppelten Verbrauch von 1983 entspricht. Seither ist diese Prognose um mindestens *25 Prozent zurückgeschraubt* worden.

Die jüngsten Projektionen gehen für 1990 von einem EG-Verbrauch von 330 bis 345 Millionen Tonnen aus, für die Jahrhundertwende von einem Absatz von 350 bis 435 Millionen Tonnen. Dabei wird vor allem die Nachfrage der Kraftwerke erheblich geringer *eingeschätzt als noch vor vier* oder zwei Jahren.

Allgemein macht die Kommission drei Gründe für die veränderten Prognosen geltend: den rationelleren Umgang mit der Energie, eine veränderte Einschätzung der Versorgungskosten für Importenergie und eine Verzögerung der neuen Kohletechnologie. Die Fortschritte beim sparsamen Energieeinsatz hätten seit 1980 Abstriche von 15 bis 20 Prozent an den erwarteten Zuwachsraten des Energie- und Stromverbrauchs erlaubt. Die Erwartungen über die künftige Kostenentwicklung richteten sich nicht selten bereits auf lang*fristig gleichbleibende und zum Teil* sogar sinkende Rohölpreise. Die neue Kohletechnologie werde sich wahrscheinlich erst später auf dem Markt durchsetzen als erwartet.

Die Berechnungen beruhen auf der Annahme, daß sich der Energieverbrauch der Gemeinschaft zwischen 1985 und 1990 bei einem Wirtschaftswachstum von jährlich 2,7 Prozent um durchschnittlich 1,8 Prozent im Jahr erhöht. Dies würde eine Zunahme des Stromverbrauchs um jährlich 3,5 Prozent bedeuten. Die Kraftwerke können auf dieser Grundlage mit einem Wachstum des Energieverbrauchs um 20 Prozent oder 60 Millionen Rohöleinheiten (RöE) in fünf Jahren rechnen. Zwei Drittel dieses Mehrbedarfs werden voraussichtlich auf die Kernenergie entfallen, ein Drittel auf die Kohle.

Ein Schrumpfen der klassischen Absatzmärkte für die Kohle ist nach dem Kommissionsbericht kaum noch aufzuhalten. Neue Kohletech*nologien, die sich gegenwärtig noch* im Demonstrationsstadium befinden, wären bestenfalls ein Ausgleich für den zu erwartenden Verlust alter Absatzmöglichkeiten.

Einschließlich des Mehrabsatzes durch die Umstellung von Kraftwerken auf Kohle hält die Kommission daher bis zum Ende der 80er Jahre eine Verbrauchszunahme von 30 Millionen Tonnen RöE für wahrscheinlich.

FRANKREICH

Austerity-Politik wird fortgesetzt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die von der französischen Regierung im März des vergangenen Jahres eingeleitete „Politik der Strenge" wird fortgesetzt. „Noch zwei Jahre müssen wir ein niedrigeres Wachstum als das unserer wichtigsten Handelspartner akzeptieren", erklärte Wirtschafts- und Finanzminister Delors in ungewöhnlicher Offenheit vor Unternehmern auf einer Forumsveranstaltung des Wirtschaftsmagazins „Expansion".

Die bescheidene Expansion solle zunächst durch den Exportanstieg und durch die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit herbeigeführt werden – „aber nicht durch den inländischen Verbrauch". Eine Verminderung der durchschnittlichen Kaufkraft soll aber nach Möglichkeit vermieden werden.

Erst im Verlauf des Jahres 1985 werden dann die Franzosen wieder etwas aufatmen können. Wie Staatspräsident Mitterrand zu Neujahr ausdrücklich versprochen hat, würden dann die für 1983 und 1984 erhöhten Einkommenssteuern so wie die Gewerbesteuer etwas gesenkt. In welchem Umfang ist noch unklar.

Den harten Wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs begründet Delors mit der Notwendigkeit, die französische Inflationsrate von zur Zeit tendenziell acht bis neun Prozent auf das Durchschnittsniveau der anderen westlichen Industriestaaten – um die fünf Prozent – herabzudrücken. Er schließt dabei aber eine progressive Freigabe der Industriegüterpreise nicht aus. Die bereits teilweise gelockerte behördliche Preisreglementierung bezeichnete Delors zwar als „etwas unrealistisch", aber als notwendig, um die tief verwurzelte Inflationsmentalität der Franzosen zu überwinden.

Außenwirtschaftlich hat sich Delors zum Ziel gesetzt, das Leistungsbilanzdefizit in diesem Jahr zu überwinden und ab 1985 Überschüsse zu erzielen, die 1986 zur vollen Abdeckung der Zins- und Tilgungszahlen der französischen Auslandsschuld von derzeit 53 Milliarden Dollar ausreichten. Deren Höhe veranschlagte Delors auf jährlich 50 bis 60 Milliarden Franc. Schon 1985 sollen neue Auslandskredite nur noch zur Finanzierung der Zinsen aufgenommen werden.

Bremen: Höchster Nachkriegs-Umsatz

W. WESSENDORF, Bremen

Das sehr zufriedenstellende Börsenjahr 1983 brachte der Bremer Wertpapierbörse den höchsten Umsatz der Nachkriegsgeschichte, eine Renaissance des Aktienmarktes und die Wiederentdeckung des Kapitalmarktes für neue Emittenten sowie eine augenfällige Bestätigung als Kapitalmarkt des nordwestdeutschen Wirtschaftsgebietes. Das sagte Präsident Manfred Schröder zur Jahresschlußbörse. Der Aktienumsatz legte um 170 Prozent zu, der Rentenumsatz ging um 15 Prozent zurück. Der Anteil des Aktienumsatzes am Gesamtumsatz lag bei 45 Pro-

Es bestehe Zuversicht, kündigte Schröder an, daß die EG und die Europäische Investitionsbank künftig *auch den Bremer Kapitalmarkt* berücksichtigten. Außerdem sehe es der Börsenvorstand als Aufgabe, den Zugang für mittelständische Unternehmen unbedingt zu erleichtern. Dafür seien angemessene Eingangsvoraussetzungen zu schaffen, die allerdings ohne Einschränkung dem Anlegerschutz und der Sicherheit des Wertpapiergeschäfts gerecht werden müßten.

BOPHUTHATSWANA / Zahlreiche Bodenschätze bilden ein solides wirtschaftliches Fundament

Im Schatten Südafrikas auf unabhängigem Kurs

G. BRÜGGEMANN, Mmabotho

Die weltweite Verfemung der Republik *Südafrika*, angeblich ersonnen, um die Apartheid-Politik Pretorias zu bekämpfen, trifft Gerechte und Ungerechte. Sie straft auch jene mit Mißachtung und schließt sie von internationalen Organisationen und Finanzquellen aus, die sich wie Bophuthatswana von der Politik der „getrennten Entwicklung" des Buren-Staates gelöst haben.

Bophuthatswana, ein ehemaliges Homeland, ist seit Dezember 1977 unabhängig und dennoch nirgendwo in der Welt – mit Ausnahme Südafrikas – anerkannt. Dabei verfügt das Land eigentlich über alles, was einen unabhängigen Staat ausmacht: ein Staatsgebiet, ein Volk und eine Regierung, eine demokratische Regierung überdies. Es gibt eine kleine Armee, Polizei, Steuern, versteht sich, eine *Flagge* und *sogar eine Nationalhymne*. Die wirtschaftliche Basis des Landes ist vergleichsweise *solide, die Finanzen erscheinen* geordnet. Das ist mehr, als sich von einer ganzen Reihe anderer afrikanischer Staaten sagen läßt.

Staatspräsident Lucas Mangope, ein eindrucksvoller Mann von 59 Jahren, sieht solche internationale Behandlung seines Landes jedoch gelassen: „Wir könnten unsere Anerkennung wohl sehr schnell erreichen, wenn wir Sozialisten wären. Aber lieber will ich noch lange in diesem Zustand leben, als daß ich meine Überzeugung aufgäbe", sagt der ehemalige Lehrer, der 1982 nach einem überwältigenden Wahlsieg für sieben Jahre in seinem Amt bestätigt wurde.

Die inoffiziellen Beziehungen zu den schwarzafrikanischen Nachbarn scheinen gut zu sein, und mit weiter entfernten Ländern besteht eine entwicklungsfähige wirtschaftliche Zusammenarbeit, so mit Spanien, Italien, Israel und der Bundesrepublik. In einigen westeuropäischen Ländern gibt es Repräsentanzen. In der Bundesrepublik wird diese Aufgabe von dem Bremer Kaufmann Karsten-Uwe Köpke wahrgenommen, dessen Firma geschäftliche Interessen in Bophuthatswana hat.

Die Entwicklung Bophuthatswanas von einem Homeland, einem Produkt südafrikanischer Rassentrennungspolitik, zu einem unabhängigen Staat hat Geburtsfehler hinterlassen. Einer davon ist die Zersplitterung des Staatsgebietes von insgesamt reichlich vier Millionen Hektar in sieben Stücke, die zum Teil mehrere hundert Kilometer durch südafrikanisches Gebiet getrennt voneinander entfernt sind. Die Land-Konsolidierung ist deshalb eines der wichtigsten Ziele der Außenpolitik. Einige zehntausend Hektar hat Bophuthatswana schon dazugewonnen.

Mangope weiß aber, daß er mit weiteren schnellen Erfolgen nicht rechnen kann. „Wir werden Südafrika ständig drängen", sagt er. Er setzt dabei auf Verhandlungen, „denn ich verabscheue Gewalt und betrachte sie als sinnlos". Auch wenn Bophuthatswana seine Existenz südafrikanischer Rassenpolitik verdankt, so hat die Entscheidung für die Unabhängigkeit nichts mit einer Billigung *dieser Politik zu tun*. „Wir hassen die Apartheid", erklärt Mangope mit Nachdruck. „Unsere Option für die Unabhängigkeit war unsere einzige Chance, in Würde und Freiheit zu leben."

Kein ausgehaltener Staat

Natürlich bleibt Bophuthatswana in mancherlei Weise auf Südafrika angewiesen. Die beiden Länder haben eine gemeinsame Grenze von 2800 Kilometern, und von den 2,5 Millionen Bophuthatswanern leben und arbeiten 1,2 Millionen in Südafrika, auch wenn eine Vielzahl von ihnen Pendler sind. Aber ganz gewiß ist das ehemalige Homeland kein ausgehaltener Staat. Mangope und sein weißer Finanzminister Lesley Young erklären übereinstimmend, Südafrikas Anteil am Haushalt des Landes in Höhe von 660 Millionen Rand betrage fünf Prozent. Und selbst wenn es, wie unterderhand zu hören ist, ein paar Prozent mehr sein sollten, so ist der Etat immer noch deutlich besser strukturiert als in den meisten anderen Ländern der Dritten Welt.

Tatsächlich sind die wirtschaftlichen Bedingungen in dem jungen afrikanischen Land sehr viel günstiger als in den meisten anderen Entwicklungsländern. Zu der ökonomischen Aktiva zählen bedeutende Bodenschätze, die von einer funktionie*renden Minen-Industrie* ausgebeutet werden. So kommen allein 30 Prozent der Weltproduktion von Platin *aus Bophuthatswana*. Rückgrat der Wirtschaft ist jedoch die Landwirtschaft, in der gut die Hälfte der Bevölkerung beschäftigt ist.

Die Regierung hat bisher den Fehler vieler Entwicklungsländer vermieden, *durch umfangreiche und* prestigeträchtige Industrialisierungsprojekte die Wirtschaft zu überfordern. Sie setzt auf den Vorrang der Landwirtschaft und entwickelt daneben mittelständische Betriebe, in denen jährlich *3000 bis 4000 Arbeits*plätze entstehen. Mehr wäre gar nicht sinnvoll, denn wie in den meisten *vergleichbaren Ländern fehlen aus*gebildete Kräfte. Unter südafrikanischer Herrschaft hatten die Swanas keine Möglichkeit, fachlich ausgebildet zu werden. Weiße aus Südafrika und Zimbabwe, aber auch aus England und der Bundesrepublik schließen die Lücken.

Diese weißen Mitbürger will Präsident Mangope zugleich als Symbol der neuen nichtrassistischen Gesellschaft Bophuthatswanas verstanden wissen. Als eine der ersten Maßnahmen nach Erringung der Unabhängigkeit wurde Südafrikas Apartheid beseitigt und die Gleichberechtigung der Rassen in Verfassungsrang erhoben. Bisher scheint das Modell erfolgreich zu funktionieren. Im Kabinett sitzen drei weiße Minister, die Richter am Obersten Geichtshof sind gleichfalls Weiße, und auch der Ombudsmann, an den sich jeder Bürger des Landes wenden kann, der sich in seinen Rechten beeinträchtigt fühlt. Aber auch viele Weiße, die das Land fluchtartig verlassen hatten, als es unabhängig wurde, sind inzwischen zurückgekehrt.

Die Hauptstadt des Landes, Mmabotho (Mutter des Volkes), entsteht gerade auf der grünen Wiese – oder genauer auf der braunen Steppe. Sie zeigt gleichfalls beispielhaft, daß in Bophuthatswana manches anders ist als in anderen Entwicklungsländern. Soweit bisher an den Regierungsgebäuden sichtbar, wird auf Pomp weitgehend verzichtet. Das Repräsentative, wo es denn unvermeidlich zu sein scheint, ist immer funktional begründbar. Das Arbeitszimmer des Präsidenten wäre gewiß manchem Vorstandsmitglied einer europäischen Aktiengesellschaft zu bescheiden. Und die Automobile der Minister *stammen* zwar aus Mitteleuropa, gehören aber durchweg eher zur mittleren Leistungsklasse.

Anhänger der Marktwirtschaft

Das Investitionsklima ist gut, Kapital kann beliebig transferiert werden, und Präsident Mangope ist ein bedingungsloser Anhänger der Marktwirtschaft, „weil sie das einzige System ist, in dem der einzelne wirklich eine Chance hat, die Früchte seiner Arbeit auch zu ernten".

Zu einer bedeutenden Finanzierungsquelle des Staatshaushalts hat sich in den letzten Jahren der Tourismus entwickelt. Neben einem schönen Wildpark werden vor allem wohlhabende Südafrikaner von einer Spielstadt namens Sun-City angelockt, die nur etwas mehr als zwei Autostunden von *Pretoria und* Johannesburg entfernt liegt. Spielernaturen, die es in Südafrika offenbar in großen Mengen gibt, wo eine puritanische Gesetzgebung das Spielen verbietet, finden in Sun-City ein *ebenso reichhaltiges wie trostloses* Angebot zum Geldverlieren.

Präsident Mangope fühlt sich bei dem Gedanken an Sun-City nicht übermäßig wohl, denn persönlich hält er, wie er sagt, nichts vom Spielen. Aber er beruhigt sich bei dem Gedanken, daß dort gut 3000 neue Arbeitsplätze entstanden sind und zugleich viele Millionen Rand für den Staatssäckel verdient werden. Wenig Verständnis freilich finden die Spieleinrichtungen in bestimmten Kreisen Südafrikas. „Ich bekomme viele Briefe von Pfarrern aus Südafrika, die sich gegen das Spielen wenden", erzählt Mangope. „Ich antworte Ihnen dann, sie sollten bei ihren Gemeindemitgliedern gegen das Spielen predigen, nicht bei mir."

AUTO-INDUSTRIE / Sehr gutes Jahr für Detroit

Rezession wurde überwunden

rtr, Detroit

Die Automobilindustrie in den USA hat 1983 ihr bestes Jahr seit 1979 erlebt. Es wurden insgesamt 6,795 Millionen neue Pkw verkauft – 18 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Branchenbeobachter gehen davon aus, daß das abgeschlossene Jahr nicht nur von den Verkaufszahlen her ein gutes Jahr für General Motors, Ford Motor, Chrysler und American Motors war. Auch vom Ergebnis her dürfte sich 1983 als äußerst erfolgreiches Jahr erweisen.

Allgemein wird erwartet, daß die Auto-Konzerne, wenn sie im Februar ihre Geschäftsberichte vorlegen, zusammen einen Reingewinn von rund sechs Milliarden Dollar ausweisen werden. Die Aufwärtsentwicklung sei damit aber noch nicht abgeschlossen. Im laufenden Jahr dürfte die *Branche einen Reingewinn von rund* 7,5 Milliarden Dollar einfahren, nachdem sie noch 1980 einen Verlust von rund vier Milliarden Dollar hatte ausweisen müssen und es bis 1982 lediglich General Motors gelungen war, einen Gewinn zu erwirtschaften.

Die Perspektiven für Amerikas Auto-Bauer werden von den Beobachtern auch deshalb günstig eingeschätzt, weil das Durchschnittsalter der Pkw auf den Straßen auf mittlerweile sieben Jahre gegenüber 5½ *Jahren zu Beginn der siebziger Jahre* gestiegen ist. Damit muß ein erhöhter Ersatzbedarf befriedigt werden.

Im einzelnen verkauften *General* Motors mit 4 053 561 (Vorjahr 3 515 660) Wagen 15,3 Prozent, Ford mit 1 571 321 (1 345 693) 16,9 Prozent, Chrysler mit 841 622 (691 703) 22 Prozent und American Motors mit 193 351 (112 433) 72 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Für General Motors, den weltweit größten Automobilhersteller überhaupt, stellt dieses Verkaufsergebnis den Beobachtern zufolge das beste seit 1980 dar. Für Ford und Chrysler sei 1983 sogar das beste seit 1979 gewesen, und für die zu 46,4 Prozent zum französischen Staatskonzern Regie Nationale des Usines Renault gehörende American Motors stellt es sogar das beste seit 1975 dar. Erfolgreich sei 1983 aber auch für den Neuling am nordamerikanischen Markt, die Honda of America, gewesen. Die Tochter des japanischen Honda-Konzerns habe in ihrem ersten Produktionsjahr in den USA 50 402 Wagen verkauft.

Im krassen Gegensatz dazu steht den Beobachtern zufolge die Entwicklung bei der amerikanischen Tochter des Volkswagen-Konzerns. VW of America verkaufte 1983 nur noch 85 045 nach 91 166 Wagen und damit 6,7 Prozent weniger als im Vorjahr aus ihrer US-Produktion. Allerdings sei gegen Jahresende eine Verbesserung der Situation festzustellen gewesen. *Im Dezember konnte VW* of America im Vergleich zum entsprechenden Monat des letzten Jahres *eine leichte Absatzsteigerung um 3,5* Prozent auf 2935 (2836) Wagen verzeichnen.

Besser als die Erzeugnisse aus eigener Fertigung brachte die US-Tcochter von VW dagegen die unter ihrer Regie in den USA angebotenen Audi- und Porsche-Modelle an den Mann. Im Gesamtjahr 1983 verkaufte sie 21 831 (14 406) Porsche und damit 51,3 Prozent mehr als 1982. An Audi-Modellen wurden 47 936 (45 954) Fahrzeuge verkauft. Das waren 4,3 Prozent mehr als im Vorjahr.

USA / Präsident Reagan soll Steuern erhöhen

Feldstein gegen Defizite

H.-A. SIEBERT, Washington

Martin Feldstein, beurlaubter Professor der Harvard-Universität und Vorsitzender des wirtschaftlichen Beraterstabes im Weißen Haus, gibt seinen Kampf gegen Amerikas Rekordhaushaltsdefizite nicht auf. In einem internen Memorandum, das der „Washington Post" zugespielt worden ist, hat er Präsident Reagan vorgeschlagen, die Steuern um 50 Milliarden Dollar zu erhöhen. Dies soll nach drei Jahren wieder abgeschafft werden. Eine solche *Maßnahme* schaffe Vertrauen an den Finanzmärkten und bei den Investoren, heißt es in dem Papier.

Es sei zu risikoreich, mit der Lösung des amerikanischen Defizitproblems bis 1985, also nach der Wahl, zu warten, fährt Feldstein fort. Ohne Korrekturen auf der Einnahmenseite sei mit einer Abschwächung der US-Konjunktur zu rechnen. Als mögliche Quellen nennt Feldstein einen Zuschlag auf die Einkommensteuer und eine Anhebung der Energiesteuern. „Ich weiß, daß Sie besorgt darüber sind, daß höhere Abgaben die Anreize schwächen und die Erholung gefährden könnten. Aber der Schaden, den andauernde Defizite verursachen, ist größer", schreibt Reagans Chefökonom.

Laut Feldstein verschwinden Amerikas Defizite, die im Finanzjahr 1985 wieder an 200 Milliarden Dollar heranreichen werden, nur im Zuge einer groß angelegten Steuerreform mit Schwergewicht auf einer neuen Bundesumsatz- oder sogar Mehrwertsteuer. Die Aussichten, daß der Kongreß im Wahljahr die Ausgabenaxt schwingt, schätzt Feldstein gering ein. Neue Kürzungen in Höhe von 8,4 Milliarden Dollar in den Bereichen Gesundheit, Wohlfahrt und Erziehung lehnten die Demokraten, die im Repräsentantenhaus die Mehrheit haben, schon ab.

PRIVATISIERUNG / Erlösverwendung ungeklärt

FDP legt Grundsätze vor

HEINZ HECK, Bonn

Die Verwendung der aus der Privatisierung von Bundesvermögen zu erwartenden Erlöse ist in der Bonner Koalition nach wie vor umstritten. Die FDP hat jetzt eine mittlere Position bezogen. Der Bundestagsabgeordnete Wurbs, zugleich Bundesschatzmeister seiner Partei, empfahl, die freiwerdenden Mittel „zur Haushaltskonsolidierung, zur Förderung neuer Existenzen und zur Finanzierung notwendiger öffentlicher Investitionen" einzusetzen. Während Finanzminister Stoltenberg (CDU) durchgesetzt hat, daß der Veba-Erlös allein zur Rückführung der Neuverschuldung des Bundes verwandt wird, gibt es starke Kräfte in seiner Partei, die mit diesen Geldern Mittelstands- und Existenzgründungsprogramme finanzieren wollen.

Wurbs hat dem Finanzminister folgende Grundsätze zur Beachtung empfohlen:

- Aus privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen sollte sich der Bund *im Einklang mit der Situation* auf dem Kapitalmarkt vollständig zurückziehen – wenn kein wichtiges Interesse dem entgegensteht.
- Soweit wichtige, beispielsweise energiepolitische Interessen bestehen, sollte geprüft werden, ob diese nicht auch mit Beteiligungen bis hinunter *zu 26 Prozent gewahrt werden* können (etwa Lufthansa oder Salzgitter).
- *Eine „passive Privatisierung" soll*te zum Regelfall werden, der Bund also bei seinen Beteiligungsunternehmen keine Kapitalerhöhungen mehr mitmachen.
- Neue Beteiligungen zur Stützung *notleidend gewordener Privatunter*nehmen müßten „in der Regel ausgeschlossen werden".
- *Nicht börsennotierte Unterneh*men (etwa Reisebüros und Tankstellen) sollten mittelständischen Unter*nehmen oder neuen Existenzen zur* Übernahme angeboten werden.
- Teile des Sondervermögens soll*ten veräußert werden.*
- Auch sollte der Bund seinen Wohnungsbestand durch Verkauf an die Mieter abbauen.

Holland steigert Blumen-Export

SAD, Den Haag

Der Export von Blumen und Pflanzen aus den Niederlanden hat sich 1983 gegenüber dem Vorjahr um 10,4 Prozent auf einen Gesamtwert von 2,8 Mrd. Gulden (2,5 Mrd. DM) erhöht. An der Spitze der Abnehmer rangieren weiterhin mit großem Abstand die Deutschen. Sie importierten im vergangenen Jahr Blumen und Pflanzen im Wert von 1,4 Mrd. DM aus Holland, womit das Ergebnis von 1982 um 6 Prozent übertroffen wurde.

Zweitwichtigstes Exportland für die niederländischen Blumenzüchter ist Frankreich, wohin im vergangenen Jahr Waren im Werte von 310 Mill. Gulden geliefert wurden. Das entspricht einer Steigerungsrate um 7 Prozent. Bei den Ausfuhren nach Großbritannien, der Schweiz, Italien, Österreich und Belgien wurden sogar zweistellige Steigerungsraten erzielt. Ein besonders entwicklungsfähiger Markt für holländische Blumen und Pflanzen entsteht in den USA. Das Exportergebnis dorthin lag 1983 mit 119 Mill. Gulden um 66 Prozent über dem von 1982.

Am gesamten Export waren nach den vom niederländischen Fachverband veröffentlichten Zahlen Blumen mit 2,0 Mrd. und Pflanzen mit 0,8 Mrd. Gulden beteiligt. Für Pflanzen bedeutet das eine Steigerung von 13,7 und für Blumen von 9 Prozent.

Sorgen bereitet Hollands Züchtern das von Großbritannien verhängte Einfuhrverbot für Chrysanthemen. Die offizielle Begründung, *diese Blu*mensorte sei im Hauptanbaugebiet Aalsmeer von der Krankheit „Japanischer Rost" befallen, wird dort energisch bestritten. Man vermutet, daß die Briten unter einem Vorwand die eigenen Züchter vor unerwünschter Konkurrenz schützen wollen.

Budget-Forderungen der Gewerkschaften

WILHELM FURLER, London

Der Dachverband der britischen Ge*werkschaftsorganisation TUC hat* die Regierung Thatcher aufgefordert, im kommenden Haushalt für das Finanzjahr 1984/85 zusätzliche Mittel für die sozial schwachen Bevölkerungsgruppen zur Verfügung zu stellen. Die in diesem Zusammenhang vom TUC unterbreiteten Vorschläge sind, verglichen mit den Milliarden-Forderungen vergangener Jahre, relativ bescheiden. So ist der Gewerkschafts-Dachverband der Ansicht, daß den vier *schwächsten Bevölkerungsgruppen* – Arbeitslose, Rentner, alleinstehende Frauen mit Kindern und die sehr niedrigen Einkommensschichten – zusätzlich 3,2 Milliarden Pfund (12,6 Milliarden Mark) in Form verbesserter Sozialleistungen zufließen sollten.

Im einzelnen sieht das TUC-Programm folgendes vor: volle Indexierung der Arbeitslosenhilfen an die Lebenshaltungskosten und zusätzliche Verbesserungen für die Langzeit-Arbeitslosen, eine Anhebung der Steuer-Eintrittsschwelle um sechs Prozent über die Inflationsrate hinaus, Rücknahme der Kürzungen bei Haus- und Wohnungsbeihilfen, Erhöhung der Renten um etwa 25 Prozent, Anhebung und Steuerbefreiung des Kindergeldes.

Die vom TUC unterbreiteten Vorschläge bestätigten den Eindruck der letzten Monate, daß der Gewerkschaftsverband zunehmend um einen *realistischen* Dialog mit der Regierung Thatcher bemüht ist. In den letzten Jahren hatte der TUC vor Bekanntgabe des Frühjahrs-Budgets durch den Schatzkanzler ein komplettes, meist unannehmbares Alternativ-Programm im Rahmen einer Jahres-Wirtschaftsbeurteilung vorgelegt.

RENTENMARKT / Investoren halten sich zurück

Warten auf steigende Zinsen

Am Rentenmarkt ist das Börsenfeuerwerk zum Jahresbeginn spurlos vorübergegangen. Er *fristet im* Schatten der Aktienbörse ein Mauerblümchendasein. Aus Zins- und Tilgungs*gutschriften zum großen Kuponter*min stehen zwar Milliarden zur Wiederanlage zur Verfügung; aber die Investoren sehen keinen Grund zum raschen Handeln. Ein Teil der Gelder speist die Hausse an der Aktienbörse, wo nach allgemeiner Auffassung größere Chancen winken als am Rentenmarkt. Rentenanlagen werden nur *zögernd vorgenommen. Viele Dispo*nenten wollen offensichtlich noch etwas höhere Zinsen abwarten, die bei *einem Anhalten der Dollarhausse* nicht ausgeschlossen werden. Auslandsinteresse ist ebenfalls kaum zu registrieren. *Man rechnet mit einem* Wiederaufleben von Auslandskäufen erst bei einer D-Mark-Befestigung.

(cd.)

Emissionen	6.1. 84	23.12. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,88	7,92	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,74	7,83	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,83	8,00	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,33	8,32	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,88	7,99	7,86	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,61	7,75	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,31	8,38	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,88	7,99	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,01	8,15	8,45	10,32	8,32

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Bauunternehmung W. Linkens GmbH, Würselen-Bardenberg; **Ahrensburg:** Comet Lebensmittelhandelsges. mbH, Reinbek; **Euskirchen:** Nachl. d. Wilhelm Breuer; **Hildesheim:** C. Hempelmann GmbH i. L.; **Koblenz:** Ursula Spartmann, Gaststätte „Jägerstube", Urbar; Heinz Vohl, Bäckermeister, Frechen; **Montabaur:** Maria Margaretha Eulberg; Niedersayn; **Neustadt/Wstr.:** a) Fa. Mohr & Federhafn AG, b) IBAG – Vertrieb GmbH; **Saarbrükken:** Nachl. d. Jürgen Wegener, Schafbrücke; **Schwelm:** Gustav Saure KG, Ennepetal-Voerde; **Trier:** Spezialbau Lieser GmbH; **Wolfsburg:** Nachl. d. Holger Jörg Pilz.

Vergleich beantragt: Dortmund: European Airfilter Group Deutschland GmbH.

Vergleich eröffnet: Weiden i. d. Opf.: Maschinenfabrik Hamm AG & Co. KG i. L., Tirschenreuth.



Sind Sie dabei?
ET mit Zeit- und Datumsangabe im Display.
Elektronische Schreibmaschine mit ausbaubarem Speicher: ET.
In aller Welt schreibt man auf ETs von Olivetti.
Dann gehören Sie zu den über eine Million glücklichen Besitzern einer elektronischen Schreibmaschine von Olivetti.
Schon 1978 präsentierte Olivetti die erste elektronische Schreibmaschine der Welt. Der Vorsprung wurde gehalten und jetzt ausgebaut mit den vollelektronischen, professionellen Modellen ET 111 und ET 115. Sie sind leistungsstark, besonders schön und erstaunlich preiswert.
Die neue vollelektronische ET, einmalig im Design.
Von Schreibmaschine zu Schreibmaschine: Teletex auch nach USA.
ET mit Bildschirm und Speicher, auch nachträglich anschließbar.
Olivetti hat das komplette Angebot: von der elektronischen Kofferschreibmaschine über die Bildschirm- und die Speicherschreibmaschine mit Teletex bis zum Textsystem.
Olivetti Schreibmaschinen sind seit jeher Vorbild für funktionales und schönes Design, denn es soll Spaß machen mit diesen Maschinen täglich zu arbeiten.
Die neue ET mit Display, vollelektronisch, professionell.
Die ET mit externem Speicher (Disketten).
Für Journalisten, Texter, Schriftsteller ..., die Kompakte.
Schicken Sie uns den Coupon. Sie erhalten von uns eine Olivetti-Plakat-Reproduktion in DIN A 4 aus dem Jahre 1935 und zusätzlich Informationsmaterial, falls Sie noch nicht dabei sind.
An die Deutsche Olivetti DTS GmbH
Postfach 71 01 25, 6000 Frankfurt am Main 71
ET/01.4-Welt
Name:
Firma:
Straße:
PLZ/Ort:
☐ Ich bin dabei und schreibe auf einer Olivetti, Typ......................
☐ Ich bin noch nicht dabei.
olivetti
Europas größter Büromaschinen- und Informatik-Konzern.

Der Kanzler bei den Ringern . . .

DW. Schifferstadt

Favorit KSV Aalen gewann den ersten Finalkampf der deutschen Mannschaftsmeisterschaft im Ringen beim VfK Schifferstadt mit 21:15. Bundestrainer Heinz Ostermann zum Niveau der Kämpfe: „Einen besseren Finalkampf habe ich noch nicht gesehen." Unter den Zuschauern Bundeskanzler Helmut Kohl.

*

Der Bundeskanzler bei den Ringern in Schifferstadt! Ein normaler Vorgang? Gewiß. Und doch auch ein außergewöhnliches Ereignis, selbst wenn man berücksichtigt, daß Helmut Kohls Haus im nur zehn Kilometer entfernten Ludwigshafen-Oggersheim steht und daß der gewichtige Mann kein Fremder in Schifferstadt und am Mattenrand der Pfälzer Ringer ist.

Es ist schon etwas Besonderes, wenn, erstmals beim Ringen, ein Kanzler ohne großen Bahnhof ankommt, sich unter das Sportvolk mischt, auf jede Rede verzichtet, nur die beiden Staffeln und die Schiedsrichter begrüßt und genau zwei Stunden und fünf Minuten hervorragende Ringkämpfe auf höchster Vereinsebene erlebt. Als Helmut Kohl zu beiden Mannschaften auf die Matte ging, drückte er zwei deutschen Meistern, sechs Olympiakandidaten, drei türkischen Gastarbeitern, zwei Söhnen italienischer Einwanderer, einem Volksdeutschen aus der Sowjetunion und einem vor der Einbürgerung stehenden Polen die Hand. Wie gut hätte eine solche Geste, man muß laut denken, seinem für den Sport zuständigen Innenminister Friedrich Zimmermann zum Auftakt des Olympiajahres 1984 angestanden. Zimmermann hat sich beim Deutschen Sportbund bisher immer entschuldigen lassen.

Kohls Auftritt in Schifferstadt hatte eine besondere Qualität, und sie paßt in das sportliche wie sportpolitische Bild dieses Mannes: sportlich, weil Schifferstadt fünfmal Deutscher Meister war und zum zehnten Mal im Finale steht; sportpolitisch, weil Kohl den Vereinen Schifferstadt und Aalen als den herausragenden Trägern der 18-Millionen-Bewegung Deutscher Sport-Bund die Reverenz erwies. In diese Linie paßt auch der nunmehr auf den 29. Februar terminierte Kanzler-Besuch im Fechter-Leistungszentrum von Emil Beck in Tauberbischofsheim.

K. A. SCHERER

WINTERSPORT / Irene Epple führt wieder im Weltcup – Großer deutscher Erfolg in der Nordischen Kombination

Damen stark Herren schwach

Mit einem Debakel für die Herren und großen Erfolgen für die Damen endeten die alpinen Weltcup-Rennen im Laax und Puy St. Vincent für das deutsche Team. Bester deutscher Abfahrer in Laax (Sieger: Räber/Schweiz) war Peter Dürr (Germering) als 32. Dürr: „Wir haben alles versucht, aber ich finde einfach keinen Anschluß." Auf der schweren Piste von Laax stürzten der österreichische Olympiasieger Leonhard Stock und – bereits im Training – der Kanadier Todd Brooker. Beide zogen sich starke Prellungen zu.

Bei den Damen-Rennen in Puy St. Vincent überraschte die 18jährige Münchnerin Marina Kiehl. In der Abfahrt (Siegerin: Sorensen/Kanada) wurde sie Fünfte, im Super-Riesenslalom (Siegerin: Graham/Kanada) belegte sie den sechsten Platz. Irene Epple schaffte den siebenten und den vierten Rang. Die 25jährige Allgäuerin belegte in der Kombinationswertung Platz zwei und übernahm die Führung im Gesamt-Weltcup mit 147 Punkten vor der Schweizerin Erika Hess (135).

Für die olympischen Winterspiele in Sarajevo haben sich bereits fünf deutsche Rennläuferinnen qualifiziert: Irene Epple, Maria Epple, Marina Kiehl, Heidi Wiesler und Regina Mösenlechner.



Im Alter von 30 Jahren noch immer Weltspitze: Franz Klammer aus Österreich bei seinem kraftvollen Lauf im Weltcup-Rennen von Laax. Klammer, schon 1976 Olympiasieger, belegte den zweiten Platz. FOTO: DPA

Marina Kiehl: „Das hat sich so entwickelt"
Urs Räber: Gedanken, präzise wie seine Rennen

Eine Stunde lang hatten ihn die Journalisten nach seinem Abfahrtssieg in Laax gesucht. Urs Räber, der 25 Jahre alte Schweizer, hatte sich wieder einmal vom Team abgesondert, um sich statt dessen mit seinen Freunden aus dem Dorf Wilderswil im Berner Oberland zu treffen. Unter ihnen fühlt sich der in dieser Saison bisher weltbeste Abfahrtsspezialist wohl. Dem Frage- und Antwortspiel der Reporter geht er lieber aus dem Weg. Und wenn es sich gar nicht mehr vermeiden läßt, wie am Samstag in Laax, dann gibt er allenfalls zwei, drei Antworten, die es lohnen, notiert zu werden. „Bei meinem Sieg in Gröden", sagte Räber, „war ich am Start viel sicherer. In Laax fehlte mir dafür die Trainingsbestzeit. Trotzdem habe ich gewonnen – sonderbar."

Vor fünf Jahren hatte der Hoteliersohn Räber in Laax sein Debüt in der Schweizer Nationalmannschaft gegeben. Im ersten Rennen war er nur neuntbester Schweizer. Danach degradierte ihn die Teamleitung zum Vorfahrer, also zu einem jener Fahrer, die die Piste vor dem Wettbewerb testen. Räber, nur 1,70 m groß, aber ungemein athletisch und als ehemaliger Turner überaus bewegungstalentiert, kämpfte daraufhin verbissen. Doch das brachte ihm bis zum vorigen Winter in der Schweizer Mannschaft lediglich den Spottnamen „Der kleine Grizzly" ein. Der Grund: Räber fuhr ähnlich wie der renommierte Österreicher Werner Grissmann (Spitzname: „Grizzly") jeweils im oberen Teil der Strecken hervorragende Zwischenzeiten, um danach aber zu versagen.

Warum das so war, weiß keiner, auch nicht Abfahrtstrainer Karl Frehsner. Denn Räber, der Grübler aus dem Berner Oberland, sprach nicht darüber. Und so, wie er heute nach außen kaum Freude über einen Sieg zeigt, so schimpfte er auch in der Vergangenheit nie über ein verpatztes Rennen. Mit autogenem Training hat er dann im Sommer 1982 begonnen, was sich sicherlich auszahlte. In zehn Weltcup-Rennen der Saison 1982/83 placierte sich Räber jeweils unter den ersten zehn, lediglich in St. Anton stürzte er. Siege gab es noch nicht, aber nach Abschluß der Saison immerhin den fünften Platz im Abfahrts-Weltcup und den 13. Rang in der Weltrangliste. Räber sagte dazu etwas, aber wie stets, nur wenig: „Ich hatte die Konstanz, aber mir fehlte der Glaube an den Sieg."

In diesem Winter hat er wohl beides, denn schließlich siegte er bereits in zwei Weltcup-Abfahrten, in Gröden und nun auch in Laax. Damit steht er in der neuen Weltrangliste dieses Jahres (gültig am 11. Januar) an der Spitze. Ob er sich deshalb als Olympia-Favorit für Sarajevo sehe, wurde er in Laax gefragt. Räbers kurze Antwort: „Ich werd' mich damit nicht belasten."

Auch mit Materialfragen will er sich nicht belasten, über die derzeit im Schweizer Team heftig diskutiert wird. Sein einst erfolgreicher Mannschaftskamerad Conradin Cathomen wird vom selben Ski-Hersteller wie er versorgt und gleitet dabei in diesem Winter von Mißerfolg zu Mißerfolg. In Laax warf Räber nach seinem Sieg nur einen kurzen Blick auf seine abgeschnallten Ski-Bretter. Dann sagte er: „Möglicherweise sind das die Ski, die ich schon im Dezember mal bei einem Sieg gefahren habe. Aber das interessiert mich nicht."

Trainer Karl Frehsner schätzt Räber mehr als Canthomen oder Peter Müller, nicht nur der Erfolge wegen. Frehsner sagt: „Räber ist ein harter Arbeiter, und er hat keinerlei Anlagen zum Starrummel. Seine Gedanken sind so präzise wie seine Rennen."



Vor Interviews drückt er sich lieber: Urs Räber FOTO: WIDLER

sid/K. Bl. Puy St. Vincent

Die Weltmeisterin, Gerry Sorensen aus Kanada, hatte gewonnen. Die Weltranglistenerste, die Schweizerin Maria Walliser, war Dritte geworden. So schien alles seine Richtigkeit bei der Damen-Weltcupabfahrt in Puy St. Vincent zu haben – oder doch nicht? Auf Platz fünf hatte sich Marina Kiehl geschoben, die 18 Jahre alte Münchnerin. Sie war damit sogar schneller als Irene Epple (siebenter Platz).

Daheim in München bei ihren Eltern und ihrem Bruder hat Marina Kiehl aber trotzdem nicht angerufen, „denn eine so große Überraschung", sagt ihr drei Jahre älterer Bruder Johannes, „ist das schließlich für uns auch wieder nicht". Er erläutert: „Marina hat sich immer ganz langsam und sorgfältig gesteigert: Erst waren es Placierungen um den 60. Rang, dann um den 40., schließlich um den 20, und nun kommen diese Erfolge."



In der Familie wird über ihre Erfolge nicht geredet: Marina Kiehl FOTO: BONGARTS

Was sicher stimmt, doch viele Rennläuferinnen kommen nie über die Schwelle der besten 15 hinaus. Marina Kiehl, nach ihrem fünften Platz in der Abfahrt am Samstag gestern obendrein auch Sechste im Super-Riesenslalom, hat damit den Sprung ins deutsche Olympia-Team für Sarajevo geschafft. Bundestrainer Willi Lesch erklärte diesen Aufstieg so: „Marina war im vorigen Winter im Training zwar stets sehr gut, doch im Rennen allzu nervös. Sie hatte wohl, ohne daß sie darüber sprach, Angst vor den großen Namen. Als sie aber sah, daß die fast gleichaltrige Michaela Gerg diese Scheu längst abgelegt hatte, sah sie, daß man sich nicht erst hinten anstellen mußte, um Erfolg zu haben."

Abfahrts-Weltmeisterin bei den Juniorinnen war die Münchnerin im letzten Winter bereits geworden, und damit schien der Weg für eine internationale Karriere im Weltcup geebnet zu sein. So verließ sie denn nach der mittleren Reife die Schule und verzichtete (vorerst) auf das Abitur, „um", wie ihr Bruder sagt, „fortan ganztägig als Rennläuferin tätig zu sein". Was im Haus des Chemie-Unternehmers Kiehl eine ganz und gar unübliche Karriere ist, denn schließlich braucht die Millionärstochter Marina nicht unbedingt den alpinen Rennsport als Trittleiter für den sozialen Aufstieg. Ihr Bruder sagt: „Was Marina tut, fällt etwas aus dem Rahmen."

Spricht man im Hause Kiehl über diesen Weg der Tochter? Ihr Bruder, der sie einst ebenso wie ihre Mutter zum Training begleitete, sagt: „Es gibt wichtigere Dinge als Ski-Rennen. Wir sehen uns Marinas Fahrten im Fernsehen nur dann an, wenn es wirklich nichts anderes zu tun gibt. Mein Vater hat dafür fast nie Zeit. Und wenn Marina von einem Rennen nach Hause kommt, dann sprechen wir kaum darüber. Wir sollten daheim nicht unbedingt auch noch über das reden, was draußen im Beruf geschieht. So hält es mein Vater, so hält es nun auch Marina."

Der Ski-Rennlauf bedeute ihr alles, hat Marina Kiehl in Puy St. Vincent einem Reporter in den Notizblock diktiert, was sicher auch damit zusammenhängt, daß sie seit ihrem dritten Lebensjahr auf Ski-Brettern steht und mit sechs Jahren ihr erstes Rennen bestritt. Mit 14 Jahren wurde sie in den bayerischen Landeskader aufgenommen. Schon damals hatte sie, die Millionärstochter, es schwer, Anschluß an ihre Teamkameradinnen, fast alles Mädchen vom Lande, zu finden. Und daheim? Da nimmt man es gelassen zur Kenntnis, daß sie mittlerweile wohl mehr Post und Anrufe bekommt als ihr Vater. Ihr Bruder: „Das hat sich so entwickelt."

Ein Jahr Pause nach Nierenriß, jetzt ist Müller Olympiafavorit

HANS ALT, Schonach

Der Sportwart des Deutschen Ski-Verbandes (DSV), Professor Friedrich Martin, strahlte über das ganze Gesicht, als er das gute Abschneiden seiner Schützlinge beim dritten Weltcup-Wettbewerb der Nordisch-Kombinierten beim Schwarzwald-Pokal in Schonach registrierte. Er war mit den Langlaufskiern an der 15-km-Strecke, um die DSV-Kombinierer, die in den vergangenen Jahren den ganz großen Erfolgen vergeblich nachgejagt waren, anzufeuern. Als er zurückkam, konnte er den 23 Jahre alten Sport- und Biologiestudenten Thomas Müller aus Oberstdorf in die Arme schließen. Er hatte die vollzählig versammelte Weltelite in der Nordischen Kombination besiegt.

Das Ergebnis ist eine kleine Sensation, mit einem solchen Abschneiden hatten nicht einmal die größten Optimisten im DSV gerechnet. Thomas Müller gewann diesen mit Aktiven aus 13 Verbänden besetzten Wettbewerb mit 432,640 Punkten vor dem Sieger des Springens, Geir Andersen (Norwegen), und dem Amerikaner Kerry Lynch.

Müller ließ viele prominente Athleten hinter sich. So den amtierenden Weltmeister Tom Sandberg (Norwegen), der 15. wurde. Oder Uwe Dotzauer („DDR"), der mit dem 16. Platz zufrieden sein mußte. Die „DDR"-Kombinierer, in den vergangenen Jahren stets als Sieger gefeiert, erlebten in Schonach einen Einbruch wie lange nicht mehr. Sie hatten ihre Rennski durchweg verwachst, und ihre Betreuer hatten Mühe, ihre Enttäuschung zu verbergen.

Anders dagegen die DSV-Kombinierer, die mit am besten präparierten Ski in das schwere 15-km-Rennen gingen. „Einen Platz unter den ersten fünf hatte ich mir ausgerechnet", sagte Thomas Müller völlig erschöpft am Ziel. Aber er wehrte alle voreiligen Gratulanten ab, solange noch andere Läufer auf der Strecke waren. Durch seine Leistung ist er plötzlich zu einem Medaillenanwärter für die Olympischen Winterspiele in Sarajevo geworden.

Der Lauftrainer des Deutschen Ski-Verbandes, Hartmut Döpp, sieht dieses Ergebnis noch gar nicht so gerne, denn er fürchtet, daß seine Schützlinge ihre Frühform bis Sarajevo nicht konservieren können. Hinter Müller belegte Hermann Weinbuch (Berchtesgaden) den vierten Platz, Hubert Schwarz (Oberaudorf) den sechsten Rang, und der deutsche Meister Dirk Kramer (Willingen) kam als 13. ebenfalls noch ins Spitzenfeld.

Den Grundstein für seinen Sieg in einem Wettbewerb, der mit mehr erstklassigen Athleten besetzt war als bei den Olympischen Spielen am Start sein werden, hatte Thomas Müller mit einem vierten Platz im Springen gelegt. Als er eine halbe Stunde vor dem Langlauf-Start seine schmalen Rennski ausprobierte, war er keineswegs sehr optimistisch. Er lief aber ausgezeichnet. Schon nach fünf Kilometern wurde für ihn die schnellste Zwischenzeit der 60 Starter gemeldet. Mit seiner Energieleistung setzte er sich mit einem Schlag an die Spitze der weltbesten Kombinierer und holte sich mit seinem Sieg auch den vierten Platz in der Weltcup-Gesamtwertung.

Der Oberstdorfer ist ein Typ, der sich nicht unterkriegen läßt. Im vorigen Jahr hatte er eine Pechsträhne. Der WM-Sechste von Oslo zog sich bei einem Sturz auf der Schanze in Reit im Winkl einen Nierenriß zu und mußte die gesamte Saison pausieren.

Trotzdem hielt er an seinen Olympia-Plänen fest, denn er versteht es, mit unerhofften Tiefs fertig zu werden. Vor fünf Jahren schien schon einmal fast das Ende seiner Karriere gekommen zu sein. Nach einem Lehrgang des DSV zerschmetterte er sich beim Rasenmähen im Garten der Eltern den Fußwurzelknochen. Durch zähes Training machte er aber schnell den Trainingsrückstand wett. 1981 holte er sich bei den Junioren-Weltmeisterschaften in Schonach die Bronzemedaille.

Die Nordische Kombination ist seit vielen Jahren eine deutsche Domäne. Nach Georg Thoma, Franz Keller und Urban Hettich gaben allerdings die Kombinierer aus der „DDR" den Ton an und stellten zuletzt mit Ulrich Wehling dreimal den Olympiasieger.

Den Junioren-Wettbewerb gewann Heiko Hunger aus der „DDR" (413,720) vor Tadeusz Bafia aus Polen (402,260) und dem Österreicher Klaus Sulzenbacher (374,420).

Zeller nur Zuschauer

sid, Budapest

Bundestrainer Erich Zeller wird bei den heute beginnenden Eiskunstlauf-Europameisterschaften in Budapest erstmals seit fast 30 Jahren nur Zuschauer sein. Nachdem sich Titelverteidiger Norbert Schramm (Oberstdorf) kurz vor dem Jahreswechsel von dem 62 Jahre alten Eislauflehrer getrennt hatte und zum Ehepaar Fassi übergewechselt war, verweigerte gestern auch die dreimalige Deutsche Meisterin Manuela Ruben (München) die weitere Zusammenarbeit. Offizielle Begründung in beiden Fällen: Der angegriffene Gesundheitszustand.

Vor Ort mußte Verbandspräsident Montag kapitulieren. „Ich kann keinen Läufer zwingen, mit einem bestimmten Trainer zu arbeiten", sagte er und stellte Manuela Ruben ein Ultimatum, einen neuen Betreuer zu benennen. Ihr erster Wunsch blieb dabei unerfüllt: Die aus Leipzig stammende Deutsch-Amerikanerin Christa Fassi lehnte eine Zusammenarbeit ab. Schließlich erklärten sich die beiden zum Team zählenden Trainer Fajfr und Jonas bereit, die Betreuung gemeinsam zu übernehmen. „Wir machen das im Interesse unserer Mannschaft", sagten sie – womit offenkundig wird, daß sie über Budapest hinaus keine weiteren Ambitionen in Sachen Manuela Ruben haben.

Rekordlauf von Scharf

dpa/sid, Assen/Inzell

Zum dritten Male nach 1982 und 1983 wurde Angela Stahnke („DDR") in Assen (Holland) Junioren-Weltmeisterin im Eisschnellauf. Den zweiten Platz belegte Galina Woilosjnikowa (UdSSR) vor der Nordkoreanerin Hwa Son Song. Für Anja Mischke und Petra Becker aus der Bundesrepublik reichte es nicht zu einem Platz unter den ersten 16.

Bei internationalen Rennen in Inzell verbesserte der 24jährige Münchner Wolfgang Scharf den deutschen Rekord über 3000 Meter um 57 Hundertstelsekunden auf 4:10,40 Minuten. Nur knapp verfehlten Sigrid Smuda und Monika Holzner die deutschen Rekorde über 3000 Meter und 500 Meter. Sigrid Smuda ging über 3000 Meter ohne Gegner an den Start und scheiterte in 4:38,83 Minuten nur um 13 Hundertstelsekunden an der Rekordmarke von Angelika Hassmann.

„Ich wäre noch schneller gewesen, wenn ich nicht in der Kurve einen Rhythmusfehler gemacht hätte", sagte die 29jährige Inzellerin nach dem 500-m-Rennen, bei dem sie in 41,66 Sekunden die von ihr gehaltene deutsche Rekordmarke nur um 22 Hundertstelsekunden verfehlt hatte. Die in Inzell erreichten 11,1 Sekunden über die ersten 100 Meter bedeuten für Monika Holzner Bestzeit.

GALOPP / Tumulte nach Fehlstart bei einem Rennen auf der Bahn von Neuss

Vier tote Pferde nach nur vier Veranstaltungen

KLAUS GÖNTZSCHE, Neuss

Ein für ungültig erklärtes Rennen, zwei tote Pferde: Das ist die traurige Bilanz der Galopprenn-Veranstaltung am Samstag in Neuss.

Weil das Geläuf durch den Dauerregen total aufgeweicht war, ließ sich die Startmaschine nicht dorthin transportieren, wo das erste Rennen gestartet werden sollte. Also wurde das Rennen nach alter Sitte mit einem einfachen Gummiband abgelassen. Damit begann das Verhängnis: Jeder Reiter wollte sich, wie das bei Starts dieser Art üblich ist, einen Vorteil verschaffen.

Der verantwortliche Funktionär, Jobst Spengemann aus Wesel, verlor in dem Durcheinander offensichtlich die Übersicht. Er entschloß sich viel zu spät und nur zögernd, seine rote Fehlstartflagge zu heben. Etwa 150 Meter entfernt stand der sogenannte Rückrufer, Klaus Nolte. Er ist ausgestattet mit einer weißen Flagge, mit der er den Jockeys den Fehlstart anzuzeigen hat. Nolte ließ sein Warnsignal gänzlich unten. Verständlich, denn ein Großteil der Reiter war bei ihm schon längst vorbei.

Rennkommentator Heinz-Josef Kammerinke schwieg zunächst, dann gab ihm die Rennleitung über Funk durch, es habe einen Fehlstart gegeben. Das verkündete er dem Publikum mehrfach. Ein Teil der verunsicherten Jockeys ritt weiter, allen voran Peter Remmert auf dem Favoriten Inachos, der das Ziel auch als Erster erreichte.

Es folgten die nach solch unklaren Situationen auf Rennbahnen üblichen Proteste des Publikums. Die Rennleitung beriet ausführlich und entschied, das Rennen nach der Ziffer 418 der Rennordnung für ungültig zu erklären, da es durch ein außergewöhnliches Ereignis erheblich beeinflußt worden sei. Obwohl mit Inachos der Favorit gewann und demzufolge die Mehrzahl der Wetter betroffen waren, wurde die Entscheidung ohne Mißfallenskundgebungen aufgenommen. Sämtliche Einsätze an den Totoschaltern wurden zurückgezahlt, keiner der Besitzer, Trainer und Reiter hat Anspruch auf einen der Rennpreise. Inachos' Trainer Josef Kappel aus Krefeld muß nun Pferdebesitzer Egon Wanke in Wien klarmachen, warum sein Pferd gewonnen hat und er trotzdem die Siegprämie von 3600 Mark nicht auf seinem Konto vorfinden wird. Eine Wiederholung des Rennens am gleichen Tag wurde von der Rennleitung abgelehnt.

Zuletzt mußte am 22. Januar 1983 in Dortmund das Heinz-Wewering-Rennen (Sieger: Nelusko) für ungültig erklärt werden. Auch damals hatte es Probleme am Start gegeben. Eine für solche Fälle abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung ersetzte dem Rennverein einen Teil der Verluste.

Bei dem Durcheinander am Start stürzte die Nachwuchsreiterin Carola Frobel (20). Es bestand Verdacht auf Beckenbruch, eine Röntgenaufnahme zeigte dann gottlob nur eine Prellung, schmerzhaft aber relativ harmlos.

Im gleichen Rennen brach der vierjährigen Stute Lady White ein Bein. Sie mußte eingeschläfert werden. Nach dem letzten Rennen wurde der Tierarzt erneut gebraucht. Beim achtjährigen Hengst Real stellte er den Tod durch akutes Herz-Kreislaufversagen fest. Der Hengst belegte im Rennen noch den dritten Platz. Auf dem Rückweg zum Absattelring begann er plötzlich zu torkeln, fiel auf die Sandbahn und war tot. Der Pferdeambulanzwagen hatte derweil die Bahn bereits verlassen. Er mußte von der Autobahn zurückgeholt werden. Reals Kadaver lag fast eine Stunde auf dem Geläuf, dann funktionierte die Seilwinde nicht. Erst mit Hilfe eines Treckers wurde das tote Pferd in den Schlachterwagen geschoben.

Vier tote Pferde an nur drei Renntagen – eine traurige Bilanz. Zuvor mußten bereits Badia (31. 12. in Neuss) und William Rex (1. Januar in Dortmund) eingeschläfert werden.

MOTORSPORT / Ickx gewann zweite Sonderprüfung bei der Wüstenrallye

BMW-Fahrer folgte Touristen – verirrt

sid, Chirfa/Niger

„Vom Sieg kann ich nicht einmal mehr träumen", sagt Vorjahressieger Jacky Ickx im Ziel der sechsten Etappe der Rallye Paris–Dakar in Chirfa/Niger. Der Belgier, durch einen Brand in der Elektrik seines Porsche am Donnerstag um drei Stunden aussichtslos zurückgeworfen, hat aber seinen Ehrgeiz nicht verloren. Auf dem 559 km langen Teilstück durch die wegen ihrer Sandstürme gefürchtete Tenere-Wüste im Länderdreieck von Niger, Libyen und Tschad gewannen Ickx und sein französischer Beifahrer Claude Brasseur ihre zweite Sonderprüfung in Folge.

Porsche dominiert auch im Gesamtklassement der Automobil-Wertung. Die Franzosen Rense Metge/Dominique Lemoyne liegen auf dem zweiten der 225 PS starken allradgetriebenen Wagen vom Typ 911 bereits mit 43:59 Minuten in Führung vor ihren Landsleuten Jean-Pierre Gabreau/Alain Babbay auf einem Range Rover. Und Sechste sind die Stuttgarter Porsche-Techniker Roland Kußmaul/Erich Lerner. Bei den Motorrädern führt der Franzose Serge Bacou auf Honda, da der bisherige Spitzenreiter Gaston Rahier, ein dreimaliger Motocross-Weltmeister aus Belgien, sich auf seiner Werks-BMW um 50 km verfuhr. Er folgte irrtümlich einem Touristenfahrzeug, verlor über 50 Minuten und fiel auf den fünften Rang zurück.

Nach dem ersten Drittel der noch bis zum 20. Januar dauernden Rallye ist das Teilnehmerfeld der ursprünglich 397 Starter bereits weit auseinandergezogen und dezimiert. Der in Monaco lebende Jochen Mass und sein amerikanischer Beifahrer Steve Perry liegen trotz der 300 PS ihres Mercedes 500 SLC, der auf eindrucksvollen, mondautoähnlichen Sandreifen rollt, mit rund drei Stunden Rückstand im Mittelfeld. Sein früherer französischer Formel-1-Kollege Jean-Pierre Jabouille, zusammen mit Chansonnier Michel Sardou in einem Lada unterwegs, liegt zwar noch auf Rang fünf, hat aber wegen eines technischen Defekts seinen Service-LKW verloren, der weiter hinten im Wettbewerb folgte. Aus dem gleichen Grund hatte der französische Astronaut Jean-Loup Chretien, der sich auf ein neuartiges Navigationssystem verlassen wollte, schon in Algier aufgegeben. Ohne technische Unterstützung mit den richtigen Ersatzteilen kann in der Wüste schon der kleinste Defekt zum Ausfall führen.

Obgleich schwere Unfälle, die zuletzt 1982 zu zwei Todesopfern geführt hatten, bisher ausblieben, mußten mehrere Fahrer, darunter der Co-Pilot des Engländers Vic Elford, Sieger der Rallye Monte Carlo 1968, mit dem Sanitätsflugzeug zurückgebracht werden.

Die Fahrer, denen nach dem Verlassen Algeriens wenigstens der unerwartet hohe Benzinpreis von knapp drei Mark erspart bleibt, starteten gestern erneut in die Tenere-Wüste. Das Etappenziel ist diesmal allerdings schon nach 238 km in Dirkou erreicht. Heute führt die Strecke weiter nach Agades.

SPORT-NACHRICHTEN

Ehrung für McEnroe

New York (sid) – Als „Tennisspieler des Jahres 1983" wurde der Amerikaner John McEnroe von der Spielergewerkschaft ATP ausgezeichnet. McEnroe gewann im vergangenen Jahr zum zweitenmal das Herreneinzel in Wimbledon und führte 23 Wochen lang die *allwöchentlich aktualisierte* Computer-Weltrangliste an.

Borg sagte Comeback ab

Monte Carlo (dpa/UPI) – Der schwedische Tennisspieler Björn Borg hat sein für das Turnier in Nizza (9.–15. April) geplantes Comeback abgesagt. Als Begründung führte er an, noch nicht in Form zu sein.

Wassberg und Zipfel

Rohrmoos/Östersund (sid/dpa) – Der 27jährige Peter Zipfel (Kirchzarten) gewann in Rohrmoos einen inoffiziellen 15-km-Testlauf in 42:15,4 Minuten. – In Östersund (Schweden) gewann der schwedische Weltmeister und Olympiasieger Thomas Wassberg (Schweden) ein Qualifikationsrennen im Skilanglauf über 30 km in 1:17:41 Stunden.

Benthaus verlängerte

Stuttgart (sid) – Helmut Benthaus, 48jähriger Trainer des Fußball-Bundesliga-Tabellenführers VfB Stuttgart, verlängerte am Freitag seinen Vertrag per Handschlag auf unbefristete Zeit.

Schwabing auf Platz drei

Singen (dpa) – Mit einem 26:19-Endspielsieg über Medvescak Zagreb (Jugoslawien) gewann die russische B-Nationalmannschaft in Singen das Neujahrs-Turnier des südbadischen Handball-Verbandes. Der Bundesligazweite MTSV Schwabing wurde Dritter des mit acht Mannschaften besetzten Turniers. Ohne Sieg blieb die Junioren-Mannschaft Chinas.

Wunderlich fährt mit

Düsseldorf (sid) – Sepp Wunderlich wird endgültig mit der deutschen Handball-Nationalmannschaft zum World-Cup-Turnier nach Schweden (17.–22. Januar) reisen. Bundestrainer Simon Schobel hatte zunächst erwogen, den beim FC Barcelona spielenden Wunderlich wegen Formschwäche nicht zu nominieren, muß jetzt aber wegen personeller Schwierigkeiten auf den Rückraumspieler zurückgreifen.

Gerber verlor im Finale

Tokio (sid) – Der Rüsselsheimer Eugen Gerber belegte bei einem international stark besetzten Judo-Turnier in Tokio den zweiten Platz in der Klasse bis 95 kg. Im Finale unterlag er dem Japaner Hitoshi Sugia.

Sieg für Peter Angerer

Falun/Ruhpolding (sid/dpa) – In Abwesenheit der deutschen Mannschaft, die aus Kostengründen auf einen Start verzichtete, gewannen der Norweger Odd Lirhus über 20 km und der Sowjetrusse Sergei Buligin über 10 km die Wettbewerbe beim ersten Weltcup-Biathlon im schwedischen Falun. – Vizeweltmeister Peter Angerer (Hammer) holte sich in Ruhpolding die Bayerische Biathlon-Meisterschaft über 10 km, während Fritz Fischer (Ruhpolding) Meister über 20 km wurde.

Jülich im Halbfinale

Jülich (sid) – Durch einen 5:0-Sieg über Bronshoj BK Kopenhagen erreichte der deutsche Pokalsieger TTC Jülich das Halbfinale des Tischtennis-Europapokals. Die Spiele gegen Stockholm oder Budapest sollen am 18. Januar ausgetragen werden. Jülich bemüht sich wegen Terminschwierigkeiten um eine Verlegung auf den 25. Januar.

Sechs Audis vorn

Freistadt (sid) – Mit einem totalen Triumph für Audi endete in Freistadt/Oberösterreich die Jänner-Rallye. Sechs Quattros belegten die ersten sechs Plätze bei diesem ersten Lauf zur Rallye-Europameisterschaft. Es siegten die Österreicher Franz Wittmann/Kurt Nestinger vor Björn Waldegaard/Franz Wurz (Schweden/Österreich) und dem Schweden Per Eklund.

HANDBALL

Kiel: Nur das Geld stimmte

dpa, Kiel

Der VfL Gummersbach scheint erneut der einzige Klub der Bundesrepublik Deutschland zu sein, der im Handball-Europapokal erfolgreich bestehen kann. Während er nach dem 24:14-Sieg über Kolbotin Oslo das Halbfinale des Landesmeister-Wettbewerbs wahrscheinlich erreichen wird, steht der THW Kiel vor dem Aus. Im Hinspiel des Viertelfinales unterlag er in der ausverkauften Ostseehalle dem zweifachen jugoslawischen Meister Metaloplastica Sabac mit 20:22.

Einziger Lichtblick für den THW war die Einnahme von rund 110 000 Mark. Ergebnis und Spielverlauf dagegen eröffneten düstere Aussichten für das Rückspiel am kommenden Samstag. „Wir haben uns in erster Linie selbst geschlagen", kommentierte Trainer Gunnarson das ängstlich-zerfahrene Spiel seiner Mannschaft.

HALLENFUSSBALL

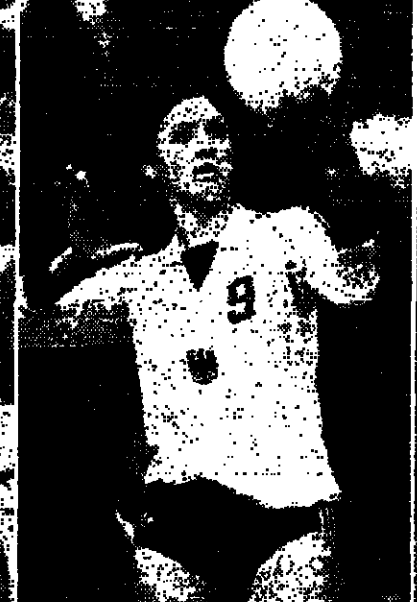
Stuttgart nur Dritter

sid, Frankfurt

Der Zuschauerboom beim Hallen-Fußball hält weiter an. Begeisterte Zuschauer in Stuttgart (8000), Köln (7000) und Karlsruhe (18 000) sorgten dafür, daß die Veranstalter auf ihre Kosten kamen.

In der Stuttgarter Hanns-Martin Schleyer-Halle gewann die ungarische Nationalmannschaft das Finale mit 6:2 über Dynamo Zagreb. Bundesliga-Tabellenführer VfB Stuttgart wurde nur Dritter. Karlsruhe siegte bei seiner eigenen Veranstaltung nach Elfmeterschießen gegen Racing Straßburg. KSC-Präsident Roland Schmider konnte einen Gewinn von 70 000 Mark verbuchen.

In Köln erreichte der Pokalfinalist Fortuna Köln das Endspiel. Doch der Zweitligaklub unterlag dem Bundesligaklub Bayer 04 Leverkusen mit 3:5. Enttäuscht waren die Zuschauer vom 1. FC Köln, der nur Dritter wurde.


16 000 Zuschauer beim Damen-Volleyball

Mehr als 16 000 Zuschauer kamen zum Bremer Volleyball-Turnier der Damen. Angesichts der Leistungen der Weltklassespielerinnen sagte der deutsche Verbandspräsident Roland Mader: „Eine bessere Werbung für Volleyball kann ich mir nicht vorstellen." Daß das nicht nur für die sportlichen Leistungen gilt, sondern auch für das Aussehen der besten Spielerinnen, zeigen unsere Fotos von Teresa Santamaria aus Kuba, der deutschen Spielführerin Marina Staden und Lan Hianu vom Weltmeister China (von links). Die deutsche Mannschaft, die um den Anschluß an die Weltspitze kämpft, belegte den fünften Platz vor den Niederlanden. Im letzten Spiel unterlag sie Südkorea 0:3. In dieser Begegnung wurde deutlich, daß der Kräfteverschleiß für die deutschen Damen nach ihren guten Spielen gegen Weltmeister China, den WM-Dritten aus den USA und den Fünften aus Kuba doch zu groß war. Stellspielerin Renate Riek vom SV Lohhof hatte einen schwarzen Tag erwischt, so daß auch die Hauptangreiferin Terry Place-Brandel vom gleichen Verein nicht so recht zum Zuge kam. Bundestrainer Andrzej Niemczyk kommentierte die Niederlage gegen Südkorea so: „Wir hatten uns heute zuviel vorgenommen und deshalb nie unsere Form der Vortage erreicht."

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Offenburg – Bayern München 1:1, Schalke – Leverkusen 1:0, Uerdingen – Duisburg 3:4, Tennis Borussia Berlin – Frankfurt 1:2, Bamberg – Nürnberg 2:5, Leimbach – Darmstadt 1:2, Toulon – Hamburg 1:1.

EISHOCKEY

Bundesliga, 33. Spieltag: Rießersee – Mannheim 3:1, Freiburg – Schwenningen 4:1, Kaufbeuren – Rosenheim 7:4, Düsseldorf – Köln 2:5.

HANDBALL

Europacup, Viertelfinal-Hinspiele, Landesmeister, Herren: Kiel – Metaloplastika Sabac 20:22, Gummersbach – Kolbotin II/Norwegen 24:14. – Bundesliga, Herren, 14. Spieltag: Hüttenberg – Reinickendorf 21:21. Bundesliga, Damen, 8. Spieltag, Gruppe Nord: Minden – Eilbeck 12:11, Herzhorn – Stemmer 14:12. Gruppe Süd: Frankfurt – Guts Muths Berlin 24:14, Malsch – Auerbach 16:13, Sindelfingen – Nürnberg 18:12.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, 7. Spieltag, Gruppe Nord: Leverkusen – Gladbach 7:5, *Berlin – Hannover 8:8,* Celle – Braunschweig 10:13. – Gruppe Süd: München – Dürkheim 14:12, Stuttgart – Frankenthal 10:12. – Bundesliga, Damen, 8. Spieltag, Gruppe Nord: Raffelberg – BW Köln 2:2, Klipper Hamburg – UHC Hamburg 9:7. – Gruppe Süd: Frankfurt – Stuttgart 16:5.

TISCHTENNIS

Europacup der Landesmeister, Herren, Viertelfinale: Jülich – Bronshoj BK/Dänemark 5:0. – Bundesliga, Herren, 10. Spieltag: Heusenstamm – Jülich 2:9, Reutlingen – Herbornseelbach 9:2, Düsseldorf – Bremen 9:2, Saarbrücken – Bad Hamm 9:3, Altena – Grenzau 4:9. – Bundesliga, Damen, 10. Spieltag: Kleve – Donauwörth 7:9, Kronshagen – Frankfurt 9:5.

TENNIS

12. WCT-Doppel-Weltmeisterschaft in London, Halbfinale: Jarryd/Simonsson (Schweden) – Edmondson/Stewart (Australien/USA) 6:4, 7:6, 5:7, 7:6, Slozil/Smid (CSSR) – Fleming/Buehning (USA) 6:7, 7:5, 6:3, 6:4. – Einladungsturnier in Rosemont, Halbfinale: Gomez (Ecuador) – Lendl (CSSR) 3:6, 7:5, 7:6, Connors (USA) – Fibak (Polen) 6:7, 6:1, 6:3. – Damenturnier in Washington, Halbfinale: Mandlikova – Sukova (beide CSSR) 6:1, 7:6, Garrison – Casale (beide USA) 6:0, 5:7, 6:2.

VOLLEYBALL

Internationales Turnier der Damen in Bremen: Deutschland – USA 0:3, Deutschland – China 0:3. – Bundesliga, Herren, Nachholspiel: Leverkusen – Hamburg 0:3.

GALOPP

Rennen in Neuss: 1. R.: annulliert, 2. R.: Badenser (A. Schütz), 2. Mowgli, 3. Resteboy, Toto: 140/34, 30, 38, ZW: 856, DW: 23 992, 3. R.: 1. Taxina (Frl. B. Weingärtner), 2. Marsano, 3. Admiral Blake, Toto: 68/14, 18, 13, ZW: 440, DW: 1476, 4. R.: 1. Banjo (P. Bocskai), 2. Amicus, 3. Loreley, Toto: 116/38, 13, 34, ZW: 516, DW: 5980, 5. R.: 1. Airstarter (O. Schick), 2. Santa Anita, 3. Perlkönig, Toto: 56/19, 30, 13, ZW: 560, DW: 3108, 6. R.: 1. Olario (P. Schiergen), 2. Weinbrand, 3. Kronanwalt, Toto: 20/12, 19, 26, ZW: 84, DW: 792, 7. R.: Overa (Fr. V. Furler), 2. Twistgirl, 3. Placido Domingo, Toto: 104/21, 18, 20, ZW: 572, DW: 3320, 8. R.: 1. Kaiserfels (O. Schick), 2. Pfalzlauf, 3. Real, Toto: 284/66, 17, 34, ZW: 1652, DW: 10 900.

SKI NORDISCH

Nordische Kombination in Schonach: 1. Andersen (Norwegen) 228,5 Punkte, 2. Schmieder („DDR") 219,3, 3. Schwarz 214,2, 4. Müller 213,6, 5. Weinbuch (alle Deutschland) 206,8, 6. Proswirnin (UdSSR) 206,3, ... 13. Wucher 196,5, 14. Kramer 194,8, ... 34. Abel 169,1, ... 40. Pellhammer (alle Deutschland) 159,3.

Biathlon-Weltcuprennen in Falun: 20 km: 1. Lirhus (Norwegen) 1:01:52,8, 2. Mougel (Frankreich) 1:04:16,0, 3. Piipponen (Finnland) 1:04:23,2, 4. Kaschkarow (UdSSR) 1:04:32,4, 5. Wasiliew (UdSSR) 1:04:32,8, 6. Matous (CSSR) 1:04:46,1.

EISSCHNELLAUF

Internationale Rennen in Inzell, Herren, 1000 Meter: 1. Widjakin 1:17,53, 2. Schilenko (beide UdSSR) 1:18,11, 3. Niittylae (Finnland) 1:18,45, 4. Widow (UdSSR) 1:18,48, 5. Jenei (Rumänien) 1:18,54, 6. Moberg (Schweden) 1:19,09, 7. Semler (Deutschland) 1:19,17. – Damen, 1000 Meter: 1. M. Hassmann (Deutschland) 1:26,86, 2. Peretti (Italien) 1:27,28, 3. Rykowa (UdSSR) 1:27,42, 4. A. Hassmann 1:30,00, 5. Weyer 1:31,73, 6. Nötzel (alle Deutschland) 1:31,78. – Damen, 500 Meter: 1. Holzner (Deutschland) 41,66, 2. Peretti 42,34, 3. Rykowa 42,52, 4. Smuda 43,11, 5. M. Hassmann 43,24, 6. A. Hassmann 45,32, 7. Schmauß (alle Deutschland) 46,27. – Herren, 500 Meter: 1. Schilenko 38,50, 2. Widow (beide UdSSR) 38,84, 3. Jenei (Rumänien) 38,85, 4. Widjakin 38,91, 5. Antipow (beide UdSSR) 39,05, 6. Michon (Frankreich) 39,22, ... 8. Semler 39,33, ... 10. Scharf 39,73, ... 17. Baltes (alle Deutschland) 40,84.

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt der Herren in Laax: 1. Räber (Schweiz) 1:56,75, 2. Klammer (Österreich) 1:56,86, 3. Mair (Italien) 1:57,30, 4. Wirnsberger (Österreich) 1:57,42, 5. Heinzer (Schweiz) 1:57,50, 6. Resch (Österreich) 1:57,52, 7. Kernen 1:57,53, 8. Lüscher 1:57,55, 9. Meli (alle Schweiz) 1:57,73, 10. Weirather 1:57,78, 11. Pfaffenbichler 1:57,86, 12. Flaschberger (alle Österreich) 1:57,87, 13. Cathomen (Schweiz) 1:58,12, 14. Höflehner (Österreich) 1:58,13, 15. Spardellotto (Italien) 1:58,17 ... 32. Dürr 1:59,72, 33. Renoth 1:59,74, 34. Wildgruber (alle Deutschland) 1:59,75.

Weltcup-Abfahrt der Damen in Puy St. Vincent: 1. Sorensen (Kanada) 1:40,44, 2. Vitzthum (Österreich) 1:41,82, 3. Walliser (Schweiz) 1:42,02, 4. Eder (Österreich) 1:42,05, 5. Kiehl (Deutschland) 1:42,21, 6. Wenzel (Liechtenstein) 1:42,24, 7. I. Epple (Deutschland) 1:42,29, 8. Sölkner (Österreich) 1:42,62, 9. Figini (Schweiz) 1:42,66, 10. Gantnerova (CSSR) 1:42,86, 11. Kirchler (Österreich) 1:43,03, 12. Wiesler (Deutschland) 1:43,05, 13. Graham (Kanada) 1:43,07, 14. Charvatova (CSSR) 1:43,17, 15. Marcich (USA) 1:43,31 ... 22. Mösenlechner 1:44,06, ... 25. Gerg 1:44,27, 31. Dedler 1:44,49 ... 35. Stotz (alle Deutschland) 1:45,01.

Zweiter Weltcup-Superriesenslalom der Damen in Puy St. Vincent: 1. Graham (Kanada) 1:15,73, 2. Figini (Schweiz) 1:15,98, 3. Armstrong (USA) 1:16,21, 4. I. Epple (Deutschland) 1:16,26, 5. Sorensen (Kanada) 1:16,34, 6. Kiehl (Deutschland) 1:16,40, 7. Wenzel (Liechtenstein) 1:16,51, 8. Charvatova (CSSR) 1:16,56, 9. Haight (Kanada) 1:16,64, 10. Emonet (Frankreich) 1:16,76, 11. Chaud (Frankreich) 1:16,81, 12. Quittet (Frankreich) 1:16,89, 13. Örtli (Schweiz) 1:17,06, 14. Cooper (USA) 1:17,07, 15. Mösenlechner (Deutschland) 1:17,12, 16. Sölkner (Österreich) 1:17,30 ... 21. Gerg (Deutschland) 1:17,42.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 6, 19, 22, 40, 41, 46, Zusatzzahl: 33. – Spiel 77: 1 6 8 1 7 8 8.

(Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Harte Strafe für FC Gütersloh

Verurteilter Graul: „Das hat man davon, wenn man ehrlich ist"

BERND LINNHOFF, Kamen

Das Urteil ist gesprochen, das letzte Wort kann und darf es nicht gewesen sein. Wegen Verstoßes gegen die Amateurbestimmungen des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) wird der Oberligaklub FC Gütersloh zur Saison 1984/85 in die Verbandsliga zurückgestuft. Die noch ausstehenden Spiele in dieser Saison gelten als Pflichtspiele ohne Wertung, also praktisch als Freundschaftsspiele. Damit dürften die Zweitliga-Anstrengungen des Tabellenführers der Oberliga Westfalen hinfällig geworden sein.

Der FC Gütersloh sowie seine für drei Jahre gesperrten und zu Geldstrafen verurteilten Spieler Volker Graul (15 000 Mark) und Roland Peitsch (5000) wurden für Vergehen bestraft, wie sie im oberen Amateurbereich des DFB nur in der Höhe selten, im Prinzip jedoch häufig vorkommen. Erstmals aber lagen Beweise vor.

Die Spruchkammer des Fußball- und Leichtathletik-Verbandes Westfalen (FLVW) konnte sich auf das Urteil des Oberlandesgerichtes (OLG) Hamm vom 20. Oktober 1983 berufen. Graul (31) und Peitsch (34) hatten den früheren Gütersloher Mäzen Heinrich Steinkamp mit Erfolg auf Nachzahlungen in Höhe von je 85 000 Mark netto verklagt. Steinkamp, ein Geschenkartikel-Fabrikant (Jahresumsatz 50 Millionen Mark), war nur zum Teil seinen in Privatverträgen festgehaltenen Verpflichtungen nachgekommen, Graul von 1981 bis 1983 15 000 Mark netto, von 1983 bis 1985 8000 Mark netto monatlich zu zahlen. Der Vertrag von Peitsch lautete über 65 000 Mark pro Saison. Trotzig hat Roland Peitsch, früherer Bundesliga-Profi von Arminia Bielefeld, nach dem Urteil der Spruchkammer angekündigt: „Der DFB bekommt von mir kein Geld. Wenn ich wirklich zahlen muß, dann nur an eine wohltätige Organisation."

Mit den harten Strafen sollte ein Exempel statuiert werden, soviel wurde in der achtstündigen Verhandlung in der Sportschule Kaiserau klar. Dazu mußte der seit Jahren vergebliche Versuch unternommen werden, den Begriff „Amateur" zu definieren. Im Paragraph 5a der DFB-Satzung heißt es: „Amateur im Fußballsport ist ein Spieler, der das Fußballspiel ohne vertragliche Bindung betreibt." Im Paragraph 15 Absatz 1 der Spielordnung steht: „Amateurspieler unterliegen den allgemeinen anerkannten Grundsätzen des Amateursports."

Ein „allgemein anerkannter Grundsatz des Amateursports", so der Spruchkammer-Vorsitzende Dietmar Pheiffer (Siegen) in der Urteilsbegründung, sei eben „das Spielen ohne vertragliche Bindung". In diesem Zusammenhang, so Pheiffer weiter, sei es vollkommen unerheblich, ob die vertraglichen Bindungen an einen Verein oder an einen Privatmann bestünden. Der Paragraph 5 sei von „ausgebufften Volljuristen des DFB" bewußt so formuliert worden, weil *die Existenz von Mäzenen bekannt* war. Wenn eine vertragliche Bindung jedoch, wie nun festgestellt wurde, den allgemeinen Grundsätzen des Amateursports widerspricht, wie sind dann die Olympia-Amateure des DFB (Dieter Schatzschneider, Bernd Franke, Dieter Bast) einzuordnen, die diesen Grundsätzen ebenfalls unterliegen?

Jetzt, so scheint es, ist der Deutsche Fußball-Bund gefordert. Selbst der ehemalige DFB-Bundesrichter Rückert, der an der Formulierung der gültigen Satzung beteiligt war, fordert inzwischen die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Amateur und Profi (Lizenzspieler). Die Spruchkammer Westfalen hat mit ihrem Urteil versucht, den Sport so zu erhalten, wie es die Satzungen vorsehen. Doch die Satzung ist nicht mehr zeitgemäß.

Mit dem Urteil von Kaiserau wurde die „Nettoliga" festgeschrieben. Wer derzeit als „Amateur" seine Entlohnung dem Finanzamt bekanntgibt, läuft Gefahr, bei Bekanntwerden der Summen vor der Spruchkammer zu landen und gesperrt zu werden. Volker Graul: „Das hat man nun davon, wenn man ehrlich sein und keine Steuerhinterziehung begehen will." Der Grundsatz lautet deshalb stärker denn je: nur nicht erwischen lassen. Spieler sind durch zahlungsunwillige Mäzene erpreßbar geworden: Wenn du vor dem Zivilgericht klagst, wirst du vom Sportgericht gesperrt.

Die Spruchkammer glaubte nicht dem Gütersloher Vorsitzenden Schils, der die detaillierte Kenntnis der Spielerverträge mit Steinkamp bestritt, sondern dem Zeugen Schichtl. Rechtsanwalt Schichtl aber vertritt Steinkamp im zivilen Rechtsstreit gegen Graul und Peitsch. Schichtl hat inzwischen Revision eingelegt gegen das Hammer OLG-Urteil und leitete das Sportgerichtsverfahren ein mit dem Ziel, für seinen Mandanten Steinkamp im Zivilverfahren über 170 000 Mark einzusparen. Denn nun können Graul und Peitsch die Gegenleistung, nämlich Fußballspielen, für ihre Bezahlung nicht mehr erbringen.

Während die Sperre für die Spieler sofort wirksam wird, hat der FC Gütersloh mit seiner sofortigen Berufung die Rechtskraft des Spruchkammer-Urteils zunächst ausgesetzt. Bis zur Revisionsverhandlung vor dem Verbandsgericht des Westdeutschen Fußball-Verbandes spielt die Mannschaft nun im luftleeren Raum. Niemand weiß, ob gewonnenen Punkte zum Saisonende auch wirklich zählen werden. Der Verein kann doppelt bestraft werden, wenn Graul und Peitsch aus dem Klub und damit aus dem Verband austreten. Dann kann sie keiner zur Zahlung der Geldstrafen zwingen, der FC Gütersloh muß haften.

Sollte der Westdeutsche Fußball-Verband, dessen Urteil Rechtswirksamkeit erlangen kann, eine Revision zulassen, wäre das Bundesgericht des DFB die letzte Instanz. (dpa)

Wie ARD und ZDF aus Sarajevo berichten werden

Ein teurer Fernseh-Spaß

Zwischen dem 8. und 19. Februar werden in insgesamt 120 Stunden Eishockey und Skirennen, Bobrasen und Eiskunstlauf, Skispringen und Rodeln die deutschen Bildschirme beherrschen. ARD und ZDF berichten täglich rund zehn Stunden lang von den XIV. Olympischen Winterspielen in Sarajevo, von 8.50 Uhr bis *Mitternacht. Wo 1914 die Ermordung* des österreichischen Erzherzogs Franz Ferdinand den Ersten Weltkrieg auslöste, werden jetzt sportliche Schlachten an Steilhängen und Schanzen, auf Eisbahnen und Loipen über drei Richtfunkverbindungen zum Lerchenberg auf den Weg geschickt. In Mainz schalten dann ARD- und ZDF-Leute von Wettbewerb zu Wettbewerb und liefern den Millionen deutscher Sportfans das Interessanteste live in die gute Stube.

An einzelnen Tagen können die Fernsehzuschauer sogar neun Stunden live dabeisein; anderes wird aus Konserven nachgereicht. ARD und ZDF haben sich auf eine alternierende Berichterstattung geeinigt. In dem sportfreien Kanal sollen all jene, die sich nichts aus fliegenden Skispringern, prügelnden Hockeyspielern, tanzenden Eisläufern und schwitzenden Loipenstars machen, laut Versprechungen der Fernseh-Bosse ein echtes Kontrastprogramm finden.

Die ARD beginnt ihre Berichterstattung mit einer Auftaktsendung am 6. Februar, das ZDF meldet sich mit einer Vorschau am 8. Februar aus Sarajevo. Die Eröffnungsfeier am 8. Februar wird vom ZDF, die Schlußfeier am 19. Februar von der ARD übertragen. Beide Anstalten bieten neben der Direktübertragung jeden Abend zusammenfassende Berichte. Harry Valérien und Eberhard Stanjek informieren dabei aus dem Olympiastudio in Sarajevo und unterhalten sich mit Studiogästen über die Wettbewerbe des Tages. Beim ZDF sind diese Sendungen in der Regel nach den „heute"-Nachrichten um 19.30 Uhr, bei der ARD zwischen 19 und 19.50 bzw. 20.15 bis 21 Uhr. Die interessantesten Eishockey-Spiele und Wettbewerbe im Eiskunstlaufen sind im Abendprogramm zumeist live zu sehen.

Um den Erwartungen der Fernsehzuschauer gerecht werden zu können, schicken die deutschen Fernsehanstalten starke Teams nach Jugoslawien. Beim ZDF führt Chefredakteur Reinhard Appel die Mannschaft, Uly Wolters ist Programmchef; bei der ARD steht Wolf Feller an der Spitze, Eberhard Stanjek fungiert als Programmchef. Die ARD kommt hierbei ohne weibliche Mitarbeiter aus, beim ZDF dagegen berichtet Dagmar Höferova als Reporterin aus Sarajevo und Magdalena Müller gehört zum heimatlichen Moderatoren-Team. Beide Kanäle verzichten auch bei der Olympiade in Jugoslawien nicht auf ihre Veteranen: Bei der ARD ist Gerd Mehl vom Südwestfunk ein weiteres Mal dabei, beim ZDF macht Bruno Morawetz – „Wo ist Jochen Behle?" – wieder mit.

In einem Interview plauderte ZDF-Programmchef Uly Wolters Internes der Fernsehaufbereitung des Mammut-Spektakels aus. „Das jugoslawische Fernsehen hat 20 Übertragungswagen, 92 feste und 25 transportable Kameras, 26 Aufzeichnungsmaschinen und 220 Mikrophone. Über die drei Übertragungswege gehen Bild und Ton ins ARD/ZDF-Heimatstudio. Somit sind beide Systeme in der Lage, ihr olympisches Sendeprogramm nach eigenen Bedürfnissen zusammenzustellen. Für Berichte außerhalb des Sportprogramms, beispielsweise Beobachtungen in der Stadt oder Geschehnisse am Rande, die die jugoslawischen Kollegen mit ihren elektronischen Kameras nicht einfangen können, wird das ZDF mit zwei eigenen Teams arbeiten. In einem mit der ARD gemeinsam benutzten Produktionsraum stehen drei Ein-Zoll-MAZ-Maschinen sowie zwei Plätze zur Bearbeitung des Materials zur Verfügung."

Über die Kosten der Olympia-Berichterstattung war man weder bei der ARD noch beim ZDF auskunftsfreudig. Immerhin sickerte durch, daß die Summe mit annähernd sechs Millionen Mark 75 Prozent jenes Betrages erreicht, den ARD und ZDF zusammen im ganzen Jahr an die Fußball-Bundesligaklubs bezahlen müssen. Auf jeden Fall werden die XIV. Olympischen Winterspiele von Sarajevo ein teurer Spaß: Sechs Millionen Mark gehen drauf, raus kommen möglicherweise nur ein paar Silber- und Bronzemedaillen. Die Goldenen gehen mit großer Wahrscheinlichkeit massenweise an die „DDR" und UdSSR, wo der finanzielle Aufwand für die Fernsehübertragungen kaum die Hälfte des bundesdeutschen Betrags erreicht.

WALTER H. RUEB

KRITIK

Das Humane blieb am Leben

Die eigentliche Silversterveranstaltung im Fernsehen fand bei uns nicht am 31. Dezember statt, sondern am 7. Januar abends zwischen achteinhalb und zehneinhalb: **Menschen '83** (*ZDF*).

Frank Elstner hatte dazu interessante Menschen aus dem Alltag geladen, die über ihr Glück oder Unglück berichteten, dazwischen setzte er Vertreter des Unterhaltungsgewerbes von Fröbe bis Nannen, von Nowottny bis Landgrebe. Für jeden fand er die kompetente und allzeit unböse Frage. Selbst bei der härteren Gangart in der Befragung des journalistisch verunglückten Stern-Chefs Henri Nannen blieb jede Häme fern, und auch im Insistieren ließ Elstner den Menschen gelten, bei sich wie bei seinem Partner.

Denn in einem unterschied sich diese muntere Misch-Sendung von manchen Veranstaltungen dieser Art: Elstner nahm den Titel „Menschen" wörtlich. So blieb denn selbst zwischen den Klippen der politischen Satire das Humane am Leben.

Elstner ließ Udo Lindenberg ausgiebig leben und agieren, setzte indes den erstaunlichen Showman Jack White dagegen, so daß die Korrekturtaste im Zuschauerhirn zu surren begann. Weiter: Eine Zeitlang schien es, das Kind Tina laufe allen anderen Gästen den Rang ab, und Elstner spielte mit der Kleinen, daß seiner Ernennung zum Schwiegersohn der Nation nichts mehr im Wege steht. (Tina, man erinnert sich, war vom Hochhaus gestürzt, landete aber wohlbehalten in den Armen ihrer Schwester). Was für eine Chance für den Moderator, auf das volkstümlichste Tränen zu vergießen! Elstner vergoß nicht, er spielte. So wie er der Familie, die ihren Gewinn von fast einer halben Million wieder abgeben mußte, nicht Trost zusprach wie ein geübter Reverend, sondern – ja sondern was? Das ist Elstners Geheimnis, daß er nirgendwo falsche Gefühle erweckt, zeigt, steigert oder gar ins Schaumeister-Lyrik umsetzt.

Auch das Problem, mit mindestens fünf Siebzigjährigen fertig zu werden, löste er auf seine Weise. Er ließ die Alte-Herren-Runde palavern, ließ den braven Bayern Lembke seine Aphorismen in den Äther nuscheln, ließ Gert Fröbe aus der Stille des Tages ausbrechen, nur bei Werner Höfer, dem er zum Schluß des späten Frühschoppens das Wort zum letzten Prosit erteilte, drang er nicht durch: Höfer sprach und sprach, bis ihm eine mildtätige Technik den Ton fortnahm. Doch er blieb noch stumm mit zuckenden Lippen auf dem Bildschirm – wie ein nicht abgeholter Weihnachtskarpfen. Schade, er hatte bestimmt etwas Kluges, auf alle Fälle etwas klug Vorbereitetes zu sagen.

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Im Wettbewerb um den Adolf-*Grimme-Preis, der als bedeutendste* deutsche Fernsehauszeichnung gilt, geht es in diesem Jahr erstmals auch um einen **Sonderpreis für Live-Sendungen.** Der Deutsche Volkshochschulverband (DVV) als Veranstalter der Konkurrenz nennt die Ausschreibung ein „Experiment". Wie das Marler Adolf-Grimme-Institut mitteilte, soll der Sonderpreis eine Sendung auszeichnen, die „insgesamt das Fernsehen auf der Höhe seiner Möglichkeiten zur lebendigen, interessanten Benachrichtigung aller zeigt". Dazu gehöre unter anderem aktuelle, bewegliche und kompetente Reaktion auf Ereignisse und Entwicklungen, die Risiken und Tücken einer Live-Sendung ausdrücklich suche und meistere – „gegen die Überraschungsimmunität" eines vorproduzierten Programms. Das Live-Angebot soll aber auch „die Schutzzone falsch verstandener Ausgewogenheit bewußt" verlassen.

*

Die Ungarin Maria Riboldi, der österreichische Sänger Peter Minich und der deutsche Showstar Marlene Charell unternehmen am 29. Januar (20.15 Uhr) einen Streifzug durch europäische Operetten-Karneval-Hochburgen. Die große Gala **„Karneval der Operette"** wird live aus der Sporthalle in Böblingen übertragen und zugunsten des Aussätzigenhilfswerks veranstaltet. Bei der Koproduktion von ZDF, ORF, dem ungarischen Fernsehen und dem WDR-Hörfunk wirken auch René Kollo, Melanie Holliday, Edith Hanke, die Gonsbachlerchen, Dagmar Koller und Waltraut Haas mit. (dpa)

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.05 Noch einmal mit Gefühl
US-Spielfilm (1959)
12.00 Tagebuch
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.30 Programmvorschau
15.10 Schulfernsehen
16.00 Tagesschau
16.10 Montagsgeschichten
Von Herbert Asmodi
Nachtprobe / Harte Hand und weiches Herz / Ein Mann ist kein Kanarienvogel / Ein schwerer Fall
17.20 Die Besucher
2. Teil: Stufen in die Vergangenheit
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Welt der Vicki Baum
Die Goldenen Schuhe
Letzter Teil der TV-Serie
von Helmut Pigge
Die Handlung knüpft an Katjas Rückerinnerung in der 4. Folge an.
21.15 Kontraste
Thema: Nach dem Scheitern der Abrüstungsverhandlungen in Genf: Kommt der Ost-West-Dialog wieder in Gang?
Filmbeiträge und ein Gespräch mit dem Staatssekretär im Bundesaußenministerium, Dr. Andreas *Meyer-Landrut*
21.45 Walter Sedlmayrs Fernsehillustrierte
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nachtstudio
Ein Herbstnachmittag
Japanischer Spielfilm, 1962
Regie: Yasujiro Ozu
Yasujiro Ozu hat in seinem letzten Film seine klassischen Motive noch einmal eindringlich gebündelt: die Unterschiede der Generationen, die Trennung vom Elternhaus, die Einsamkeit des Alters. Darüber hinaus vermittelt er hier in präzisen Momentaufnahmen ein eindrucksvolles Bild vom sozialen und atmosphärischen Wandel im Japan der Nachkriegszeit.
00.50 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Erbrecht
2. Folge: Eine feine Familie (Wh. v. 82)
Gesetzliches Erbrecht der Verwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Vagabund
Die Abenteuer eines Schäferhundes
Wo ist Eileen?
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
zu Gast: Winfried Stark und seine Original Steigerwälder
17.50 Die Straßen von San Francisco
ein Netz aus Lügen
Teil 1
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.25 Die Straßen von San Francisco
Ein Netz aus Lügen
Teil 2
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Carolinenglück
Aus dem Ruhrgebiet berichtet Bernd Wiegmann
20.15 Die Nibelungen
2. Teil: Kriemhilds Rache
Deutscher Spielfilm (1966)
Regie: Harald Reinl
21.45 heute-journal
22.05 Hilfe, ich träume!
Zuschauer sprechen mit Experten über ihre Traumerlebnisse (2)
Moderation: Karl B. Scheiting
22.50 Dame, König, As, Spion
Nach dem gleichnamigen Spionageroman von John le Carré, 3. Teil
Regie: John Irvin (Wh. von 1980)
00.30 heute



Szene mit Karin Dor und Rolf Henniger aus dem 2. Teil des „Nibelungen"-Films, um 20.15 Uhr im ZDF FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Israel, die Palästinenser und wir Deutsche
Podiumsdiskussion
Eingeladen wurden Klaus Schütz (SPD, ehemaliger deutscher Botschafter in Israel), Bürgermeister Fredj (Bethlehem), Erik Blumenfeld (Europa-Parlamentarier, CDU) und andere
21.45 Ein Licht leuchtet im Westen
80 Jahre Folkwang-Museum
22.15 Willy Millowitsch zum 75. Geburtstag
Von *William Stanley Houghton*
24.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Gemeinsam sind wir unbehindert (Wh.)
Von Michael Krey
19.00 Mikroelektronik (11)
19.15 Von Menschen und Maschinen
(2) Dreiteilige Serie von Hans-Joachim Herbst
20.00 Tagesschau
20.15 Schauplatz:
Zwischen Landung und Take-off
Anschließend Nachrichtentelegramm
21.00 Das Montagsthema
Käuflicher Fußball
22.00 Das Gruselkabinett:
Jack Arnold (2)
Gefahr aus dem Weltall
US-Spielfilm (1953)
23.20 Jack Arnold erzählt
23.30 Nachrichtentelegramm

HESSEN

19.00 Aus der Jugendredaktion
20.00 Ludwigshafen – Eine Stadt und ihr Projekt
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Task Force Police
Die Falle
22.35 Focus on Jazz
String Summit (1)
New-Jazz-Meeting in Mainz
Sendeschluß: 23.20

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
19.00 Regionales
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Die Dinge dieses Lebens
Ein Haushalt wird aufgelöst
21.05 Mad Movies oder: Als die Bilder laufen lernten
21.30 Die Amateurentdecker
22.15 Jazz am Montagabend
ca. 23.15 Sendeschluß

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.40 Z. E. N.
20.45 Da helfen keine Pillen
Konsequenzen der Medizinforschung bei Herzinfarkt und Krebs
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Die Schnüffler
23.30 Rundschau

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Loemon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tsei-jen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Pankraz, R. Aron und das fatale Jahr 2040

Eine der letzten Angstvisionen, die den kürzlich verstorbenen großen französischen Politologen Raymond Aron umtrieben, war die Vorstellung vom Aussterben der Europäer, allen voran der Deutschen. Im Gegensatz zu deutschen Politikern von der CDU/CSU, die das Problem nur unter dem Gesichtspunkt zu sehen vermögen, daß in dreißig, vierzig Jahren niemand mehr dasein wird, der die Renten bezahlt, nahm Aron die volle, in ihrem Ausmaß tragische Dimension des gegenwärtigen Trends wahr. Wenn es keinen Umschwung gibt – und bald wird der Punkt erreicht sein, hinter dem es gar keinen Umschwung mehr geben kann –, wird sich die Bevölkerung der Bundesrepublik innerhalb der nächsten Generation um die Hälfte reduziert haben, d. h., etwa im Jahre 2040 wird Deutschland bevölkerungsmäßig dem heutigen Format der Beneluxstaaten entsprechen. Dies werde, meinte Aron, den Kontinent grundlegend verändern, und zwar nicht zum Besseren hin.

Natürlich wird dann das Lieblingsspielzeug der Bonner Politik, das „soziale Netz", durchlöchert und zerrissen sein, und es wird nichts mehr zu flicken geben. Denn auch die deutsche Volkswirtschaft wird es in ihrer heutigen Form nicht mehr geben. Um den technischen Höchststand zu halten, wäre, worauf Karl Baßler hingewiesen hat, ein Mindest-Beschäftigtenstand von 25 Millionen nötig; das ist auch die Zahl, die einen hinreichenden prozentualen Anteil an Forschern und Entwicklungsingenieuren garantieren würde. Jenseits dieser Zahl jedoch versinkt Deutschland in wirtschaftliche Drittklassigkeit. Es erwirtschaftet dann nicht mehr genug Staatsfinanzen, um seine Binnenstrukturen, Verkehr, Informationssysteme, Bausubstanz, instand halten zu können.

Vor allem aber (und das war es, was Aron besonders angst machte): Die Bundesrepublik wird nicht mehr in der Lage sein, einen hinlänglichen Verteidigungsbeitrag zu leisten. Ihr Einfluß im westlichen Bündnis schrumpft auf Null, sie ist den Sowjets wehrlos ausgeliefert und mit schweren, bürgerkriegsähnlichen inneren Konflikten belastet. Wenn man den heutigen Trend auszieht, ergibt sich, daß 2040 den dreißig Millionen Deutschen an die vierzehn Millionen Ausländer, Türken, Palästinenser oder Pakistani, gegenüberstehen werden, Menschen, die nicht nur das ethnische Bild Mitteleuropas total verändern, sondern auch völlig andere politische Ambitionen haben und jede europäische Verteidigungsgemeinschaft zur Illusion machen.

Wie konnte es zu solchen tristen, doch leider ganz realistischen Zukunftsperspektiven kommen? Da ist natürlich in erster Linie das eklatante Versagen der Bonner Politik. Statt – wie das mit einigem Erfolg in Frankreich geschah – die Sozialpolitik entschlossen auf die Förderung der jungen Familie mit drei bis vier Kindern abzustellen, kümmerte man sich in erster Linie um Rentner, um die Legalisierung der Abtreibung und um die „individuelle Selbstverwirklichung des einzelnen". Sogar noch heute wagt man es nicht, die Alleinstehenden, die kinderlosen Ehepaare und die Ein-Kind-Familien zugunsten der kinderreichen Familien ausreichend zu belasten ja, man schreckt nicht einmal davor zurück, im Zuge des allgemeinen Sparens das bisherige vollkommen unzureichende Kindergeld zu kürzen. Sehenden Auges taumelt man dem Abgrund zu, und die Opposition hält nicht dagegen, sondern macht faule Witzchen.

Aber die Politiker sind nicht allein schuld. Politik geschieht nicht im luftleeren Raum, sie spiegelt – zumal in einer Demokratie – Mentalitäten und Stimmungen wider. Die Stimmung in Deutschland richtet sich im Augenblick in einer geradezu unheimlichen Weise gegen die eigene nationale Selbsterhaltung. Das hat nur vordergründig mit krassem Materialismus, mit Rentnergesinnung und bequemer Kinderfeindlichkeit zu tun. Pankraz kennt einige junge, kinderlose Ehepaare, die für ihre Verhältnisse viel Geld an internationale Kinderhilfswerke zahlen und sich an dem Gedanken freuen, daß irgendwo in Ceylon oder Kolumbien Kinder mit ihrem Geld aufwachsen. Ein eigenes deutsches Kind wollen sie aber nicht haben. „Das schickt sich nicht", sagen sie, „wir wollen doch keine Aspiranten aufs Mutterkreuz abgeben."

Ausgesprochen politisch behandeln „grün" angehauchte Pärchen das Problem. Sie jubeln geradezu angesichts der statistischen Trends. „Jetzt kommen wir auf ganz natürlichem Wege unseren Zielen nahe", hört man aus ihrem Munde, „jetzt schrauben sich das industrielle Wachstum und der Verteidigungsetat ganz von allein zurück. Was für eine schöne, unerwartete Chance! Deutschland, verrecke! Was kümmert es uns denn, daß Türken und Pakistani in die frei werdenden Räume nachrücken! Das sind auf jeden Fall anspruchslosere, naturnähere Menschen, die die Umwelt weniger belasten werden. Sollen sie ruhig kommen!"

Raymond Aron hat schon recht: Was sich hier, durch den Mund junger, nicht durchweg untypischer Repräsentanten artikuliert, ist die Stimme eines Volkes, dem man das Rückgrat und sämtliche Gräten zusätzlich gebrochen hat, dem man beigebracht hat, daß es „Faschismus" sei, sich um die eigene Selbsterhaltung zu kümmern. Die berühmte „Umerziehung" war offenbar allzu erfolgreich, ihre Resultate wenden sich nicht nur gegen die Umerzogenen, sondern auch gegen die Umerzieher. Denn wenn es wirklich, wie Luigi Barzini soeben in einem Buch behauptet hat, „auf die Deutschen ankommt", sofern es um das freie Europa geht, ist dieses freie Europa im Falle eines Verschwindens der Deutschen nicht mehr zu halten. Tiefgreifende Revisionen stehen ins Haus – oder der alte Trott führt endgültig ins Abseits.

Pankraz

Lucien Bodard 70

Ein de Sade aus dem Reich der Mitte



Der Korrespondent als Romancier: Lucien Bodard FOTO: DPA

Von 1948 bis 1966 hat sich der vor genau 70 Jahren in Tschungking in der Provinz Szetschuan geborene Lucien Bodard als Berichterstatter, hauptsächlich für „France Soir", in Indochina, Hongkong und Algerien abgerackert, bis er darauf verfiel, die abenteuerliche Geschichte seiner Eltern und seiner eigenen Kindheit zwischen Fernost und Paris mit einigen Verfremdungseffekten in spannende Romane zu verwandeln. Er führte damit in ein wildes und dunkles, ein blutrünstiges und intrigenreiches China.

Daß er mehr als Reportagen schreiben konnte, hatte er mit den rasch aufeinanderfolgenden Bänden seiner Geschichte des (französischen) Vietnamkrieges bewiesen. Doch mit den Romanen „Monsieur le consul" (1973) und „Le fils du consul" (in Deutschland alsbald wie auch seine späteren Bücher bei R. Piper in München erschienen) gelangte er schnell zu internationalem Ruhm, wenn ihm die seriöse Literaturkritik auch vorwarf, bei der Schilderung des geheimnisvollen Landes der Mitte eine übermäßige Neigung für die Beschreibung von Foltern und Schrecken aller Art – speziell aus dem Bereich des Sexuellen – an den Tag zu legen.

Der Marquis de Sade hätte noch von ihm lernen können, hieß es insbesondere nach dem Erscheinen von „La vallée des roses" (Das Tal der Rosen/1980) und „La duchesse" (Das Mädchen aus dem Dschungel/1982), Romane, die nun auch nicht einmal mehr verschleiert mit dem Schicksal der Familie Bodard zu tun haben. Der erste ist die Geschichte der Kaiserin Tzu hsi, die dank raffinierter Manöver einem homosexuellen Kaiser einen Sohn schenkt und zu ungeahntem und schonungslosem Mißbrauch der Macht aufsteigt. Der zweite handelt von einem keuschen Bauernmädchen, das an der Seite eines korrumpierten Offiziers ein Bordell betreibt.

Für den Autor, der in Frankreich in der Schule als „Chinese" gehänselt wurde und den „Paris Match" einmal höchst überzeugend als Mandarin kostümiert fotografiert hat, empfindet man ungeachtet seiner Exzesse, und auch wenn man ihn trotz Prix Interallié und Prix Goncourt, die er bekam, nur halben Herzens zur richtigen Literatur rechnen kann, doch große Sympathie. Vielleicht, weil er frühzeitig ein Opfer seiner schönen, aber harten Mutter geworden war, der er in seinem letzten, in deutscher Sprache noch nicht erschienenen Buch „Anne-Marie" ein Denkmal gesetzt hat.

HELLMUT JAESRICH



Der Fall Bachmeier, zweimal im Kino: Marie Colbin in Hark Bohms „Keine Zeit für Tränen" (links) und Gudrun Landgrebe in Burkhard Driests Film „Annas Mutter" FOTOS: FILMVERLAG DER AUTOREN/PLANET

Zwischen Skandal, Justiz und Pseudo-Psychologie: B. Driests und H. Bohms Filme zum Fall Bachmeier

Flambiert und im Dauerregen gewässert

Dreimal Bachmeier – die Leibhaftige von Lübeck, die Vaginale des Regisseurs Driest, die Ideale des Regisseurs Bohm: Der Rezensent tut sich schwer mit den exaltierten Damen. Die erste, die von Lübeck, hatte wenigstens die Absolution, sich selbst zu spielen, ihr eigenes Drehbuch; die zweite, deren fiktives Schicksal sich in München und Umgebung vollstreckt, hat als Existenz-Entschuldigung lediglich den Demiurgen Burkhard Driest; und auch die dritte muß ihr Leben in der Leinwandwelt auf die Einfälle eines freischaffenden Künstlers zurückführen, auf die des Dramaturgen Hark Bohm.

Selbst als Vollsaft-Porno kann Driests Werk – „Annas Mutter. Eine schillernde Figur unerschrocken zwischen Liebe und Schuld" – reinen Herzens nicht empfohlen werden. Dazu hätte ihr Schöpfer seinen rundum makellosen Star Gudrun Landgrebe seltener in Großaufnahme zeigen und sich statt dessen mehr um die technischen Details erotischer Gymnastik mühen müssen. Driests einzige Aussage zur Bachmeierschen Weiblichkeit ist ja so schnell begriffen: Die Frau wurde als Pubertierende schon von ihrem Catcher-Vater kunstvoll geschlagen und mit 15 vergewaltigt. Seither ist sie Opfer, nicht ohne Glücksgefühle Leidende, selbst von ihrem unappetitlichen Zuhältertyp in der gemeinsam betriebenen Kneipe brutal gedemütigtes, freilich auch ausgefülltes Geschlecht. Verhaftete ihres Triebs, fixiert sie sich auf ihr Töchterchen. O Gott, wie viel plausibler und vor allem ohne Klebrigkeit hat uns dieses Grundmuster der Wiener Sexualforscher Magnus Hirschfeld schon vor Jahrzehnten erläutert.

In Sachen Frauen-Triebe beruft sich Driest auf die Erfahrung seiner Knastjahre (Bankraub mit Waffe) und hat auch nichts gegen die Erwähnung, daß er in Kalifornien schon mal wegen Vergewaltigung eben jener Monika Lundi vor Gericht stand, die sich dann zu anderer Zeit auf einer Exkursion ins indische Poona abermals sexuell attackiert fühlte. Dem Vielerfahrenen ist auf seinem eigenen Felde freilich nur eine Neuentdeckung gelungen: die Rolle des Wassers in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Immer wieder muß die durchfeuchtete Landgrebe von ihrem inneren Feuer getrocknet werden. In der Kneipe hüpft sie naß und durchsichtig, es passiert ihr im Regen, selbst der Hausfreund, natürlich ebenfalls ein Brutaler, packt sie, knallt ihr eine – und stellt sie unter die Dusche. „Ariston hydor" – Wasser ist das Größte –, so kündete einst der griechische Naturphilosoph. Wie wahr, dieser Driest hat es verinnerlicht – und veräußerlicht.

Als Sexfilm nicht voll befriedigend, sagten wir. An dem Manko mögen gelegentliche Thriller-Einschübe mitschuldig sein, die dem klassischen Porno fremd sind. Da hat man sich eben auf einen stattlichen Mannes-Mann eingestellt und wartet auf seine nächsten libidinösen Aktionen, da guckt ungebeten Hitchcock um die Ecke, ein Hitchcock-Verschnitt: Die Mörderbeine steigen, hinter den Kinderbeinen, eine steile Stiege hoch. Dann baumeln die Kinderbeine von einem billigen Holzstuhl. Sie baumeln und baumeln. Der gewiefte Zuschauer harrt des Moments, daß sich diese Kinderbeine konvulsivisch strecken, zucken, stillwerden. So geschieht es denn auch. Endlich.

Daß Driest, der den Prozeß nicht verfolgte, der offenbar erst aus dem großen Medien-Echo seine Verpflichtung entnahm, das Thema filmkaufmännisch aufzuarbeiten, zur Interpretation der Bachmeier-Grabowski-Anna-Tragödie, zu diesem menschlichen Greuel und Knäuel nichts beigetragen hat, versteht sich ohnehin. Vielleicht bleibt am Ende wenigstens Mitleid mit der Frau Landgrebe, der so erfolgreich „Flambierten", die in diesem Streifen so mitleidslos gewässert wird.

Nach dem Driest ist die Versuchung mächtig, den Bohm über Verdienst zu loben. Sicher ist sein „Fall Bachmeier. Keine Zeit für Tränen" in fast jeder Hinsicht besser als „Annas Mutter". Aber wieviel Lob ist das schon, nachdem man nun weiß, wie gut „Annas Mutter" ist.

Immerhin, Hark Bohm, schon im Erscheinungsbild eher Anti-Macher, ein brilliger Intellektueller, hat sich redlich durch die Lübecker Prozeßtage geblinzelt, die Angeklagte aus sechs Meter Abstand adoriert, sie auch in Prozeßpausen gelegentlich angesprochen und sogar angerührt. Sein Opus kommt den Vorgaben durch die echte Marianne nahe – auch wenn Bohm seine Heldin aus nicht ganz erfindlichen Gründen Marie Sellbach und das Kind Julia nennt (Juristische Gründe – wo doch der Film bundesweit als „Der Fall Bachmeier" annonciert ist?).

Bohms Streifen hat also innere Logik – und es wäre verlogen, Bohm etwa anzulasten, daß der Lübecker Veitstanz des Schicksals mit zwei Toten und einer Verurteilten endete, ohne daß bündig auszumachen ist, wo die Kausalkette eigentlich begann: irgendwo im Lebenslauf der Marianne, bei ihrem haltlosen Partner und seinem Einfluß auf die Verhaltensweisen des Kindes, bei der Justiz, die den kranken Kindtöter laufen ließ, bei dem Arzt, der ihn, den Sterilen, revitalisierte, im Lebenslauf des depperten Totmachers – ja, wo eigentlich?

Bohm machte den durchaus ehrenwerten Versuch, die Tragik im Leben der Marianne Bachmeier der Außenwelt an- und der Marianne abzulassen. Das Eigenkonto der schießenden Mutter, ihre Egozentrik, ihr Steuerungs-Versagen, all das, was frühere Juristen als „Lebensführungs-Schuld" bezeichneten, bleibt im Dunkeln. Die Regie zeigt die in dieser Endphase schon pathologisch gewordene Kneipenwirtin, die den Psychiater als unsichtbaren Schutzengel hat. Aber was war früher? Und was richtet sie an? Wer plädiert für ihr Opfer?

Daß den Burkhard Driest und das Driest-Produkt die emanzige Alice Schwartzer in ihren für Männer vorbehaltenen Orkus verbannt, ist, für dieses Mal, berechtigt. Es wäre interessant, wenn man sie zu Hark Bohm hören könnte, der nun wirklich kein Achill ist, den zu verfolgen für Penthesilea reizvoll sein könnte. Beide Filme zeigen, daß es vornehmlich die Idee hinter den Drehvorgängen ist, die Schauspieler leuchten läßt, sie zur Höhe reißt – oder aber farblos macht, deminuiert. Die aphroditenschöne Landgrebe geht einem unter Driests Faust am Ende auf die Nerven. „Auf den Wecker", „Auf den Geist" würde sie wohl laut Drehbuch sagen, das ihr mal Fäkal-Worte in den herrlich geschwungenen Mund legt, mal sie in der Sakral-Form eines Pseudo-Hölderlin deklamieren läßt. Gegenbeispiel: Bohms Bachmeier, die Österreicherin Marie Colbin, und der „DDR"-Deutsche Michael Gwistek, beide enthusiasmiert, ihren Rollen verfallen.

An der echten Bachmeier hätte, wenn schon sonst niemand, wenigstens Sigmund Freud Freude gehabt. Wo hat das Leben schon einmal den ewigen Kampf zwischen dem von seinen Trieben gepeitschten Ich und dem unterbewußten Über-Ich, das unnachsichtig Schuld registriert und Sühne fordert, so überzeugend exemplifiziert wie in ihr?

HERMANN RENNER

Das Düsseldorfer Performance-Projekt „Scratch"

Wenn das Baby schreit

Die Szene ist eine Art U-Bahn-Schacht. Oder eine Fußgängerunterführung. Gekachelte Wände, endlos ins Ungewisse. Irgendein Schienengefährt gleitet ständig an der Decke des Zuschauerraums hin und her. Undurchschaubar. Unbenennbar. Merkwürdige Töne füllen den Raum: Melodiefetzen, Dissonanzen, elektronische Klänge, unverständliche Sätze.

Zwischen all dem ein Mann in schwarzem Smoking, rotes Halstuch, Krawatte auf Halbmast. Dem geschieht dauernd etwas. Er bläst sein Feuerzeug in der rechten Hand aus, da geht es in der linken Hand an. Er spricht in ein Mikrofon, aber bei jedem Satz überlagern andere Töne die Stimme, machen sie unverständlich. Mindestens zehn Minuten lang versucht der Mann, seinen Degen in die Scheide zu stecken, aber es gelingt ihm nicht.

„Scratch" heißt diese „Musikrauminstallation", die Erich Wonder, Heiner Goebbels und Wolfram Berger für das Düsseldorfer Schauspielhaus inszenierten. Scratch, das bedeutet Kratzer, Schramme. Und wie eine zerkratzte Schallplatte läuft dieser 70 Minuten lange Abend auch ab. In Wiederholungen, Stockungen, Mißtönen. Die Wirklichkeit hat hier mehr als einen Kratzer. Der Mann, dargestellt von dem Grazer Schauspieler Wolfram Berger, hält eine Tischrede. Seine Stimme stockt. Ständig hat er einen Kloß im Hals, muß sich räuspern. Und was er von sich gibt, ist natürlich nicht von besonderer Qualität. Zum Beispiel: Die anwesenden Damen seien Sieger über alles, was blüht. Kein Beifall.

Oder der Mann singt. Manchmal sehr schön. Manchmal sehr falsch. Und der Text ist haarsträubend. Gut und Geld gibt's viel auf der Welt. Aber die Angebetete nur einmal. Kein Beifall. Dann läßt er sich plötzlich kritisch über ein Volkslied aus. Zum Beispiel: Daß nicht jedermanns Mädchen am Mühlenrad wohnen könne. Irgendwann geht schließlich das Licht aus. Ein Baby schreit und gibt zu Protokoll, daß es zwar überall reinfalle, aber nirgendwo rauskomme. Vielleicht hat das Baby auch einen Kratzer. Oder mehr. Wer weiß das schon so genau?

Vor zehn oder fünfzehn Jahren war so etwas noch Avantgarde, aber schon damals schlechte. Wer einmal Cathy Berberian in ähnlichen Versuchen erlebt hat, wendet sich in Düsseldorf mit Grausen. Oder vergleicht man das mit der Zusammenarbeit der beiden Amerikaner Robert Wilson und Phil Glass, dann muß man zu Düsseldorf sagen: Kein Beifall. Einfallslose Redundanz. Erich Wonder, eigentlich Bühnenbildner von Beruf, bringt schon rein optisch kaum etwas zuwege.

Die Idee mit dem U-Bahn-Schacht ist so überwältigend nicht, als daß es die einzige bleiben dürfte. Ein paarmal die Scheinwerfer hin- und herschalten oder ganz ausmachen – das kann nun wirklich jede Disco besser. Am gravierendsten aber ist, daß die einzelnen Einfälle (wenig genug) keine innere Stringenz haben. Sie sind ebenso belanglos wie zufällig. Sie provozieren nichts, sie evozieren nichts, sie verdichten nichts. Was soll das denn, wenn da jemand endlos mit dem Degen herumfuchtelt? Man schläft irgendwann ein, und wenn man wieder aufwacht, ist der Bühnenheld immer noch nicht weitergekommen. Dem entspricht auch die Musik des Frankfurter Komponisten Heiner Goebbels. Man ist diese Mixturen aus Alltagsgeräuschen, elektronischen Verfremdungen, Dissonanzen und Zitaten längst leid. Man empfindet sie als das, was sie sind: Als Kratzer in der Platte.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Freiburg: Händels „Belsazar" unter K. Kirschner

Babylonische Tyrannei

Neue Besen kehren zumindest einmal unkonventionell: Eberhard Kloke, seit dieser Spielzeit Generalmusikdirektor in Freiburg, hatte nicht die gängigen Opern-Bonbons auf Lager, sondern konfrontiert sein Publikum mit Ausgefallenem – Ligetis „Grand Macabre" steht noch aus, vorerst brachte Kloke mit Georg Friedrich Händels „Belsazar" ein selten zu hörendes Barock-Oratorium auf die Bühne.

Für ein Opernhaus wie Freiburg sicherlich ein harter Brocken: Das Orchester mußte sich mit den ungewohnten Aufführungsproblemen einer Händel-Partitur herumschlagen. Die Sänger bekamen es mit barocker Figuren- und Verzierungslehre zu tun, der Regisseur Klaus Kirschner, ein Händel-Neuling, mußte mit der oratorienbedingten Handlungslosigkeit fertig werden. Daß die Freiburger Akteure diese musikalischen Probleme zwar nicht fehlerlos, aber immerhin achtbar meisterten (besonders überzeugend: Deborah Polaski als Nitocris und James Bowman als Daniel), war wohl hauptsächlich Eberhard Klokes Verdienst – sein Einfühlungsvermögen, seine stilistische Kompetenz verliehen der Aufführung eine keineswegs selbstverständliche Lebendigkeit.

Allerdings kam ihm bei diesem Konzept sicherlich auch die Musik selber zu Hilfe, deren expressive Geladenheit barocke Konventionen viel weiter hinter sich läßt als andere von Händels Opern.

Daß Klaus Kirschner zwar als musikliebender Filmemacher einen Namen hat – besonders sein Mozart-Film ist ja in Erinnerung –, aber kein sonderlich erfahrener Opernregisseur ist, machte sich an einigen Inszenierungsdetails ärgerlich bemerkbar. Mehrfach waren Solisten, während sie ihre Arien sangen, von vielen Zuschauerplätzen aus gar nicht zu sehen; der Chor, oftmals in irgendwelchen Bühnenwinkeln agierend, hatte als Folge seiner ungeschickten Plazierung gelegentlich unüberhörbare Koordinierungsschwierigkeiten mit dem Orchester.

Auch bei Kirschners Werk-Verständnis blieben etliche Fragen offen: Daß er im fetten, versoffenen und hurenden Babylonier-König Belsazar den faschistischen Volksunterdrücker sieht, daß Belsazars gummiknüppelnde Schlägertrupps gefangene Juden zusammenschlagen und jüdische Bücher verbrennen, all das mag ja als aktualisierender Verweis auf die Wiederholbarkeit von Geschichte noch zu rechtfertigen sein.

Daß aber die Befreier von dieser babylonischen Tyrannei, die Soldaten des Perserkönigs Cyros, weder von den unterdrückenden Babyloniern noch von den unterdrückten Juden überhaupt zu unterscheiden sind, daß die Volksmasse immer gleich Volksmasse ist, völlig gleichgültig, welche Funktion sie hat –, das läßt sich denn doch weder mit der biblischen Vorlage noch mit Händels musikalischer Charakterisierung der verschiedenen Völker in Einklang bringen. Da läßt Kirschner einem modischen Pessimismus zu freien Lauf.

Doch trotz dieser Mißverständnisse: Kirschners Inszenierung verfügt unbestreitbar über Qualitäten, langweilig wurde es nie, lange Arienstrecken waren durch Aktionen, durch effektvolle Einfälle verkürzt. Vor allem der Chor, ohnehin wichtigster Handlungsträger, war ständig in Aktion – dafür konnte man schon mal in Kauf nehmen, daß nicht jede Bühnenüberquerung des Chores vom Handlungsablauf gerechtfertig wurde.

STEPHAN HOFFMANN

JOURNAL

Neue Reiseverbote für „DDR"-Musiker

AP, Berlin

Der innerdeutsche Künstler- und Musikeraustausch soll in diesem Jahr eingeschränkt werden, so wird von informierten Kreisen in West-Berlin gefürchtet. Dabei wird auf eine Reihe kurzfristiger Absagen aus der jüngsten Zeit und auf Hinweise von „DDR"-Künstlern verwiesen. So habe die bekannte Bachinterpretin Adele Stolte bereits wissen lassen, daß für sie außer einer Konzertreise nach Schweden – weil das kein NATO-Land sei – 1984 an Westkonzertreisen nichts mehr laufe. Der Dresdner Trompeter Güttler durfte vor etwa drei Wochen nicht zu einem Fernsehauftritt in die Bundesrepublik fahren. Auch der durch zahlreiche Gastkonzerte im Jazzbereich bekanntgewordene Organist Hans-Günther Wauer durfte kürzlich nicht nach Detmold fahren. Der Organist am Leipziger Gewandhaus-Orchester, Matthias Eisenberg, sollte vor rund 14 Tagen mit Herbert von Karajan spielen und durfte ebenfalls nicht in den Westen kommen.

Skulpturen Modiglianis in einem Kanal?

dpa, Livorno

Im sogenannten Königsgraben, einem Kanal in Mittelitalien, soll nach Skulpturen des italienischen Malers und Bildhauers Amedeo Modigliani (1884–1920) gesucht werden, die dieser dort im Zorn hineingeworfen haben soll. Dies berichtete die Turiner Zeitung „La Stampa". Die Idee, ein Stück des Kanals vor dem Markt von Livorno zu Nachforschungszwecken trockenzulegen, kam in der Hafenstadt während der Vorbereitungen zu einer großen Ausstellung auf, die für dieses Jahr anläßlich des 100. Geburtstages des Künstlers geplant ist. Im Mittelpunkt der Hommage sollen die Skulpturen Modiglianis stehen. Die Initiative, den Kanal zu untersuchen, gründet sich auf einen Bericht über das Leben des Künstlers. Darin heißt es: „Und Modi, der genug davon hatte, von den Freunden aus der Bar Baldi verspottet zu werden, die er porträtiert hatte und die seine Kunst nicht verstanden, nahm die Statuen und warf sie in den Graben."

Fünf Millionen Mark für das Straßburger Münster

AFP, Straßburg

Das Straßburger Münster ist in diesem Jahr das teuerste Restaurierungsprojekt unter den französischen Sakralbauten. 14,5 Millionen Franc, fast fünf Millionen DM, werden nach Auskunft von Kulturminister Jack Lang 1984 für die Erhaltung der gotischen Kathedrale aufgewandt. Am dringlichsten ist, die Kuppel des Vierungsturms, die seit 1945 nur durch Teerpappe notdürftig abgedeckt ist, mit einem richtigen Dach zu versehen. Weitere Schwerpunkte der Restauration sind der Schutz des Mauerwerks vor Verwitterung und Arbeiten an Fundamenten und Gewölben. Auch die Apsis ist durch in die Mauern eingedrungenes Sickerwasser geschädigt.

Zszislaw Najder aus Pen-Club ausgeschlossen

AFP, Warschau

Der polnische Schriftsteller und Literaturkritiker Zszislaw Najder, Mitarbeiter des in München ansässigen amerikanischen Senders „Radio Free Europe", ist aus dem polnischen Pen-Club ausgeschlossen worden. Najder hatte Polen 1981 verlassen und wenig später die Leitung der polnischen Sendungen von „Radio Free Europe" übernommen.

Bremer Universität zeigt neue Computergraphiken

DW. Bremen

„Harmonie in Chaos und Kosmos" heißt eine Ausstellung, die vom Forschungsschwerpunkt „Dynamische Systeme" der Universität Bremen in der Sparkasse vom 16. Januar bis 3. Februar gezeigt wird. Es handelt sich dabei um eine neue Form von Computergraphiken, die bei Versuchsreihen der experimentellen Mathematik entstehen. Außerdem wird das Graphiklabor „Dynamische Systeme" in der Universität im Rahmen eines Kolloquiums am 23. Januar eröffnet. Der Katalog, der möglichst einfach die komplizierten wissenschaftlichen Grundlagen dieses – z. T. von der Stiftung Volkswagenwerk unterstützten – Forschungsprogramms darzustellen versucht, kostet 5 Mark.

Ein Führer durch die „Museen in München"

DW. München

Ein Führer durch 43 Museen, Sammlungen und Galerien in München hat jetzt der Prestel-Verlag vorgelegt. Der Band „Museen in München" (354 S. mit zahlr. Abb., 22 Mark) beginnt mit der Alten Pinakothek und der Anthropologischen Staatssammlung, er endet mit dem Valentin-Museum und der Zoologischen Staatssammlung. Jedes Haus wird ausführlich und bilderreich mit seinen Sammlungen vorgestellt. Dazu gehören auch Angaben über Öffnungszeiten oder Pläne mit der Raumaufteilung. Und selbstverständlich kommt auch die Sammlungsgeschichte vor.

„Yuppie" – jüngste Variante des Homo americanus

SAD, New York

Amateur-Soziologen ohne tierischen Ernst entdecken immer neue Unterarten des Homo americanus. Voriges Jahr war es der „Preppie", der Absolvent einer teuren Privatschule (Preparatory School), dessen Lebensstil in „The Officiel Preppy Handbook", Gesamtauflage 1,3 Millionen, beschrieben und persifliert wurde. Jetzt ist es der „Yuppie", den die Anwältin Marissa Piesman und die Lektorin Marilee Hartley identifiziert und in ihrem Buch „The Yuppie Handbook" geschildert haben.

Die Wurzel des Wortes „Yuppie" wurde aus den Anfangsbuchstaben von „young urban professional" gebildet, was ungefähr „junger großstädtischer Karrieremensch" bedeutet. Seine Eigenschaften: Er lebt in einer Großstadt, behauptet zwischen 25 und 45 zu sein, strebt nach Ruhm, Prestige, Anerkennung, sozialem Status, Einfluß, Geld oder allem zusammen, ißt wochenends Brunch und treibt nach der Arbeit Sport.

Yuppies sind Anwälte, Ärzte, Finanzmakler, angehende Manager. Während Preppies sich konservativ kleiden und wenig Ehrgeiz haben, gehen Yuppies mit der Mode und werden von Ehrgeiz zerfressen. Darum, so behaupten die Autorinnen, sind Yuppies ohne Ausnahme bei Psychoanalytikern in Behandlung.

Preppies kleiden sich, wie schon ihr Vater und Großvater, beim Herrenausstatter Brooks Brothers ein. Yuppies tragen „Designer-Anzüge" und Schweinsleder-Aktentaschen von Gucci. Für Yuppies ist es überaus wichtig, Kleidungsstücke und Accessoires zu haben, deren Herkunft von Prestige-Firmen unverkennbar ist. Die weibliche Version des Yuppies trägt ein Kostüm von Ralph Lauren, eine sogenannte Tank-Uhr von Cartier, eine Handtasche von Coach Bags, einen goldenen Kugelschreiber von Mark Cross.

Der Yuppie haßt alles, was aus Plastik oder Kunststoff ist. Er hat eine teure Stereoanlage, einen kleinen Farbfernseher (große sind vulgär), eine Cuisinart-Küchenmaschine, einen Heim-Computer.

Erfolgsstreben und Kinder lassen sich schwer vereinbaren. Darum sind viele verheiratete Yuppies kinderlos. Als Kind-Ersatz haben sie einen Hund. Am besten ist ein Akita. Diese aus Japan stammende Rasse ist noch selten, deshalb teuer und somit ein perfektes Statussymbol. Yuppie-Hunde haben meist Namen, die aus dem Berufsbereich ihres Herrchens oder Frauchens stammen. Hunde von Yuppie-Bankiers heißen Hypothek, Kredit oder Debit. Die erfolgreiche Yuppie-Anwältin nennt ihren Hund habeas corpus oder Alibi. Die von Yuppies bevorzugten Autos sind Golf-Cabrio, BMW, Volvo, Saab oder ein kleiner Mercedes (große sind vulgär).

Wie zwingt man Raser zur Vernunft?

Kölner Psychologe nimmt Fahrverhalten unter die Lupe

DIETER THIERBACH, Bonn

Was kann man tun, um eine Straße so zu gestalten, daß der Autofahrer regelrecht überlistet wird und – psychologisch beeinflußt – den Fuß vom Gaspedal nimmt?

Diplom-Psychologe Klaus-Wolfgang Herberg vom Institut für Unfallforschung beim TÜV Rheinland (Köln) beschäftigen diese und ähnliche Fragen seit mehr als zehn Jahren: Wieso kommen die Fahrer eigentlich zu einem bestimmten Geschwindigkeitsverhalten? Wie kann man so etwas beeinflussen? Bei einem Versuch im Kölner Großraum, der jetzt abgeschlossen wurde, ging es um die Wirkung des äußeren Straßenbildes auf den Mann hinter dem Steuer. Oder spezifisch gefragt: Wie wirkt sich die Straßenbreite auf das Geschwindigkeitsverhalten aus?

Dazu stellten sich dem Verkehrsverhaltensforscher und seinem Team bis zu 60 Probanden zur Verfügung. Auf entsprechenden Straßen, die in ihrem Verlauf mal breit, mal schmal werden, maßen die Wissenschaftler an signifikanten Stellen die Geschwindigkeit.

Kaum überraschendes Fazit: Je übersichtlicher das Straßenbild, um so mehr wird auf die „Tube gedrückt". Die Raserei nimmt zu, sobald der optische Eindruck für den Fahrer homogener wird. Hier liegt nach Meinung Herbergs eine der großen Gefahren: „Wenn großzügig aufgelockerte Stadtstraßen einen solchen Eindruck vermitteln und an der nächsten Kreuzung unerwartet eine vorfahrtberechtigte Straße auftaucht, kann das eigene Tempo bereits so hoch sein, daß ein Unfall quasi programmiert ist."

Interessant an diesen Untersuchungen ist, daß sich die Einflüsse von bewegten „Faktoren" im Straßenbild – also der übrige fließende Verkehr wie auch die Fußgänger – als relativ gering, ja nahezu unbedeutend auf das jeweilige Fahrverhalten auswirken.

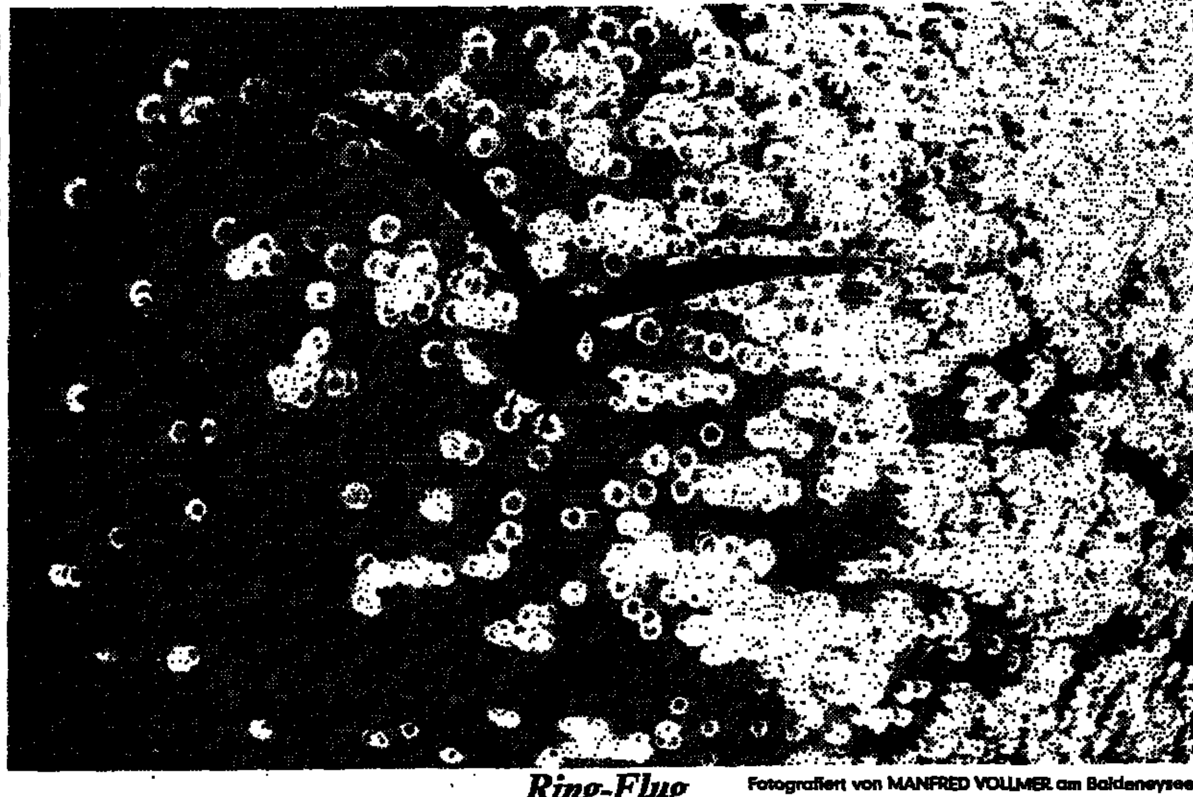
„Das wollten wir dann doch noch genauer aufschlüsseln", stellt Herberg fest. „Wir haben dann eben etwas manipuliert und unterschiedliche Grüppchen von Kindern gezielt auf die Gehwege geschickt." Beispiel: Aus einem Schuleingang kamen die Kinder mal einzeln, mal zu zweit oder dritt, mal in Scharen auf die Bürgersteige. Und wieder wurde die Geschwindigkeit der herannahenden Autos gemessen.

Ergebnis: Erst wenn die Gruppen zahlenmäßig bedeutsam wurden – bei etwa fünf bis acht Kindern – ging die Geschwindigkeit relativ deutlich meßbar, aber noch bei weitem nicht genügend herunter. Herberg: „Genau vier Kilometer pro Stunde betrug dann die Differenz zum normalen Fahrverhalten." Die Verkehrsgesetze schreiben dagegen klipp und klar vor, den Fuß vom Gaspedal zu nehmen und die Fahrweise gegebenenfalls auf Schrittempo zu reduzieren, sobald man sich „Personen" nähert. „Wen wundert's, daß diese Forderung mit der Realität wenig zu tun hat?"

Was also tun? „Man kann ja keine Herden von Kindern auf die Straße treiben, um Temporeduzierungen zu erzwingen", meint der Verhaltenspsychologe.

Seine Vorschläge: Da gerade parkende Autos viel „Effekt" bringen, weil sie das Blickfeld des Fahrers einengen, sollten breite Straßen durch zulässiges Parken einfach „eingeschnürt" werden, um so den optischen Verwirreffekt zu erzeugen. Eine andere Möglichkeit wäre die Bepflanzung breiter Gehwege.

In puncto Realisierung seiner Vorschläge macht sich der Fachmann allerdings nicht allzuviel Hoffnung: „Bei Gesprächen mit Vertretern der kommunalen Behörden merkt man ganz schnell, daß hier eine konservative Haltung unter dem Motto ‚Das Auto hat absoluten Vorrang' besteht."



Ring-Flug Fotografiert von MANFRED VOLLMER am Baldeneysee

LEUTE HEUTE

Fettnäpfchen-Tour

„Je mehr Atomkraftwerke es gibt, desto besser geht es den Leuten." Mit dieser Bemerkung ist Japans Gesundheitsminister **Kozo Watanabe** zum zweitenmal binnen kürzester Zeit ins Fettnäpfchen getreten. Erst vor kurzem hatte der Minister zur Empörung der Tabak-Gegner öffentlich die Überzeugung vertreten, Rauchen verlängere das Leben und sei im übrigen der Grund seiner guten gesundheitlichen Verfassung.

Schiefgegangen

Die Vaterschaftsklage der 20jährigen **Bettina Hübers** gegen den früheren Beatle-Musiker **Paul McCartney** ist in Berlin von einem Familiengericht abgelehnt worden. Die Mutter der Klägerin, **Erika Hübers**, hatte sieben Millionen Mark als Abfindung gefordert. Die Frau hatte angegeben, sie habe 1962 in Hamburg mit Paul McCartney ein Verhältnis unterhalten.

Astronomie-Satellit übertraf alle Erwartungen

AP, Tucson

Mit Hilfe eines Infrarot-Teleskops an Bord eines Astronomie-Satelliten sind nach Mitteilung amerikanischer Wissenschaftler im vergangenen Jahr 200 000 bisher unbekannte Sterne und rund 20 000 Galaxien aufgefunden worden. Entdecker dieser Fülle von Himmelskörpern war der „Infrarot-Astronomie-Satellit" (Iras), der mit einem Kostenaufwand von 80 Millionen Dollar im Januar 1983 in amerikanisch-britisch-niederländischer Gemeinschaftsarbeit auf eine Umlaufbahn 900 Kilometer über der Erdoberfläche gebracht worden war. Das Projekt habe alle „vernünftigen Erwartungen" übertroffen, sagte David Black dem Ames-Forschungsinstitut der US-Raumfahrtbehörde (Nasa) im kalifornischen Mountain View am Wochenende.

Iras war der erste Astronomie-Satellit, der das Weltall nach elektromagnetischen Wellen im Infrarot-Bereich absuchte. Trotz seiner verhältnismäßig kleinen Abmessungen war der Satellit bei dieser Aufgabe zehntausendmal leistungskräftiger als Teleskope auf der Erde, da Infrarotstrahlen aus dem Weltraum vom Wasserdampf in der Atmosphäre weitgehend absorbiert werden. Das Teleskop des Satelliten fiel zehn Monate nach dem Start aus, weil das Helium zu Ende war, mit dem das Infrarot-Gerät auf nahezu den absoluten Nullpunkt (minus 273 Grad Celsius) gekühlt wurde. Zu den Neuentdeckungen des Iras gehören auch fünf Kometen und Ringe aus festen Teilchen innerhalb des Sonnensystems.

Champagner-Boß leibt sich Nobelrestaurant ein

Taittinger neuer Hausherr des Pariser „Grand Véfour"

CONSTANCE KNITTER, Paris

Das Pariser Luxusrestaurant „Grand Véfour" ist von seinem Besitzer Raymond Oliver verkauft worden. Neuer Besitzer des teuersten Drei-Sterne-Restaurants von Paris ist Jean Taittinger, Vize-Präsident der berühmten Champagner-Firma aus Reims.

Das „Grand Véfour", Tempel der französischen Küchenkunst in der Galerie de Beaujolais im Palais Royal mitten in Paris, dessen Eingang und Speisesaal im Erdgeschoß unter Denkmalschutz stehen, war in der Nacht zum Heiligabend durch einen Bombenanschlag in einen Trümmerhaufen verwandelt worden. Fünf Personen wurden schwer verletzt.

Am 16. Januar soll das „Grand Véfour" unter seinem neuen Besitzer wieder aus den Trümmern auferstehen. Raymond Oliver, Frankreichs Fernsehkoch Nummer eins, der das Restaurant seit 1948 weltberühmt machte, hatte nicht mehr den Mut zum Wiederaufbau: „Ich bin jetzt 74 Jahre alt und sehne mich nach ein wenig Ruhe."

Oliver: „Ich habe schon seit langem nach einem würdigen Nachfolger gesucht. Ich wollte diese Stätte französischer Historie keinem Ausländer anvertrauen, weder einem arabischen Emir noch einem Japaner oder einem texanischen Multimillionär. Ich wollte einen Franzosen, der die gute Küche liebt. Jean Taittinger ist der ideale Mann – ein Mann mit Geschmack, der wie ich eine Leidenschaft für altehrwürdige Stätten hat."

Stammgäste des „Grand Véfour" können beruhigt sein. An der erlesenen Speisekarte soll sich nichts ändern. Chefkoch Yves Labrousse wird auch weiterhin die Kochlöffel schwingen, und die bisherigen Oberkellner sowie das gesamte Küchenpersonal werden auch unter Taittinger für das leibliche Wohl der Gäste sorgen.

Das „Grand Véfour", 1760 von einem gewissen Herrn Véfour in den Gärten des Palais Royal eröffnet, galt seit der Revolution als bekannter Treffpunkt von Paris. Der französische Politiker Graf von Barras brachte es in Mode. Auch Robespierre und Camille Desmoulin verkehrten hier. Die vorzüglichen Gerichte wurden seinerzeit von charmanten Damen serviert.

Und noch heute erinnert man sich daran, wie 1814 ein preußischer Offizier die holzgetäfelten Hallen mit seltenen Glasmalereien an den Wänden betrat und einen Kaffee aus einer Tasse verlangte, aus der noch kein Franzose getrunken hatte. Dem Preußen wurde ein Nachttopf gereicht.

Als Raymond Oliver den Gourmet-Tempel von Louis Vaudable, dem späteren Inhaber des „Maxim's" übernahm und Jahr für Jahr vom „Michelin" mit drei Sternen ausgezeichnet wurde, verkehrten hier in den fünfziger Jahren Colette und Jean Cocteau. Trotz der „königlichen" Preise – für eine Lammschulter mit Bohnen und dazugehörenden Weinen muß man pro Person schon 150 Mark anlegen – ist die noble Gaststätte fast jeden Abend ausgebucht. (SAD)

Acht Verletzte bei Brandanschlag auf Nachtlokal

rtr, München

Acht Personen sind in der Nacht zu gestern bei einem Brandanschlag auf ein als „Discothek" geführtes Nachtlokal im Münchner Bahnhofsviertel zum Teil schwer verletzt worden. Eine 20jährige Frau erlitt lebensgefährliche Brandwunden. Sieben weitere Personen mußten mit Rauchvergiftungen in Krankenhäuser eingeliefert werden, darunter auch ein 52jähriger Feuerwehrmann. Der Gebäudeschaden wurde auf eine Million Mark geschätzt. Bei den Tätern, die unbehelligt entkamen, dürfte es sich nach den ersten Ermittlungen um zwei Italiener handeln. Über ihre Identität herrschte jedoch zunächst ebenso Rätselraten wie über das Motiv. Die Polizei schloß einen Racheakt aus Kreisen der Unterwelt nicht aus. Für die Ergreifung der Täter, die als gut gekleidet beschrieben wurden, wurden 13 000 Mark Belohnung ausgesetzt. Die beiden Männer hatten das Feuer eine halbe Stunde vor Mitternacht gelegt, indem sie zwei Tragetaschen mit einer leicht brennbaren Flüssigkeit auf die Treppe des Kellerlokals schleuderten und anzündeten. Zum Zeitpunkt des Anschlags hielten sich 25 Menschen, 15 Gäste und zehn Angestellte, in der „Discothek Liverpool" auf. Über dem Eingang des Nachtlokals, das im Münchner Amüsierviertel in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs liegt, wurden auch „Cabaret" und Pornofilme annonciert. Das etwa 100 Quadratmeter große Etablissement stand innerhalb von Sekunden in Flammen. Der Brand breitete sich laut Feuerwehr auch deshalb besonders schnell aus, weil die Wände mit Plastik verkleidet waren. Etwa 70 Feuerwehrleute, die mit schwerem Atemschutzgerät angerückt waren, brauchten etwa eineinhalb Stunden, um die Flammen zu ersticken. Durch die starke Hitze und den Rauch wurde auch eine im Erdgeschoss angrenzende Sex-Bar in Mitleidenschaft gezogen.

Professor als Geiselnehmer

dpa, Cassis

Ein französischer Universitäts-Professor hat am Sonnabend in Cassis (Südfrankreich) seinen Rechtsanwalt als Geisel genommen, um zu verhindern, daß sein zehnjähriger Sohn zu seiner geschiedenen Frau nach Kanada gebracht wird. Nach Belagerung durch die Polizei gab der Wissenschaftler sein Opfer frei. Der Junge ist nach Kanada gebracht worden.

100 000 Mark für Häftling

dpa, New York

Ein Gericht in Uniondale (US-Bundesstaat New York) hat einem Sträfling rund 100 000 Mark Schadensersatz zuerkannt, weil die Gefängnisverwaltung ihm nicht schnell genug eine Brille verpaßte, ihm mit Rauchern zusammenlegte und ihm einmal eine Zeitschrift verspätet zustellte.

Mißtrauische Diebe

dpa, Marseille

Ihrem eigenen Mißtrauen sind drei Diebe in Marseille zum Opfer gefallen: Sie ließen bei einem Einbruch in eine Wohnung in Marseille Goldbarren für 330 000 Mark liegen, weil sie sie für Attrappen hielten. Das Trio wurde jetzt nach einem Autounfall gefaßt.

4864 Einsätze

AP, Stuttgart

Die Deutsche Rettungsflugwacht (DRF) hat 1983 bei 4864 Einsätzen rund zwei Millionen Flugkilometer geflogen. Dies bedeutet im Vergleich zum Jahr davor eine Steigerung von 761 Einsätzen oder 18,5 Prozent.

Millionenfeuer

dpa, Heidelberg

Drei bis fünf Millionen Mark Sachschaden hat am Wochenende ein Großbrand in der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg angerichtet. Die Ursache des Feuers ist noch ungeklärt. Brandstiftung wird jedoch ausgeschlossen.

ZU GUTER LETZT

Nicht schwanger – nur glücklich. Schlagzeile in der „Bild am Sonntag" zu einem Artikel über Prinzessin Caroline.

WETTER: Noch Schauer

Wetterlage: *An der Westseite eines von Südschweden zum Baltikum ziehenden Tiefs fließt kalte Meeresluft nach Deutschland.*

Vorhersage für Montag:

Gesamtes Bundesgebiet: In den Frühstunden gebietsweise Straßenglätte durch überfrorene Nässe und Schnee. Am Tage wechselnde Bewölkung mit einzelnen Schneeregen- und Schneeschauern, die in der zweiten Tageshälfte im Westen allmählich abklingen. Tageshöchsttemperaturen im Flachland null bis 4 Grad Celsius, im Bergland bei minus 2 Grad. Nachts geringe Bewölkung und Abkühlung auf minus 2 bis minus 7 Grad. Mäßiger bis frischer, im Norden in Böen stürmischer Wind aus Nordwest bis Nord, zum Abend abflauend.

Deutscher Wetterdienst 8. Januar 1984, mittags

Weitere Aussichten:

Weitgehend niederschlagsfrei und ziemlich kalt.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	4°	Kairo	16°
Bonn	4°	Kopenh.	3°
Dresden	3°	Las Palmas	17°
Essen	3°	London	4°
Frankfurt	3°	Madrid	8°
Hamburg	2°	Mailand	2°
List/Sylt	3°	Mallorca	15°
München	2°	Moskau	–2°
Stuttgart	3°	Nizza	11°
Algier	14°	Oslo	–2°
Amsterdam	6°	Paris	5°
Athen	13°	Prag	2°
Barcelona	10°	Rom	8°
Brüssel	4°	Stockholm	0°
Budapest	0°	Tel Aviv	17°
Bukarest	2°	Tunis	14°
Helsinki	0°	Wien	5°
Istanbul	7°	Zürich	2°

*Sonnenaufgang: am Dienstag: 8.25 Uhr, Untergang: 16.34 Uhr, Mondaufgang: 11.50 Uhr, Untergang: –.– Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Ideal als Fernsehleuchte – der bedrohte Tagfalter

MONIKA ENGELS, Bonn

Als exotisches Souvenir aus dem fernen Ferienland wurden sie in afrikanischen oder asiatischen Basaren gekauft: ausgestopfte Krokodile, Meeresschildkröten, Greifvögel und Eulen, Elefantenstoßzähne oder Elfenbeinartikel. Doch statt die heimische Wohnung schmücken sie seit Jahren die Asservatenkammern des Deutschen Zolls, der sie rechtskräftig unter Berufung auf das Washingtoner Artenschutzabkommen (WA) bei der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland beschlagnahmt hat.

Für eine Wanderausstellung des World-Wildlife-Fund (WWF), der seit 20 Jahren weltweit für den Erhalt bedrohter Tier- und Pflanzenarten kämpft, hat der Deutsche Zoll jetzt „sein Museum" geöffnet und Tiersouvenirs zur Verfügung gestellt, die illegal eingeführt wurden. Sie stammen von freilebenden Tierarten, die vom WA geschützt werden und mit denen jeglicher Handel verboten ist.

Umfassender Überblick

Mehr als 1700 Tierarten und rund 30 000 Pflanzenarten werden zur Zeit von diesem Artenschutzabkommen erfaßt, dem sich seit 1973 bereits über 70 Staaten verpflichtet haben. Die Bundesrepublik Deutschland beachtet die WA-Vorschriften seit 1976. Doch das Geschäft mit der geschützten Fauna und Flora blüht mehr denn je. Diesem „Raubbau an der Natur" will der WWF mit seiner Ausstellung „Artenschutz statt Eigennutz" entgegenwirken.

Im Bonner Museum König zeigt die Ausstellung bis zum 4. März nicht nur Exemplare bedrohter Tierarten, sondern gibt auf 50 Bild- und Texttafeln den bisher umfassendsten Überblick über die Ursachen und das Ausmaß der Gefährdung durch den internationalen Handel. Detailliert werden außerdem Inhalt, Bedeutung und Ausführungsbestimmungen des WA dargestellt sowie Ziele und Aufgaben des WWF erläutert.

Die Beispiele zeigen: Gerade im Tierhandel bewähren sich die Gesetze der freien Marktwirtschaft. Je seltener das gewünschte Tier oder die Pflanze, desto höher der Beschaffungspreis und um so lukrativer der Gewinn für den Händler. So zahlen arabische Scheichs mittlerweile Tausende von Mark für einen Falken, mit dem sie dann in Pakistan auf die Jagd gehen – ein Statussymbol der Macht, dem der Falkenbestand Mitteleuropas zum Opfer zu fallen droht.

Und dem Wunsch nach Luxus, der sich in teuren Pelzen von Wildkatzen oder in Krokotaschen widerspiegelt, verdanken nicht nur Leoparden und Jaguare ihre drohende Ausrottung.

Der Preis für Elfenbein beispielsweise ist nach Angaben des WWF seit 1970 um 300 bis 500 Prozent auf 120–175 Mark je Kilo gestiegen. Stoßzähne wandern mittlerweile als Wertanlage in die Tresore, und selbst für die Eingeborenen Afrikas bringt der vergleichsweise geringe Fangerlös für zwei bis drei Elefanten noch immer das Mehrfache ihres sonstigen Jahreseinkommens. Resultat: Den asiatischen Elefanten auf freier Wildbahn gibt es nicht mehr, und die afrikanische Art ist dort nur noch selten anzutreffen.

Kunden als Motor

Doch bedenklich für den WWF ist vor allem, daß sich immer mehr sogenannte Tierliebhaber auch bei uns nicht mehr mit Hund und Katze, Meerschweinchen oder Goldfisch zufriedengeben, sondern etwas „Kostbares", „Seltenes", „Exotisches" haben wollen. Seien es buntschillernde Papageien, Reptilien oder Kakteen und Orchideen. Daß viele Arten beim Transport oder aber in einer für sie nicht lebensfähigen Umgebung eingehen, sei dabei zweitrangig. Das sei, so der WWF, im Preis einkalkuliert; für Nachschub werde gesorgt.

„Solche Kunden werden zum Motor für legale und illegale Wildtiertransporte", so der WWF, „für millionenfachen Raubbau an freilebenden Tier- und Pflanzenarten. Und der Zoohandel geht gerne auf solche ausgefallenen Wünsche ein."

Die Ausstellung, die bereits in Frankfurt rund 100 000 Besucher zählte und in den kommenden zwei Jahren in weiteren Städten Deutschlands gezeigt wird, soll vor allem dazu beitragen, die Verbraucher und potentiellen Kunden bedrohter Arten aufzuklären, „nachdenklich zu machen und dazu aufzufordern, naturbewußt zu kaufen".

Nur, wenn die Nachfrage nach seltenen und exotischen Produkten aufhöre, könne die drohende Ausrottung abgewendet werden. Dann hätten auch Werbe-Anzeigen wie die folgende im „Haus der Schmetterlinge" keine Chance mehr: „Zur Verschönerung Ihrer Wohn- und Praxisräume (bieten wir) das Schmetterlingsterrarium ‚Exotarium' – Tropischen Mini-Urwald mit prachtvollen exotischen Tagfaltern – ideal als Fernsehleuchte."